

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Lauhaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 18893. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabends).

Inserate kosten die 6gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Lauhaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telefon: 2721.

Tageskalender.

Das neue Passagierluftschiff V. 3. VI ist in der Ballonhalle zu Baden-Dod insolge Unvorsichtigkeit des Bedienungspersonals verbrannt.

Die Beamten der österreichischen Südbahn sind in die passive Resistenz eingetreten.

Durch einen Bergsturz bei Albarran (Spanien) wurden zahlreiche Menschen getötet.

Die türkische Regierung ließ eine größere Anzahl von Delegierten der Nationalversammlung der ottomanischen Griechen verhaften, um sie vor ein Kriegsgericht zu stellen.

Die in der Schweiz lebenden Jungägypter verlangten in einer Erklärung an die englische Regierung die Zurückziehung der englischen Truppen und die Anerkennung der Autonomie Ägyptens.

Kritisches über Kopenhagen.

I. Leipzig, 15. September.

Die Frage der Abrüstung und der Schiedsgerichte, die den Kopenhagener Kongress beschäftigte oder besser ihn beschäftigen sollte, wurde durch eine Resolution abgetan, die internationale obligatorische Schiedsgerichte, allgemeine Abrüstung usw. fordert. Wer in den Kongressberichten die Debatten über den genannten Punkt, die in der Kommission und im Plenum stattfanden, nachliest, der wird zu seiner Verwunderung bemerken, daß über die Frage selbst nur ein Redner zu sprechen versuchte und daß auch der dank der Art, wie der Vorsitzende von Kopenhagen leitete, nicht imstande war, sich über sie auszusprechen. Es wurde ein Beschluß gefaßt, der der Internationalen eine Haltung oktroyiert, obwohl die Frage gar nicht in der Presse der Internationalen debattiert war. Das Versäumte muß jetzt nachgeholt werden. Sollen die Kongresse der Internationalen nicht zu gemühtlichen Zusammenkünften ausarten, sollen ihre Beschlüsse bindend für die sozialdemokratischen Parteien sein, so müssen sie Ausfluß einer ernstlichen Gedankenarbeit der Internationalen sein. Und noch ein anderer Grund ist es, der es speziell der deutschen Presse gebietet, ausführlich die Frage zu behandeln: Die Resolution des Internationalen Kongresses bestimmt die Grundlagen der auswärtigen Politik, die die deutsche Sozialdemokratie treiben soll, sie legt den Standpunkt fest, von dem aus die deutsche Sozialdemokratie Stellung zum Imperialismus überhaupt und zum

englisch-deutschen Gegensatz und den Flottenrüstungen speziell einnehmen soll. Es ist also nicht irgendeine beliebige Frage, sondern eine der wichtigsten Fragen der deutschen Politik, um die es sich hier handelt.

1. Die Abrüstung.

Die Resolution über die Frage der Abrüstung besagt: Der Kongress erwartet von den sozialdemokratischen Vertretern in den Parlamenten „immer erneuerte Anträge, die auf die allgemeine Abrüstung hinführen, zunächst und vor allem auf den Abschluß einer Uebereinkunft, durch welche die Seerüstungen beschränkt und das Seebeuterecht beseitigt werden“.

Die Frage der Abrüstung schien eigentlich für die Internationalen schon lange abgetan zu sein. Seitdem die alte Internationale die bürgerlichen Abrüstungsschwärmer, mit denen Bakunin lebte, so blutig verhöhnt hatte, sind schon manche Jahrzehnte verfloßen, und was die deutsche Sozialdemokratie betrifft, so hatten bisher die deutschen Marxisten keine Ursache, im besonderen auseinanderzusetzen, warum es sich bei dem Abrüstungszusammenhang handelt. Der geistliche Spott, mit dem sie die bürgerlichen Abrüstungsapostel behandelten und die leichte Ironie, mit der sie die erhabenen Redensarten des Genossen Zaurès abtaten, die so oft und so stark an jene erinnerten, beweist, daß man in der deutschen Sozialdemokratie gegen den Spahen der allgemeinen Abrüstung keine Kanonen aufzufahren brauche. Wenn wir überhaupt diese Frage mit einigen Worten streifen wollen, so nicht, um die Unmöglichkeit der Abrüstung darzulegen — dies können wir uns wohl in unserm Blatte leisten —, sondern nur, um hervorzuheben, daß die Sozialdemokratie dadurch schon, daß sie die Forderung des Volkshheeres aufstellte, die Unmöglichkeit der Abrüstung im Rahmen des Kapitalismus aussprach. Wir haben also bei der Forderung der Abrüstung eine indirekte Revision des Parteiprogramms, und dabei eine ohne jede Vorbedachte. Wir geben zu, daß das Parteiprogramm, speziell in seinem zweiten, dem „praktischen“ Teile, manche Aenderung ertragen könnte, aber daß dies so ohne Diskussion und dabei in der Richtung längst von der Sozialdemokratie verlassener bürgerlicher Utopien geschehen soll, das liegt unsrer Meinung nach nicht im Interesse der Partei.

Die allgemeine Abrüstung brauchen die Verfasser der Resolution als Rahmen für die Forderung einer Uebereinkunft, durch die die Seerüstungen und das Seebeuterecht beseitigt würden. Selbstverständlich ist es die Aufgabe der Sozialdemokratie und ihrer parlamentarischen Vertreter, den Marinismus und Militarismus aufs äußerste zu bekämpfen. Kann dies aber auf dem genannten Wege geschehen? Bei Beantwortung dieser Frage können wir uns um so kürzer fassen, weil wir vor dem Kongress in drei Leitartikeln unsres Blattes die Frage an dem konkreten deutsch-englischen Beispiele beleuchtet haben. Aber

zunächst sei die Aufmerksamkeit der Leser auf die Unklarheit der Resolution gerichtet. Von was für einer Uebereinkunft spricht die Resolution? Von einer allgemeinen internationalen oder von einer, die sich auf eine bestimmte Gruppe von Nationen begrenzt? Die erste ist überhaupt unmöglich. Das Feld der Weltpolitik, auf dem die Interessen der Mächte zusammenstoßen, ist so ausgebehnt, diese Interessen so mannigfaltig und so in der Entwicklung begriffen, daß es unmöglich ist, einen Maßstab ausfindig zu machen, nach dem die Flottenstärke jedes Staates bemessen würde. Und dann: würde das gelingen, so würde jede Verschiebung der Machtverhältnisse, jede größere technische Umwälzung eine neue Uebereinkunft fordern, wobei von Anfang an die Frage entscheidend wäre: welches Tribunal könnte eine Macht nötigen, sich der Uebereinkunft, die ihr vielleicht nicht passen würde, zu fügen.

Hätten die Verfasser der Resolution aber eine konkrete Gruppierung der Mächte im Auge, sagen wir ein deutsch-englisches Uebereinkommen, so wanderten sie zwar nicht auf den Gefilden einer aus dem Tintensatz herausgeholtten Utopie, aber auch nicht auf dem Boden, auf dem die Lösungen der Sozialdemokratie wachsen. Ein deutsch-englisches Flottenabkommen ist keine Sache der Unmöglichkeit, obwohl sich jetzt die deutsche Bourgeoisie mit Händen und Füßen dagegen wehrt. Die Finanzmisere, die zusammen mit dem unter allen Umständen aufrecht zu erhaltenden Uebergewicht Englands auf dem Meere die englischen Staatsmänner zu Freunden eines solchen Abkommens macht, kann auch das deutsche Bürgertum für diesen Gedanken gewinnen, nämlich, wenn die steigende Steuerlast die Arbeitermassen so erbittert, daß die deutsche Bourgeoisie vor ihrem Jorn Angst bekommt. Würde aber solch ein Abkommen dem Wachstum der Rüstungen auf lange Einhalt gebieten? Wenn man die Frage nicht abstrakt, sondern in konkreten weltpolitischen Verhältnissen überdenkt, so muß man sie strikt verneinen. Denn was würde in erster Linie ein deutsch-englisches Abkommen bedeuten? Eine Verständigung der beiden Regierungen über die deutsch-englischen Gegenätze im nahen Orient und auf andern Reibungsflächen, d. h. die Sprengung der englisch-französisch-russischen Verständigung, die ein Produkt des deutsch-englischen Gegensatzes war. Wäre das der Fall — und ohne die Schlichtung dieser Gegenätze könnte von keinem Flottenabkommen die Rede sein — dann würde der Einschränkung der Rüstungen auf dem Meer die Erhöhung der Rüstungen auf dem Lande folgen, denn die Verständigung Englands und Deutschlands müßte von Frankreich und Rußland als Bedrohung ihrer Position angesehen werden. Ist das eine Sache, für die sich die Sozialdemokratie ins Zeug legen soll? Genosse Ledebor, der in der Kommission und im Plenum des Kopenhagener Kongresses Referent über diese Frage war, wandte sich gegen dieses Argument mit der Frage: Sollen wir ein

Seuilleton.

Das Haus Michael Senn.

Ein Tiroler Roman von Rudolf Greinz.

58] Nachdruck verboten.
Es war dem alten Mann selbst unbewußt, welchen Weg er einschlug. Nur ein dunkler Drang war es, der ihn nach der Pfarrergasse in das alte, stille Haus trieb, wo er schon einmal Trost und Ruhe gefunden hatte. Damals — als die Berggrätin noch lebte.
Er trat durch das halb offene Tor. Der Hausgang und die engen hölzernen Stiegen waren nur spärlich erleuchtet. Die tiefe Stille und die wohlthuende Dämmerung des Stiegenhauses hatten für einen Augenblick beruhigenden Einfluß auf den alten Mann.
Er blieb drunten im Hausgang stehen. Mechanisch fuhr er sich mit der Hand über die glühend heiße Stirn. Er mußte sich besinnen, wo er war.
Er war ja in wildem Entsetzen von daheim fortgerannt. Bestimmungslos, ohne zu überlegen. Ganz instinktiv hatte es ihn hierher getrieben.
Michael Senn schaute wirt um sich. Droben im ersten Stock brannte ein kleines Dellämpchen auf der Stiege. Das hohe Holzgeländer der Stiege warf lange, gespenstige Schatten auf die Mauer.
Totenstille im Haus. Totenstille . . . als ob hier ein Toter wäre . . . ein Toter. . . Der alte Mann wurde den Vergleich nicht los. Es fuhr ihm wie mit einer würdigen Faust an die Kehle. Er mußte an das Haus am Domplatz denken. Da lag auch wer. Mit seinem Kugelhutzen hatte er sie erschossen . . . mit dem Gewehr, das er

noch aus seiner Militärzeit besaß . . . die Lina . . . seines Sohnes Weib . . .
Jetzt war der Franz frei . . . Aber der alte Michael Senn war zum Verbrecher geworden . . . Er . . . einer von den Senns . . . der Enkel des tapfern Kämpfers von Anno Neun . . .
Jetzt würden sie kommen und ihn holen . . . ihn vor Gericht schleppen . . . den alten Michael Senn, der das Weib seines Sohnes erschossen hatte . . .
Wie ein wilder Tanz judten die Gedanken durch sein Hirn. Michael Senn schlich leise wie ein Dieb über die alten Holztreppe. Die Stufen knarrten und krachten.
„Mörder!“ fauchte es ihm in den Ohren. „Mörder!“
Entsetzt hielt Michael Senn inne. Mit beiden Händen mußte er sich an das Holzgitter klammern, um nicht die Stiege hinunter zu stürzen.
Seine Knie zitterten. Angstschweiß und mit weit geöffneten Augen starrte er zwischen den Stäben des Gitters in den fast dunklen Hausgang hinab.
„Mörder!“ Es war, als ob es von drunten aus dem dämmerigen Dunkel rief . . . „Du sollst nicht töten!“
Kalter Schweiß stand dem alten Mann auf der Stirn. Er nahm seine ganze Kraft zusammen. Nur fort von hier! Hinauf in die Wohnung der Berggrätin . . . Er mußte hinaufkommen . . . er mußte es denen da droben sagen . . . ehe man ihn vor das Gericht schleppte . . . die da droben sollten ihn nicht für einen gemeinen Verbrecher halten . . .
„Du sollst nicht töten!“ . . . Als ob eine tiefe Stimme, nun knapp hinter ihm, es ihm ins Ohr geflüstert hätte. Den alten Senn überließ es eiskalt. Nur fort . . . hinauf in die Wohnung der Berggrätin . . . dort wollte er beichten. Dann konnten sie ihn holen . . .
Tobmüde, gebrochen und mit keuchendem Atem langte Michael Senn droben an. Ohne zu klopfen öffnete er die Tür des großen Wohnzimmers.

Christian Thaler, der in seinem neuen Heim mit der Zeit etwas umgänglicher geworden war und manchmal abends den Angerer Mädchen eine allerdingt recht einflüßige Gesellschaft leistete, saß in der Ecke des Sofas und las in einer Zeitung. Agnes und Mathilde sahen ihm gegenüber und waren mit ihren Stickerien beschäftigt.
Alle drei fuhren erschrocken empor, als Michael Senn so lautlos und unvermittelt in das Zimmer trat. Christian Thaler warf einen kurzen, aber scharfen Blick auf den Eintretenden. Dann erhob er sich und ging auf Michael Senn zu.
„Herr Senn —“ sagte er, und seine Stimme hatte einen zitterigen Klang. „Herr Senn —“
Michael Senn stand unbeweglich in der Mitte des Zimmers. Der Schein der Petroleumlampe mit dem roten Schirm tat seinen Augen weh. Er sah unsicher auf Agnes und Mathilde, die auch näher gekommen waren. Den alten Christian Thaler beachtete er gar nicht.
„Herr Senn —“ sagte der alte Thaler nochmals leise. Er lag ein ungewohnt zarter Ton in der sonst barschen Stimme des alten Buchhalters. „Ist was passiert bei Ihnen?“
Michael Senn sagte noch immer kein Wort. Angstvoll sah er jetzt auf Christian Thaler, dann auf Mathilde und zuletzt auf Agnes.
„Tu' die Tür zu, Agnes!“ flüsterte er und schaute verwirrt auf die offene Tür hinter sich. „Tu' die Tür zu! Sie kommen!“
Agnes eilte, so schnell sie konnte, zur Tür und verriegelte sie. Das Mädchen war blaß bis in die Lippen geworden und zitterte am ganzen Körper.
Michael Senn sah sich jetzt etwas beruhigte: in dem Zimmer um. Christian Thaler nahm den alten Senn bei der Hand und führte wie ein willenloses Kind zum Sofa. „Setzen's Ihnen nieder, Herr Senn —“ sagte er leise.

In Kopenhagen ausgebrochenes Feuer nicht löschen, weil es später in Berlin ausbrechen kann? Auf dieses Argument kann man — um im Bilde zu bleiben — antworten, daß die bewußte Uebertragung eines Feuers von einer Scheune auf die andre bisher noch nicht als Aufgabe der Feuerwehr gegolten hat. Und dabei würde ein deutsch-englisches Flottenabkommen selbst auf dem Gebiete der Flottenpolitik eine nur vorübergehende Bedeutung haben. Die Höhe der deutsch-englischen Rüstungen wird doch nicht nur durch die deutsch-englischen Verhältnisse bestimmt. Es genügt die Verstärkung der Flottenmacht Japans oder Chinas, eine japanisch-amerikanische Verständigung usw., und die Wirkungen des deutsch-englischen Abkommens sind umgeworfen, von dem Einfluß technischer Umwälzungen ganz zu schweigen. Daß dem so ist, wissen selbst bürgerliche Befürworter eines deutsch-englischen Abkommens. Just einen Tag, bevor der Vorwärts an letzter Stelle einen für dieses Abkommen mit etwas melodramatischen Tönen eintretenden Artikel brachte, schrieb Oberst Gädke im Berliner Tageblatt vom 4. August:

Nun aber hat sich die Rüstungsbeschränkung berart geklärt, daß niemand in beiden Ländern an einen in die spanischen Stiefel juristischer Zwangsvorschriften eingeschnittenen Vertrag, gewissermaßen an eine notarielle Urkunde mehr denkt. Selbstverständlich würde sich jedes der beiden Länder vorbehalten, von den Abmachungen zurückzutreten, sobald es durch Rüstungen eines Dritten sich bedroht fühlte. Aber man könnte allerdings auch für diesen Fall verabreden, vor jeder gesetzlichen Maßnahme einen freundschaftlichen Meinungsaustausch und möglichst eine neue Vereinbarung zwischen beiden Ländern einzutreten zu lassen.

Soweit Herr Gädke. Was freilich die letzte Wendung des zitierten Passus betrifft, so glauben wir, daß das weitere Rülken gegen einen Dritten auf Grund eines freundschaftlichen Meinungsaustauschs mit England uns nicht deshalb angenehmer wäre, weil die englische Bourgeoisie dazu gnädig ja sagen würde; denn die deutsche Sozialdemokratie bekämpft die Rüstungen nicht wegen des Sturzrisikos Englands. Jedenfalls glauben wir bewiesen zu haben, daß die Forderung eines Flottenabkommens nichts zu tun hat mit der Bekämpfung des Imperialismus, des Marinismus und des Militarismus.

2. Obligatorische Schiedsgerichte.

Neben der Forderung der allgemeinen Abrüstung macht es die Kopenhagener Resolution den sozialdemokratischen Abgeordneten zur Pflicht, „die beständige Wiederholung der Forderung, daß internationale Schiedsgerichte obligatorisch in allen internationalen Streitfällen entscheiden“.

Während die Abrüstungsforderung eine stillschweigende Revision des Parteiprogramms bedeutete, können sich die Befürworter dieser Forderung auf das Parteiprogramm berufen, das besagt: „Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Das Parteiprogramm ist aber kein papierner Paps, dessen einzelne Sätze uns der Pflicht selbständiger Kritik entheben, und ein Blick auf die historische Situation, in der seinerzeit diese Forderung ins Programm kam, wird uns zeigen, daß es nicht angebracht ist, in den obligatorischen Schiedsgerichten ein Mittel im Kampfe gegen den Imperialismus zu erblicken. Die Forderung der Schiedsgerichte kam ins Erfurter Programm zu einer Zeit, wo die Partei nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes nicht nur die Möglichkeit großer revolutionärer Massenaktionen im Auge hatte, sondern wo sie im Gegenteil die Lösung proklamirte: Genossen, laßt euch nicht provozieren! Es war die Zeit, wo man die Massen aus Furcht vor einem Ueberfall vor Maidemonstrationen zurückhielt. In dieser Situation wollte man mit der Aufstellung der Forderung nach internationalen Schiedsgerichten weniger ein Schutzmittel gegen die Kriegsfahrt angeben — hierum handelte es sich aber bei der Stuttgarter Kriegs- und der Kopenhagener Abrüstungsresolution —, sondern man wollte in erster Linie den Grundgedanken der Eisen- und Blutpolitik den Grundgedanken einer friedlichen Weltpolitik gegenüberstellen, wobei wir jetzt nicht näher untersuchen wollen, wie weit diese Forderung ein Ueberbleibsel aus der Zeit eines sozialistischen Nationalismus ist. Heute handelt es sich um Mittel zur Bekämpfung des Imperialismus, wobei wir alle wissen, daß das letzte Mittel dazu eine Massen-

aktion ist, deren Möglichkeit durch die russische Revolution und den Zustand des spanischen Proletariats bewiesen worden ist. In dieser neuen historischen Situation handelt es sich um die Klarlegung der Frage, ob die Schiedsgerichte ein Mittel sind, das das Proletariat in seinem Kampfe gegen den Imperialismus verwenden kann. Die Erfahrung der letzten zwanzig Jahre sagt aber, daß das nicht der Fall ist. An Schiedsgerichte wandten sich die Regierungen nur bei Streitigkeiten, die keinen Schuß Pulver wert waren, aber wegen des spanischen Kolonialbesitzes gingen die amerikanischen, wegen Südafrika die englischen, wegen der Mandchurei die russischen und japanischen Kanonen los. Man könnte sagen, daß das kein Beweis für die Zukunft ist. Aber das kann nur der sagen, der in dem Wachstum des Imperialismus etwas anderes sieht, als die letzte Ausflucht des Kapitalismus vor dem Sozialismus. Wer diesen Charakter des Imperialismus im Auge behält, der wird die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie darin erblicken, die Massen auf sich selber hinzuweisen und sie zu überzeugen, daß sie nur in sich selbst den Hort des Friedens tragen.

5. Verbandstag des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiterinnen Deutschlands.

k. Bremen, 14. September.

Dritter Verhandlungstag.

Das einleitende Referat zur Statutenberatung hielt der Kassierer Sothahl. Berlin, der die Stellung des Vorstandes zu den vorliegenden Anträgen präzisirte und die Vorstandsanträge begründete. Bei seinem Vorschlage auf Vertagung der Sitzung um 5 und 10 Uhr habe sich der Vorstand von dem Motio leiten lassen, die Kriegskasse zu stärken, um den kommenden Tarifkämpfen gewappnet gegenüberstehen zu können. Das Unterstützungswesen dürfe nicht weiter ausgedehnt werden, so daß die durch eine dem Vorstandsantrag entsprechende Beitragserhöhung mehr eingehenden 40 000 Mark lediglich für Kämpfe referiert werden könnten. Die auf dem letzten Verbandstage eingeführte Wählerinnenunterstützung soll nach einem Antrage des Vorstandes abgeändert, die Wählerinnen sollen nur als Kranke betrachtet werden und dementsprechend Unterstützung erhalten, sofern sie unterstützungsberechtigt sind. Sothahl betonte, die Aushebung dieser Unterstützung sei notwendig, da die Wählerinnen nach Erhebung der Unterstützung dem Verbande meist den Rücken kehren. Es sei auch ungesund, einem Teil der Mitglieder ohne besondere Leistung eine besondere Unterstützung zu gewähren.

In der Generaldebatte wurde bisher der Vorschlag des Vorstandes stark bekämpft. In der Aushebung der Wählerinnenunterstützung wurde eine Reduzierung des Unterstützungswesens erblickt. Es gehe nicht an, daß man die Beiträge erhöhe und dabei noch die Unterstützung beschränke. Die Wählerinnenunterstützung sei ein gutes Agitationsmittel. Mit einer Beitragserhöhung waren fast alle Redner einverstanden; von einzelnen Rednern wurde die Einführung einer sechsten Beitragsklasse verlangt. Wegen eines Antrages des Vorstandes, daß künftig Kranke und Kranke, die bezugsberechtigt sind, Pflichtbeiträge bezahlen sollen, wurden scharfe Einwendungen erhoben.

Sämtliche Anträge wurden einer eingesetzten Kommission übergeben.

Demnächst hielt Sothahl ein Referat über die Arbeiterkassen. Er betonte, daß die Arbeiterkassen ein sehr instruktives Referat über die Arbeiterkassen geben. Die Arbeiterkassen sind ein sehr wichtiges Agitationsmittel, die der Entwurf für die Arbeiterkassen bringt, und stellte demgegenüber die Forderungen der Arbeiter auf. Gegen den Entwurf machte allseitig Protest erhoben werden. Die Referentin empfahl, sich den Beschlüssen des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses zu Berlin anzuschließen. — Ohne Debatte stimmte der Verbandstag diesem Vorschlage zu.

Darauf kamen die allgemeinen Anträge zur Beratung, und zwar zunächst der Antrag des Vorstandes auf Gehaltsregulierung der Angestellten. Der Vorstand beantragte, das zu erreichende Höchstgehalt der Beamten um 300 Mark und die Gehaltssteigerungen, die bisher 80 Mark pro Jahr betragen, auf 100 Mark zu erhöhen. Diese Vorschläge riefen eine starke Opposition hervor. Sie wurden aber schließlich mit 21 gegen 10 Stimmen angenommen. Annahme finden auch Anträge von Berlin, daß Verbandstagsbeschlüsse nur auf Verbandstagen abgeändert werden dürfen, und der Verbandsvorstand verpflichtet wird, für die Durchführung aller in diesem wie materielle Hinsicht gefassten Verbandstagsbeschlüsse Sorge zu tragen. Ein Versuch, den Titel des Verbandes zu ändern, scheiterte, weil kein besserer Titel gefunden wird. Ein Antrag

Dresden, die Wahl der Delegierten zu den Gewerkschaftskongressen auf dem Verbandstage vorzunehmen, wird abgelehnt. Es bleibt bei dem alten Modus. Der Gau 4 (Bayern) wurde in Nord- und Südbayern getrennt. Es wurden noch eine weitere Reihe Anträge angenommen und abgelehnt, die aber sämtlich ohne Belang sind.

Der alte Verbandsvorstand und der Redakteur wurden wiedergewählt. Der nächste Verbandstag soll in Berlin stattfinden.

Morgen findet keine Sitzung statt; der Verbandstag macht einen Ausflug nach Hgoland. Die dadurch verkürzte Tagungsdauer wurde durch längere Sitzungen in den vorhergehenden Tagen eingeholt.

Gaukonferenz des Fabrikarbeiterverbandes, Gau II (Sachsen und Thüringen).

Die diesjährige Konferenz wurde am 11. und 12. September im Chemnitzer Volkshaus abgehalten. Die vom Gauleiter Neuring verlesene Präferenzliste ergab die Anwesenheit von 70 Delegierten, 3 Mitgliedern des Gauvorstandes und des Vorsitzenden des Verbandes, des Genossen Frey. Den Tätigkeitsbericht gab Neuring. Die Mitgliedszahl im Gau stieg um 6640 in beiden Berichtsjahren, so daß der Gau jetzt 20 214 Mitglieder zählt. Die Beitragsleistung ist auf 12,13 Beitrag im Quartal gestiegen. Von der Gauleitung wurden 612 Versammlungen, 191 Sitzungen, 122 Revisionen abgehalten. Verbands- und verteilt wurden 80 000 Flugblätter, Versammlungseinfadungen, Zirkulare usw. Der Postverkehr zeigt 5808 Eingänge, 12 880 Ausgänge. An 202 Orten wurde durch 350 Kollegen Hausagitation betrieben. In 37 Fällen wurde bei Lohnbewegungen vermittelt. Bessere Verhältnisse der Arbeiter stellen über die Bewegungen ist in Zukunft dringend nötig. — Der vom Gauleiter Schneider gegebene Kasernenbericht zeigt eine Gesamtzunahme von 12 632 Mk. Der Kasernenbestand beträgt 442 Mk.

In der Debatte wurden einige Beschwerden und Anfragen wegen Grenzreitigkeiten gestellt und vom Kollegen Frey erläutert. Bestimmte Fälle liegen jetzt den Konferenzen der beteiligten Organisationen vor und lassen in Zukunft hoffentlich Regelung erwarten.

Einige Delegierte kritisierten den Abschluß und den Inhalt des Tarifvertrags in der Seifenfabrik der Grohmkaußgesellschaft in Gröba. Vom Gauvorstand und Vorsitzenden werden diese Kritiken als weit über das Ziel hinausschießend zurückgewiesen und die Tatsachen beim Abschluß des Tarifs bekannt gegeben. Dem Kassierer und dem Gesamtvorstand wird Entlastung erteilt.

Ueber Agitation im Gau 2 referierte Kollege Schneider, der die Lehren und Erfahrungen der letzten Jahre wirksam herausarbeitete. Neuring sprach dann kurz über den Ausbau der Organisation. Beiden Referaten folgte eine ausführliche Debatte, in der viele alte Vorschläge und Klagen erhoben und Wünsche zum Ausdruck gebracht wurden. Mehrere Redner sprachen sich gegen die Erhebung eines Gaubeitrags aus, andere traten lebhaft für die Trennung des Gaues ein. Dem Gauvorstand überwiesen wurde der Antrag, kleinere Zahlstellen in Agitationsbezirke zu vereinigen. Angenommen wurde der Antrag: Lokalbeiträge sollen im Bereich einer Zahlstelle einheitlich sein, für Männer und Frauen sind besondere Sätze zugelassen. Zahlstellen, die keinen Lokalbeitrag erheben, dürfen in Zukunft keine lokalen Unterstützungen, mit Ausnahme von Reisekosten, ausgeben. Der vielumstrittene Antrag, nach dem die Zahlstellen einen abgestuften Beitrag an die Gaukasse abgeben sollten, wurde einstimmig abgelehnt; dazu aber erklärt, daß freiwillige Zuwendungen nach wie vor mit Freuden angenommen werden. Beschlossen wurde, den Gau 2 in Sachsen und Thüringen zu teilen. Die Gauleiter werden verpflichtet, auf der Gauleiterkonferenz energig für die Teilung einzutreten. Die Taktik bei Lohnbewegungen und Maßregelungen behandelte der Verbandsvorsitzende Frey, wobei er die Grundzüge und Erfahrungen behandelte und Fingerzeige und Hinweise für alle Kollegen bei zukünftigen Bewegungen gab. Bei Befolgung seiner Ratschläge würden Fehler vermieden. Die Einberufung und der Tagungsort der nächsten Konferenz wurden dem Gauvorstand überlassen, da die Gestaltung des Gaues heute noch unregelt ist. Der Antrag, die Gaukonferenzen vor dem Verbandstag abzuhalten, wurde von der Konferenz abgelehnt.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein Riesenstreik gewonnen.

Mit dem Generalstreik der Arbeiter und Arbeiterinnen in der New Yorker Frauenbekleidungsindustrie wurde am 2. September einer der gewaltigsten und erbittertesten sozialen Kämpfe beendet, die Amerika bisher gesehen hat. Ueber 70 000 Männer und Frauen sind nach achtwöchigem opfervollen Ringen, in dessen Verlauf nur eine ganz verschwindende Anzahl von ihnen das Kampfgelübde brach, als Sieger in die Fabriken und Werkstätten zurückgekehrt.

In den letzten Wochen des Kampfes handelte es sich nur noch um die Forderung des Union-Shops, dieses charakteristische Generalprinzip der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Der Union-Shop ist die Werkstätte, die in bezug auf Löhne, Arbeitszeit und alle sonstigen Arbeitsbedingungen genau dem Standard der Gewerkschaft entspricht und deren Jubitatur, das heißt der anerkannten und organisierten gewerkschaftlichen Kontrolle, unterworfen ist. Der Union-Shop im striktesten Sinne wird vielfach der geschlossenen Werkstätte gleichgesetzt, für die das absolute Verbot der Beschäftigung von Nicht-Union-Arbeitern besteht. Die Ausständigen haben den Union-Shop und damit die formelle- und tatsächliche Anerkennung der Gewerkschaft durchgesetzt; das Verlangen nach der geschlossenen Werkstätte dagegen haben sie fallen gelassen, aber nicht, ohne daß die Fabrikanten sich auch in diesem Punkte zu einem Zugeständnis bequemen mußten, das der Gewerkschaft praktisch fast alles gibt, was sie wünschte. In allen übrigen Bestimmungen des streitenden Vertrags, der von den Rechtsberatern der streitenden Parteien unter Hinzuziehung eines unparteiischen Anwalts formuliert wurde, ohne Einschränkung mit den Forderungen, unter derenwillen die Massen am 7. Juli die Arbeit niederlegten.

Der entscheidende Paragraph des Vertrags besagt: „Jedes Mitglied der Fabrikantenvereinigung hat eine Union-Werkstatt zu unterhalten. Unter Union-Werkstatt wird eine solche verstanden, in der hinsichtlich der Löhne, Arbeitsstunden und sonstigen Arbeitsverhältnisse die Gewerkschaftsbedingungen, wie hiermit bestimmt, gelten, und in der bei der Annahme von Arbeitskräften Gewerkschaftsmitglieder bevorzugt werden. Da die in dem Gewerbe Beschäftigten nicht gleich leistungsfähig sind, wird anerkannt, daß die Fabrikanten beauftragt sein sollen, zwischen einem Gewerkschaftsmitgliede und dem andern zu wählen, und daß sie nicht verpflichtet sind, sich an eine vorhergeordnete Reihenfolge zu halten.“

Der alte Senn gehorchte. Müde und gebrochen. Dann stützte er sich schwer mit beiden Armen auf den runden Tisch. Ueber eine Weile sagte er laut und fest: „I hab' die Lina erschossen, dem Franz sein Weib!“

Agnes und Mathilde stiegen gleichzeitig einen halblauten Schrei aus. Sie glaubten, der alte Senn sei plötzlich irrünftig geworden. Christian Thaler, der neben Michael Senn auf einem Stuhl Platz genommen hatte, nickte nur ein paarmal stumm vor sich hin. Aber er sagte kein Wort der Erwiderung.

Totenstille herrschte in dem Zimmer. Nur das einformige Ticken der alten Pendeluhr ließ sich hören. Und drüben vom Turm der Pfarrkirche schlug es die neunte Abendstunde.

Michael Senn brütete finster vor sich hin. Das dunkelrote Gesicht war durch zahllose Falten durchzogen. Christian Thaler und die beiden Schwestern sahen angstvoll auf den alten Senn.

„I hab' die Lina erschossen, dem Franz sein Weib!“ wiederholte jetzt Michael Senn. Es klang tonlos, fast mechanisch, als ob er eine Aufgabe auswendig gelernt hätte.

Christian Thaler und die beiden Mädchen brachten noch immer kein Wort über die Lippen. Jetzt sah der alte Senn mit festem Blick auf Agnes und sprach mit lauter Stimme: „Jetzt ist der Franz frei! Und i bin a Mörder!“

Laut aufweinend sank Agnes dem alten Senn zu Füßen.

„Herr Senn — Herr Senn —“ stotterte Christian Thaler tief erschüttert. „Herr Senn, tuan's nit a so daber reden —“

Michael Senn sah auf das alte, kleine Männchen, das nun vor Aufregung zitternd und ganz ratlos im Zimmer hin und her rannte.

„I reb' nit daber! I hab's tan!“ sagte Michael Senn fest. „Mit mein' Kugeln. Mit demselben, wo i mein' Kaiser treu gedient hab'. Mit dem hab' i a Weib erschossen! Mein' Franz sein Weib! Die Lina!“

Wieder entstand eine unheimliche Stille in dem dümmrigen Zimmer. Agnes kniete, leise vor sich hinweinand, vor dem alten Senn. Christian Thaler trippelte mit kurzen Schritten ratlos im Zimmer auf und ab. Nur Mathilde sah gerade und hoch ausgerichtet dem alten Senn gegenüber. Mit freudwelchem Gesicht und großen, entsetzten Augen. Jetzt erhob sie sich und trat dicht vor Michael Senn hin.

„Du sollst nicht töten! Sprich der Herr!“ sagte sie mit klarer, scharfer Stimme und sah den alten Mann feindselig an. „Du sollst nicht töten!“ wiederholte sie nach einer Pause.

Der alte Senn duckte sich, als hätte ihm das Mädchen einen Peitschenhieb versetzt. Mit wirren, unsicheren Blicken sah er auf Mathilde.

Christian Thaler kam erregt näher. „Sehen Sie Ihnen amal!“ sagte er unwillig zu der Mathilde. „Was haben Sie Ihnen da drein g'mischen! 's geht Ihnen überhaupt nit an!“ Dann wollte er sie gewaltsam von dem alten Senn fortbringen. Aber Mathilde wich nicht. Wie eine Statue stand sie da, hart und unbeweglich, und sah mit kalten Augen auf Christian Thaler.

„Die Mathilde hat recht!“ sprach jetzt Michael Senn laut und fest. „Es ist a große Schuld, die i auf mich g'laden hab'! Aber ärger ist's, daß i keine Ruh' finden kann drüber. Es ist mir recht, daß i die Lina erschossen hab'! Ganz recht! Und i fürcht' mich jetzt auch nimmer! I fürcht' mich nimmer vor der Straff! Dös wär' a Feigheit! Und fetz sein wir Senn noch nte g'wesen! I werd' mei' Straff schon kriegen, dö i mir verdient hab'. Und dö werd' i abbüßen. Und mei' Franz, der ist jetzt frei! Den kann sie nimmer g'grund richten, die — die —“

Michael Senn hatte wieder in seinem gewohnten lauten und energischen Ton gesprochen. Er war jetzt ganz ruhig, geworden. Vollkommen gefast. Wie immer. Christian Thaler hatte seine Fassung noch nicht gefunden. Am ganzen Leibe zittern ließ er im Zimmer umher, schüttelte den Kopf und stotterte: „Daß es so weit hat kommen müssen! So weit —“

(Fortsetzung folgt.)

Schon eine Woche vor dem Friedensschlusse hatten die Anwälte der Fabrikanten und der Streikenden einen Vertrag gezeichnet, der aber von den Arbeitern als ungenügend zurückgewiesen wurde. Nach diesem Vertragsentwurf bewilligten die Unternehmer den Union-Shop, zum Unterschied vom geschlossenen Shop. In dem nunmehr vollzogenen Vertrage ist der Passus „zum Unterschied vom geschlossenen Shop“ gestrichen, und den Fabrikanten wird die Verpflichtung auferlegt, nicht nur Union-Leute zu bevorzugen, sondern auch die etwa beschäftigten Nicht-Gewerkschaftler zum Anschluß an den Verband zu veranlassen. Weiter geht der jetzige Kontrakt über die Bedingungen, die den Streikern ursprünglich aufgezwungen werden sollten, insofern hinaus, als die Arbeit „gebet“ nunmehr die gewerkschaftliche Einrichtung der „Shop-Delegierten“ anerkennen, die gegebenenfalls als Vorstände eines innerhalb jeder Werkstätte zu bildenden Lohnkomitees mit den Unternehmern zu verhandeln haben. Vor allem bringt der Friedensvertrag aber die glatte Bewilligung der gestellten Forderungen betreffs Lohn und Arbeitszeit, die nach dem ersten Entwurf noch der schiedsgerichtlichen Entscheidung unterbreitet werden sollten. Die Masse, die sich auf keinen faulen Frieden einlassen wollte, hatte gegen ihre Führer eintreten. Ein Kulturreisler Segen dieses Stieges der Gewerkschaften ist es, daß mit der greuellosen Heimarbeit und dem Schwibbuden-system radikal aufgeräumt wird. Eine ständige Kommission wird mit der Ueberwachung der gesundheitlichen Zustände in den Fabriken und Werkstätten betraut. Schließlich enthält der Vertrag noch genaue Bestimmungen über schiedsgerichtliche Regelung künftiger Streitigkeiten im Gewerbe.

Dürfen sich so siebzigttausend, mit ihren Lieben hunderttausend lange genug bedrückter und mißhandelter armer Menschen nun eines besseren Loses freuen, so ging doch auch dieser Streik nicht vorüber, ohne daß den amerikanischen Gewerkschaften eine politische Lektion erteilt wurde, deren Lösung noch aussteht: Noch wenige Tage vor dem Friedensschlusse erließ Oberbürger Goff in Newyork einen Einheitsbefehl, der den Ausständigen das Streikpostenstreichen in jeder Form verbot und den Streik, da er um die geschlossene Werkstätte geführt würde, für eine strafbare Verletzung im Sinne des Antitrust-Gesetzes erklärte! Der Kampf in den Gerichten wird natürlich, unbeschadet der Beendigung des Streiks, weitergeführt, und es ist zweifellos wahr, daß, wie ein bürgerliches Blatt der Metropole triumphierend ausruft, „die gesamte Arbeiterbewegung“, das heißt in diesem Falle die amerikanische Nurgewerkschaftler, „in ihrem Mark getroffen ist, wenn die Entscheidung des Richters Goff eine endgültige bleiben sollte“.

Leipzig und Umgebung.

Zur Lohnbewegung des Kessel- und Maschinenpersonals der Großen Leipziger Straßenbahn.

In der Versammlung am 9. September wurde einstimmig beschlossen, die Durchschnitte des Tarifes zu verlagen. Die Direktion hatte eine Lohnskala ausgearbeitet, durch die die älteren Leute in eine höhere Lohnstufe rücken als die Leute, die erst in den Betrieb kommen. Die Lohnzulage beträgt im Durchschnitt in 7 Arbeitstagen 7 Prozent. Da nun ein kleiner Teil des älteren Personals sich mit der Zulage zufrieden erachtete, so mußte nicht zur Herabsetzung, sondern besser Teil, jetzt abzurechnen. Festen Gehältern sind die Anwesenden davon überzeugt, daß mit einem einfachen Lohnzuschuß nichts zu erzielen sei, sondern nur durch die Gewerkschaft etwas zu erreichen ist. Als Beweis dient folgender Fall: Im vorigen Jahre reichte das Kessel- und Maschinenpersonal in der Station II ein Gesuch um Lohnaufbesserung bei der Direktion ein. Darauf teilte der Maschinenmeister Hoffmann im Auftrage der Direktion folgendes mit: Die Direktion war sehr ungehalten und glaubte, das Personal habe ein Komplott geschmiedet. Das ist eine Gemeinheit, Frechheit, Unverschämtheit. Es könne doch ein jeder mit seinem Lohn zufrieden sein. Der Maschinenmeister Hoffmann erklärte ausdrücklich, daß diese Erklärung im Auftrage der Direktion geschehe. Diese Erklärung mag einen jeden überzeugen, daß nur durch eine Erklärung und gut distanzierter Organisation die Lage der Maschinenisten und Heizer zu verbessern ist. Zentralverband der Maschinenisten u. Heizer sowie Berufsangehörigen. Zahlstelle Leipzig.

Zur Bewegung der Dsenfeger.

Auffklärung! Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die Dsenfeger- und Dsenfeger-Zwangsbewegung zu Leipzig in den Neuesten Nachrichten eine Zusammenstellung, um zu beweisen, wie glänzend die Dsenfeger in Leipzig bezahlt werden. Die Zeitung beweist denn auch, daß im Jahre 1908 ein Dsenfeger im Durchschnitt 2000 Mk. oder pro Tag 6.07 Mk. und im Jahre 1909 im Durchschnitt 2058 Mk. oder pro Tag 7.11 Mk. verdiente. Die Zeitung hat bei dieser Veröffentlichung eine achtstündige Arbeitszeit angenommen. Aber wie kommt die Zeitung zu einem solchen Lohne? Nun, sie hat aus der Liste der Dsenfeger sehr sorgfältig zwölf Leute herausgesucht, die während des ganzen Jahres Arbeit haben, also einen bevorzugten Posten innehaben. Sind doch Dsenfeger angegeben, die 301 Tage im Jahre gearbeitet haben. Außerdem aber dürften von diesen Dsenfegern die Beiträge für Auslösung, Fahrgeld usw. noch nicht in Abzug gebracht sein. Endlich aber stimmt die Angabe der Zeitung nicht, daß die tägliche Arbeitszeit acht Stunden beträgt. Tatsache ist, daß bis zum 1. August 1908 die 8 1/2 stündige Arbeitszeit galt und daß auch heute noch die Dsenfeger, trotz der Ermahnungen, die achtstündige Arbeitszeit überschreiten.

Es befinden sich etwa 300 Dsenfeger am Platze, zieht man den Lohn von zwölf gutbezahlten und vollbeschäftigten Dsenfegern heraus, so gibt dies doch kein wahrheitsgetreues Bild über die wirklichen Verhältnisse. Deshalb sträuben sich denn die Meister, den verlangten Lohn von 80 Pfg. pro Stunde zu zahlen. Bei achtstündiger Arbeitszeit und 300 Arbeitstagen würde doch immer erst ein Lohn von 1920 Mark erreicht werden können. Also noch lange nicht der Betrag, den die Zeitung vorgibt; schon jetzt zu zahlen. Wie oft stehen aber die Dsenfeger ohne Beschäftigung da? Die Veröffentlichung der Zeitung bedeutet also eine große Fahrlässigkeit, wenn nicht gar eine absichtliche Fressfärbung des Publikums.

Ebenso verhält es sich mit der Behauptung, die Gehilfenkommission hätte die Verhandlungen abgebrochen. Die Sache trug sich so zu, daß in der einzigen Sitzung, die überhaupt stattgefunden hat, gleich bei Beginn sich große Differenzen ergaben, da die Arbeitgeber für sich den Vorstehenden sowie den Protokollführer in Anspruch nahmen. Da aber die ganze Tarifänderung lediglich eine Folge der vorjährigen mangelhaften Führung des Protokolls war, so konnten die Dsenfeger nicht auf dieses Ansinnen eingehen. Um aber wenigstens etwas mitzunehmen, wurden gegenseitig Erklärungen abgegeben: Die Innungskommission erklärte, daß sie nur auf glatt (ist ungefähr der 4. Teil aller Arbeiten) 3 bis 4 Prozent geben könnte; die Gehilfenkommission dagegen erklärte, daß sie nicht unter

5 Prozent auf den ganzen Tarif gehen könne. In der hierauf stattgefundenen Innungsverammlung wurde einstimmig beschlossen, nichts zu bewilligen und den alten Tarif bis auf weiteres zu bezahlen. Aber was heißt bis auf weiteres. Sollen die Gehilfen bis zum Winter warten, wo es sich vom Standpunkt der Meister besser Tarife machen läßt? Hieraus folgte die Arbeitsniederlegung. Und hieraus konfirmieren die Meister den Abbruch der Verhandlungen durch die Gehilfen. Und doch haben sie selbst durch ihren Innungsbeschluss jede weitere Verhandlung unmöglich gemacht.

Die Streikleitung.

Zum Kampf gegen die Auswüchse im Metallindustriearbeitsnachweid.

Die über den Arbeitsnachweid verhängte Sperre ist nach wie vor ihre ungeschwächte Wirkung aus, so daß sich in einer großen Anzahl Betrieben starker Mangel besonders an gelerntem Arbeiter bemerkbar macht. Die Sperre und die damit verbundene Verweigerung der Ueberstunden äußert sich aber auch in einer ganzen Reihe von Differenzen, so daß sich die Arbeiter in der Leipziger Metallindustrie auch innerhalb der Betriebe im beständigen Kriegszustand befinden.

So gab z. B. die Betriebsleitung der schon öfter erwähnten Firma F o m m einer Kommission der Dreher, die vorstellig geworden war, um die Wiederherstellung eines entlassenen Kollegen zu erwirken, in höchst lebenswürdiger Form den Rat, die Art von draußen zuzumachen. Die Dreher haben dieser Aufforderung auch Folge geleistet und den Betrieb verlassen. Wir ersuchen die Leipziger Metallarbeiter ganz besonders, diesen Betrieb zu meiden. Da es den Unternehmern unmöglich ist, in Leipzig Arbeitskräfte zu erlangen, machen sie die kampfhaftesten Versuche, solche von auswärts heranzuziehen. So sucht die Firma S w i d e r s k i Dreher und Schlosser in den bürgerlichen Vierteln in Eilenburg, Saalfeld, Hohlau und Altenburg, auch in Magdeburg werden durch Infiltrate Arbeiter nach Leipzig gesucht. Wir ersuchen die Arbeiterbünde, darauf hinzuwirken, daß die Metallarbeiter Leipzig unter allen Umständen zu meiden haben. Daß sich die Sperrebrecher des besonderen Schutzes der Unternehmer erfreuen, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden. Man leistet das edelste, um zu verhindern, daß die Sperrebrecher mit den übrigen Arbeitern in Verührung kommen. Nur einige Beispiele: in der Leipziger Schnellpressenfabrik hat vergangene Woche ein Hobler angefangen. Derselbe darf die Garvergabe nicht beugen. Das Wassergewicht wird ihm an die Doppelbank gebracht, und wenn er ein verschwiegenes Derschen aufsuchen muß, so darf er seinen Gehilfen in den Hallen Ausdruck verleihen, die nur für die Meister bestimmt sind und die durch profane Uebe gewöhnlicher Arbeiter nicht entweilt werden dürfen.

Die Firma Meier u. Welschert schafft die Sperrebrecher unter dem Schutze eines Kontorangestellten nach dem Arbeitsnachweid, und wer die kampfhaften Versuche gesehen hat, welche Mähe sich der edle Beschäftigte, um seine Schäfchen ja nicht mit den Streikposten in Verührung kommen zu lassen, wie er die Mitter von der traurigen Gestalt wie die Puppen von einer Seite nach der anderen schiebt, der wird diese köstlichen Augenblicke sicher nicht vergessen.

Die Unternehmer setzen große Hoffnungen auf die in den nächsten Wochen eintreffenden Mejeristen. Die richten daher an alle Eltern die Bitte, ihre Söhne, soweit sie Metallarbeiter sind, und jetzt vom Militär entlassen werden, von der Sachlage zu unterrichten und sie zu veranlassen, erst gar nicht nach Leipzig zu kommen. Dasselbe Ersuchen richten wir auch an unsere Kollegen, soweit sie Freunde haben, mit denen sie im Urichswechsel stehen oder deren Adresse ihnen bekannt ist. Es muß unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß die Hoffnungen der Unternehmer zunichte werden. Weiter machen wir darauf aufmerksam, daß zu den bisher verurteilten Verurteilten noch die Firmen Chr. W a n s k e l b., T a n d s h e i m e w e g, und P e d e r, Leuzsch, kommen. Wir ersuchen unsere Kollegen, das zu beachten. Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Leipzig.

Deutsches Reich.

Der Kampf im Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe.

Bekanntlich hatte bei der diesjährigen großen Bauarbeiterausperrung der Verband der Berliner Baugeschäfte die Scharf-maßregeln des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe nicht befolgt; er war seine eigenen Wege gegangen und hatte in verständiger Weise mit den Berliner Bauarbeitern Frieden geschlossen. Die Folge davon war eine ziemlich scharfe Auseinandersetzung zwischen beiden Verbänden, die auch noch eine besondere Vorladung der Berliner zeitigte, in der sie ihren Standpunkt in der Sache darlegten. Die Trennung der Berliner Bauunternehmer vom Arbeitgeberbund ist nun offiziell vollzogen. Der Arbeitgeberbund aber verwahrt sich in einer Zuschrift an die bürgerliche Presse dagegen, daß der Austritt der Berliner zu einer Krise im Verbande der Bauunternehmer führen könnte. Er verweist auf sein festes Fortschreiten, seine 21 000 Mitglieder und 550 Ortsverbände und darauf, daß die Generalversammlung in Halle die Berliner zum Austritt aufgefordert habe. Er stellt weiter in Frage, ob der Berliner Verband allein in der Lage sein wird, dem Ansturm der Arbeiterorganisationen beim Ablauf des jetzigen Tarifes standzuhalten; im Frühjahr 1913 werde es sich zeigen, ob seine Taktik vom Jahre 1910 die richtige gewesen ist.

Wenn dieser Streit um die zukünftige Taktik der Unternehmer die Bauarbeiter auch verdammt läßt lassen kann, so will uns doch bedünken, daß die Einsicht und klügere Taktik diesmal auf selten der Berliner war. Diese Erkenntnis wird doch — wenn sie sich nicht schon jetzt im Arbeitgeberbund für das Baugewerbe durchgerungen hat — hoffentlich bis 1913 noch allgemein zum Durchbruch gekommen sein.

Ausland.

Passive Resistenz der Südbahnbeamten in Oesterreich.

Nachdem die Generaldirektion der Südbahn jedes weitere Zugeständnis abgelehnt hat, sind die Bediensteten dieser Bahn in vergangener Nacht um 12 Uhr in die passive Resistenz eingetreten. Auch der größte Teil der Beamtenschaft soll sich an der Resistenz beteiligen wollen.

Von Nah und Fern.

Das L. 3. VI vernichtet.

Das (Baden), 14. September. Infolge einer Explosion in der hinteren Gondel des L. 3. VI lag die Umhüllung des Luftschiffs Feuer. Das Luftschiff war innerhalb weniger Minuten völlig vernichtet. Das Dach der Halle hatte ebenfalls Feuer gefangen, das aber gelöscht werden konnte. Drei Mann der Besatzung erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Einem Mann verbrannten die Kleider auf dem Leibe.

Das (Baden), 14. September. Von der Ballonhalle ist die Glasbedeckung infolge der Hitze zum Teil geschmolzen; im übrigen ist die Halle unversehrt. Bei dem Brand des Luftschiffs sind, wie sich nunmehr herausgestellt hat, fünf Personen zum Teil erheblich, jedoch nicht lebensgefährlich verletzt worden.

Baden-Baden, 15. September. Die Ursache der Katastrophe des L. 3. VI ist nunmehr einwandfrei festgestellt. Während der Reinigung der Gondel mit Benzin hatte ein Monteur versehentlich den Motor angekerbelt, worauf plötzlich der Benzin ausflamte. Der Monteur, der in der Gondel stand, um diese aus-

zuwaschen, schlug sofort Alarm und die in der Halle befindlichen Mannschaften der Luftschiffbau-Gesellschaft machten sich sofort an die Löscharbeiten. Sie schraubten sofort die zahlreichen in der Halle zu diesem Zweck angebrachten Schläuche an die Hydranten und setzten die Gondel unter Wasser. Unter den in der Halle befindlichen Tagelöhnern entstand, als sie den Feueralarm hörten, eine Panik. Die Leute stürzten laut schreiend ins Freie. In wenigen Minuten war das Feuer der Gondel gelöscht und nur der Eimer mit Benzin brannte noch. Diesen gab ein Monteur aus der Gondel heraus einem andern Monteur, um den Eimer aus der immerhin gefährlichen Nähe des Luftschiffs zu bringen. Aus diesem Eimer schlug in dem Moment, als der Monteur sich damit abwandte, anscheinend infolge der Bewegung eine große Flamme heraus und züngelte sofort an der Außenhülle des Ballons empor. Im Nu stand dieser Teil des Luftschiffs bis oben hin in Flammen. Das Feuer griff so schnell um sich, daß die Leute kaum die Halle verlassen konnten. Einzelne Angestellte, man spricht neuerlich von zehn, haben Brandwunden erlitten. Die Verletzungen der Leute sind jedoch durchweg leicht. Drei Mann befinden sich im Hospital; sie haben jedoch noch nicht einmal offene Brandwunden, sondern nur Blütungen der Haut, so daß sie bald wieder arbeitsfähig sein werden. Das Luftschiff selbst ist vollkommen vernichtet. Nur ein kleiner Rest, den man bequem in einem Weisefloffer unterbringen könnte, ist übriggeblieben. Der Schaden an der Luftschiffhalle beträgt etwa 20 000 Mk. Allgemein ist in Baden das Mitgefühl mit dem Grafen Zeppelin, der abermals von einem so schweren Unglück betroffen wurde.

Die Cholera.

Danzig, 14. September. Die Regierung in Danzig erklärt zu den Cholerafällen in Marienburg, daß seit Anfang September 5 Personen unter Choleraverdacht gestorben sind, von denen zwei noch nicht beerdigt wurden. Achtzig Choleraverdächtige Personen sind in zwei Häusern in Marienburg zur Beobachtung untergebracht. Als besondere Vorsicht ist sofort für den ganzen Kreis Marienburg die obligatorische Leichenschau angeordnet worden.

Köln, 14. September. Heute vormittag ist ein Schiffer, der mit einem Bremer Schiff von Danzig hierher gekommen war, unter Choleraverdächtige Erscheinungen in die hiesige Krankenanstalt Lindenburg eingeliefert worden. Ob sich der Choleraverdacht bestätigt, wird erst die bakteriologische Untersuchung ergeben. Es sind sofort alle erforderlichen Vorsichtsmaßregeln getroffen worden.

Budapest, 15. September. Die Cholera breitet sich längs der Donau immer weiter aus. Gestern wurden zur Verhinderung der Ausbreitung mehrere Märkte suspendiert. In Budapest selbst ist bisher kein einziger Fall von Cholera vorgekommen. Die Manöver in der Nähe von Neutra wurden abgeblasen.

Rom, 14. September. In den letzten 24 Stunden sind in Apulien vier Erkrankungen und zwei Todesfälle an Cholera festgestellt worden.

Neuerburg, 14. September. In den letzten 24 Stunden sind 40 Neuerkrankungen und neun Todesfälle an Cholera festgestellt worden. Die Gesamtzahl der Kranken beträgt 600.

Ein Bergsturz.

Madrid, 15. September. Bei dem Orte Abanilla (Provinz Murcia) ist ein Bergsturz niedergegangen. Die Steine durchschlugen das Strohdach einer Hütte, wodurch drei Personen getötet wurden. Ferner wurden auch die Eingänge zu einigen andern Wohnräumen durch Erdmassen verschüttet, doch konnten diese bald weggeräumt werden.

Madrid, 15. September. Der Zivilgouverneur von Murcia telegraphiert über die Bergsturz-Katastrophe von Abanilla, daß diese viel schlimmer ist, als man ursprünglich geglaubt hat. Sieben Häuser sind eingestürzt; 15 müssen getötet werden. Viele Leichen befinden sich noch unter den Trümmern. Die Erde sinkt fortgesetzt nach, so daß Rettungsarbeiten ganz unmöglich sind. Wie gemeldet, war eine 28jährige Frau etwa 30 Stunden unter den Trümmern eingeschlossen, aber mit ihrem zweijährigen Kinde noch lebend gerettet worden. Die Frau hat schreckliche Stunden verbracht. Ihr achtjähriges Kind war verhungert, da es ihr unmöglich war, dem Kinde Hilfe zu bringen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 15. September. Wie dem Berliner Tageblatt aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, war am Tage der Massendemonstration der Frankfurter Sozialdemokraten, wo Laurès, Banderweide usw. sprachen, das 5. Ulanenregiment in Hanau feldmarschmäßig zum Ausrücken bereit, da die Frankfurter Garnison augenblicklich im Manöver ist. Am Hanauer Bahnhof stand ein Extrazug unter Dampf, um die Mannschaften nötigenfalls nach Frankfurt zu bringen. Auch das 3. Fußartillerieregiment in Mainz stand mit scharfen Patronen und doppelten Fleischrationen marschbereit. Auch hier hielt ein Extrazug sich zur Abfahrt fertig. Also die Frankfurter Militärbehörden waren auf eine Schlacht gefaßt.

Frankfurt a. D., 15. September. Einen die Wahlbewegung charakterisierenden Vorgang meldet unser Kottbuser Parteiblatt, die Märkische Volksstimme: Zu der gestrigen sozialdemokratischen Versammlung hatte der Eisenarbeiter Otto Wels-Berlin von dem Inhaber des Gesellschaftshauses den Saal gemietet, da sonst kein Raum zur Abhaltung einer Versammlung zu haben war. Gestern morgen erhielt Wels plötzlich ein Telegramm von dem Besitzer des Lokals, in dem dieser den Mietvertrag rückgängig machen wollte. Wels wandte sich sofort an einen Frankfurter Rechtsanwalt, um durch ihn eine einstweilige Verfügung beim Amtsgericht zu erwirken, die die Abhaltung der Versammlung möglich mache. Einer solchen einstweiligen Verfügung wurde stattgegeben. Trotzdem erhielten die Versammlungsbesucher keinen Einlass in den Saal, da die Polizei die Zugangstüren besetzt hatte. Erst als ein Gerichtsvollzieher erschien und auf Grund der Verfügung den Inhaber des Lokals zur Duldung der Versammlung zwang, wurden die zahlreich erschienenen Personen eingelassen.

Beverley (Massachusetts), 15. September. Die Vereinigten Staaten werden Anfang Oktober mit Kanada, nachdem der englische Botschafter in Washington, Bryro, seine Zustimmung erklärt hat, in direkte Verhandlungen über ein gegenseitiges Handelsabkommen treten.

Die gefährlichste Zeit des Säuglingsalters ist die Periode der Zahmung und Entwöhnung, weil in diesem Alter die Durchfälle am häufigsten auftreten. Den besten Schutz bietet eine rationelle Ernährung mit „Lufete“ und Milch, wodurch die Verdauung gefördert und geregelt wird.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Max v. L o j e w s k i in Leipzig.

Verantwortlich für den Anzeratenteil:

Friedrich V i l l e r in Borsdorf-Elpzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

Arbeiter-Frauen- und Mädchen-Chor

Direktion: Herr Paul Michael.

Sonnabend, den 17. September, im grossen Saale des Volkshauses

Volksliederabend

mit darauffolgendem Ball
Mitwirkende: Paul Michaelsches Soloquartett

Billetts im Vorverkauf 20 Pfg., sind in der Buchhandlung
im Volkshause zu haben. — An der Kasse 30 Pfg.
Um regen Zuspruch der Arbeiterschaft bitot. Der Oblgo.

Ortsverein L.-Gohlis

Freitag, den 10. September, abends 8 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Restaurant Rönchshof, L.-Gohlis.

Tagesordnung: 1. Die kulturelle Bedeutung der modernen Arbeiterbewegung. Referent: Gen. Zschocher.
2. Diskussion. 3. Partei- und Vereinsangelegenheiten.
Zahlreichen Besuch erwartet [17270] Der Vorstand.

Achtung! Sängerkhor L.-West. Achtung!

Heute abend: Trauerständchen.

Treffpunkt: Felsenkeller, Punkt 8 Uhr.

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen. D. V.

Herbstmesse

Haases Attraktion Figur 8 Bahn

Haases Stufenbahn

Morgen Freitag von 1/8 Uhr an

Grosser Elite-Abend

in der Stufenbahn. [16251]

Jede Dame und jeder Herr erhält beim Eintritt eine Überraschung.



Oelfarben

jeder Art sowie

Fußboden- und Farben

in besten Qualität, über Nacht

harttrocknend, empf. billigst

Karl Stuck Nachf., Petersteinweg 7
gegenüber dem königlichen Amtsgericht. [2810]

Konsumverein Leipzig-Plagwitz u. Umg.

Eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.

Die Zinsscheine Nr. 20 und Nr. 8 unserer 4 1/2 % Obligationen, am 30. September und 1. Oktober fällig, können vom 15. September ab, der Zinsschein Nr. 20 beim Bankhause J. Dreyfus & Co. in Frankfurt a. M. und an unserer Kasse in Leipzig-Plagwitz, der Zinsschein Nr. 8 an unserer Kasse und an den Kassen der Zweigstellen der Deutschen Bank zur Zahlung präsentiert werden.

Zur Empfangnahme neuer Zinsscheinbogen sind die Erneuerungsscheine zu den Obligationen Lit. A und Lit. B beim Bankhause J. Dreyfus in Frankfurt a. M. und an der Genossenschaftskasse in Leipzig-Plagwitz abzugeben.

Leipzig-Plagwitz, den 13. September 1910.

[17280]

Der Vorstand.

Konsumverein für Zwenkau u. Umgeg.

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Zur Herbst- und Winter-Saison:

Herren- und Knaben-Anzüge, Paletots.

Anfertigung nach Maass.

Joppen, einzelne Hosen, Jackets, Westen, Damen-Mäntel und -Jackets.

Arbeiter-Garderobe:

Lederhosen, Manchesterhosen, Maschinistenanzüge in Pilot und Haustuch, Bauhosen.

Eigene Konfektion in Leinen- und Barchenthemden, Jüpen, Jacken, Blusen, Röcken, Schürzen, Kinder- und Frauenkleidern, Damen-Kleider- und Blusenstoffen.

1414 Mitglieder.

Letzter Jahresumsatz:

620.730,05 M

Reingewinn: 63.603,21 M

Reservefonds: 10.770,80 M

Dispositionsfonds: 20.779,02 M

Storbegelegenheitsfonds: 8.625,21 M

Geschäftsguthaben der Mitglieder: 44.646,41 M

Haftsumme der Mitglieder: 56.560, — M

Bar angelegte Gelder: 78.746,11 M

Bisher ausgezahlte Dividende: 412.947,68 M

Bisher gezahlte Steuern: 27.763,63 M

Jeder Frau kann Mitglied werden.

Die Jahresberichte über das zurückgelegte 16. Geschäftsjahr können vom 15. September ab im Kontor und in sämtlichen Geschäftsstellen in Empfang genommen werden. [16908]

Die Auszahlung des Guthabens der am 30. Juni c. ausgeschiedenen Mitglieder erfolgt am 27. September im Kontor.

Kein Putzleder, Schwamm und Putzelmehr mehr notwendig!

Kein Fasern und kein Schmierer mehr

bei Anwendung des gesetzlich geschützten

Fensterblank

Fensterblank macht Scheiben und Spiegel verblüffend schnell und blitzblank sauber wie Krystall.

Fensterblank spart viel Zeit, Geld und Arbeit und ist daher unentbehrlich für jede Hausfrau.



Fensterblank ist in Päckchen für ca. 50 Fenster reichend gepackt. Preis pro Päckchen 10 Pfennig.

Zu erhalten in allen Kolonialwaren- u. Drogen-Geschäften.

Alleinvertreib: Carl Andreas, Leipzig.

Fernsprecher 787.

Konsumverein Leipzig-Plagwitz u. Umg.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht).

In der am 30. Juni 1910 stattgefundenen Auslosung wurden zur Tilgung ausgelost von den Teilobligationen

Lit. A à 1000 Mark Nr.: 6 102 132 157 163 193 195 203 211 und 247.

Lit. B à 500 Mark Nr.: 21 97 100 114 120 141 161 194 205 232 234 241 270 282 305 321 326 362 376 und 385.

Ferner ist die Obligation, gezogen am 30. Juni 1909, Lit. B à 500 Mark Nr. 92 noch rückständig.

Wir ersuchen die jeweiligen Inhaber, die Obligationen an der Kasse der Genossenschaft Leipzig-Plagwitz, Jahnstrasse 69, oder beim Bankhause J. Dreyfus & Co., in Frankfurt a. M., zur Rückzahlung am 30. September 1910 zu präsentieren. Mit erwähntem Tage hört die Verzinsung des Kapitals auf und ist es nötig, gleichzeitig den Erneuerungsschein und den Zinsschein Nr. 20 an erwähnten Kassen mit vorzulegen.

Leipzig-Plagwitz, den 13. September 1910.

Der Vorstand.

[17279]

Im schönen Lindenu,

Wlwo der Himmel blau,

hat Lange 'nen Wein piffeln,

Dazu wie Gold so rein;

Zu äusserst bill'gem Preis

Offertiererglas- u. Literweils

vom Fass:

Blutwein, Liter 95, Glas 15

Samos, Liter 85, Glas 15

Süsser Wein, Liter 60, Glas 10

Wein-

handlung Johannes Lange

Lindenu, Gumborfer Str. 13.

Familienanzeigen.

Wir gratulieren unserm lieben Vater Johann König s. 50. Geburtstag, Mutter, Kinder u. Enkelkinder: Anna und Ernst Becken, Albert und Ernst Friedl, Albin, Karl, Willi, Margarete, Erich, Hugo und Miel. Dreimal hoch!

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser Sohn

Artur

im Alter von 4 Jahren 7 Mon. an Diphtheritis gestorben ist. L.-Lindenu, Friesenstr. 4. Albin Schmidt u. Frau. Beerdigung Sonnabend 1/2 11hr.

Gestern abend verschied plötzlich und unerwartet unsere gute

Hildegard

im Alter von 18 Monaten. Dies zeigt tiefbetriibt an L.-Stötterig, Leipz. Str. 12, den 15. September 1910

Familie Paul Kolbe.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme und den reichen Blumenschmuck bei dem schweren Verluste unserer lieben, unvergesslichen Mutter

Frau Alwine verw. Sorgentfrei geb. Wehmann

sagen wir allen Verwandten und Bekannten sowie Herrn Pastor Helmgmann für die trostreichen Worte am Grabe nur hierdurch unseren innigsten Dank.

Lindenu, Föhnstr. 14, den 14. September 1910.

[17306] Die trauernden Hinterbliebenen.

Zurückgelehrt vom Grabe meiner lieben Frau, unsern guten Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Minna Marie Köhler geb. Müller

sage ich allen Verwandten und Bekannten für die herzliche Teilnahme aufrichtigsten Dank. Dank besonders denjenigen, welche die Entschlafene bei ihrer schweren Krankheit gepflegt haben und ihr eine Stütze waren. Auch aufrichtigen Dank dem Männerchor Leipzig-West sowie den Frauen des Gartenvereins Sommerlust für ihre reichlichen Spenden und Ehrung zur letzten Ruhe. Die aber, liebe Entschlafene, rufen wir ein Ruhe sanft nach. L.-Kleinzißscher, den 15. September 1910.

Hermann Köhler im Namen sämtl. Hinterbliebenen.

Heute nacht 1/2 12 Uhr entschlief nach viertägigem Krankenlager plötzlich und unerwartet im noch nicht vollendeten 32. Lebensjahre meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwiebertochter und Schwägerin

Frau Selma Pötzsche geb. Schwendler.

Dies zeigt in tiefster Trauer an Lindenu, Genricistr. 30, II., den 14. Sept. 1910

Felix Pötzsche

im Namen der Hinterbliebenen.

Beerdigung: Sonntag, mittags 1/2 1 Uhr, von der Kapelle des Lindenuer Friedhofes aus. [17300]

Heute nacht 1/2 12 Uhr verschied im 51. Lebensjahre nach langem Leiden mein lieber, treusorgender Gatte, der

Gastwirt Johann August Woschik.

Dies zeigt in tiefster Trauer an

Klara verw. Woschik geb. Lerche

nebst Angehörigen.

Die Einäscherung findet Sonnabend, den 17. Septbr., auf dem Söbtfriedhofe statt. Blumenschmuck wird dankend abgelehnt. [17307]

Sängerkhor Leipzig-West.

Dienstag, den 13. September, starb nach längerem schwerem Leiden unser werttes passives Mitglied [17277]

August Woschik

im 51. Lebensjahr. Wir verlieren in ihm ein treues Mitglied und werden seiner stets gedenken. Der Vorstand.

Politische Uebersicht.

Die echrussischen Gratulanten.

Es ist eine feststehende Tatsache, daß das ostelbische Regierungssystem sich stark zur russischen Autokratie hingezogen fühlt und in ihr ein unüberwindliches Bollwerk gegen alle Mächte des Umsturzes sieht.

Neben dem halbautoritären Regierungssystem in Preußen ist es vor allem die Gestalt Wilhelms II., die sich die journalistischen Vertreter des russischen Junkertums zum Objekt ihrer Lobpreisungen genommen haben.

Die Stadtverordnetenversammlung in Darmen beschloß, bei der Reichsregierung um Erleichterung der Einführung von Jungvieh, Ermäßigung der Transportkosten auch für Mastvieh, Futter und Erleichterung sonstiger veterinärpolizeilicher Vorschriften zu petitionieren.

Die Stadtverordnetenversammlung in Darmen beschloß, bei der Reichsregierung um Erleichterung der Einführung von Jungvieh, Ermäßigung der Transportkosten auch für Mastvieh, Futter und Erleichterung sonstiger veterinärpolizeilicher Vorschriften zu petitionieren.

Die Stadtverordnetenversammlung in Darmen beschloß, bei der Reichsregierung um Erleichterung der Einführung von Jungvieh, Ermäßigung der Transportkosten auch für Mastvieh, Futter und Erleichterung sonstiger veterinärpolizeilicher Vorschriften zu petitionieren.

Die Stadtverordnetenversammlung in Darmen beschloß, bei der Reichsregierung um Erleichterung der Einführung von Jungvieh, Ermäßigung der Transportkosten auch für Mastvieh, Futter und Erleichterung sonstiger veterinärpolizeilicher Vorschriften zu petitionieren.

Die Stadtverordnetenversammlung in Darmen beschloß, bei der Reichsregierung um Erleichterung der Einführung von Jungvieh, Ermäßigung der Transportkosten auch für Mastvieh, Futter und Erleichterung sonstiger veterinärpolizeilicher Vorschriften zu petitionieren.

Die Stadtverordnetenversammlung in Darmen beschloß, bei der Reichsregierung um Erleichterung der Einführung von Jungvieh, Ermäßigung der Transportkosten auch für Mastvieh, Futter und Erleichterung sonstiger veterinärpolizeilicher Vorschriften zu petitionieren.

Die Stadtverordnetenversammlung in Darmen beschloß, bei der Reichsregierung um Erleichterung der Einführung von Jungvieh, Ermäßigung der Transportkosten auch für Mastvieh, Futter und Erleichterung sonstiger veterinärpolizeilicher Vorschriften zu petitionieren.

Die Stadtverordnetenversammlung in Darmen beschloß, bei der Reichsregierung um Erleichterung der Einführung von Jungvieh, Ermäßigung der Transportkosten auch für Mastvieh, Futter und Erleichterung sonstiger veterinärpolizeilicher Vorschriften zu petitionieren.

Die Stadtverordnetenversammlung in Darmen beschloß, bei der Reichsregierung um Erleichterung der Einführung von Jungvieh, Ermäßigung der Transportkosten auch für Mastvieh, Futter und Erleichterung sonstiger veterinärpolizeilicher Vorschriften zu petitionieren.

Die Stadtverordnetenversammlung in Darmen beschloß, bei der Reichsregierung um Erleichterung der Einführung von Jungvieh, Ermäßigung der Transportkosten auch für Mastvieh, Futter und Erleichterung sonstiger veterinärpolizeilicher Vorschriften zu petitionieren.

Hansabund zu parteipolitischen Erklärungen zu provozieren, ist der Zeitung des Hansabundes genau bekannt. Es sei deshalb nochmals festgelegt, daß der Hansabund die Führung im politischen Kampf, mag es sich um den Kampf gegen irgendeine Partei handeln, ein für allemal den hierzu zuständigen und notwendigen politischen Parteien überläßt.

Es würde uns und vielleicht auch noch andre Leute interessieren, wie die braven Reden vom Hansabund sich die „Wiedererringung der Wirtschaftspolitik des Bundes der Landwirte“ eigentlich denken. Bekanntlich zählen die Mitglieder des Bundes in der Hauptsache zur national-liberalen und freisinnigen Partei.

In der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung wird eine amtliche Erklärung zur Fleischnotfrage veröffentlicht, die in der Form eines Berichts über die von uns schon gestern erwähnte Konferenz des Vorstands des Deutschen Fleischerverbands mit dem preussischen Landwirtschaftsminister gekleidet ist.

Am Schlusse des Artikels heißt es dann: Der Minister gab schließlich die Erklärung ab, daß, wenn wider Erwarten ein Mangel der gegenwärtigen Vieh- und Fleischpreise nicht eintreten und der Marktaustrich dauernd nachlassen sollte, er sich der Verpflichtung nicht entziehen werde, weitere Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung ins Auge zu fassen.

Da die Regierung bisher überhaupt noch keine Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung ergriffen hat, bedeutet dies offenbar nichts andres, als daß sie auch in Zukunft nichts tun will.

Die Stadtverordnetenversammlung in Darmen beschloß, bei der Reichsregierung um Erleichterung der Einführung von Jungvieh, Ermäßigung der Transportkosten auch für Mastvieh, Futter und Erleichterung sonstiger veterinärpolizeilicher Vorschriften zu petitionieren.

Die Stadtverordnetenversammlung in Darmen beschloß, bei der Reichsregierung um Erleichterung der Einführung von Jungvieh, Ermäßigung der Transportkosten auch für Mastvieh, Futter und Erleichterung sonstiger veterinärpolizeilicher Vorschriften zu petitionieren.

Die Stadtverordnetenversammlung in Darmen beschloß, bei der Reichsregierung um Erleichterung der Einführung von Jungvieh, Ermäßigung der Transportkosten auch für Mastvieh, Futter und Erleichterung sonstiger veterinärpolizeilicher Vorschriften zu petitionieren.

Die Stadtverordnetenversammlung in Darmen beschloß, bei der Reichsregierung um Erleichterung der Einführung von Jungvieh, Ermäßigung der Transportkosten auch für Mastvieh, Futter und Erleichterung sonstiger veterinärpolizeilicher Vorschriften zu petitionieren.

Die Stadtverordnetenversammlung in Darmen beschloß, bei der Reichsregierung um Erleichterung der Einführung von Jungvieh, Ermäßigung der Transportkosten auch für Mastvieh, Futter und Erleichterung sonstiger veterinärpolizeilicher Vorschriften zu petitionieren.

Die Stadtverordnetenversammlung in Darmen beschloß, bei der Reichsregierung um Erleichterung der Einführung von Jungvieh, Ermäßigung der Transportkosten auch für Mastvieh, Futter und Erleichterung sonstiger veterinärpolizeilicher Vorschriften zu petitionieren.

Die Stadtverordnetenversammlung in Darmen beschloß, bei der Reichsregierung um Erleichterung der Einführung von Jungvieh, Ermäßigung der Transportkosten auch für Mastvieh, Futter und Erleichterung sonstiger veterinärpolizeilicher Vorschriften zu petitionieren.

Die Stadtverordnetenversammlung in Darmen beschloß, bei der Reichsregierung um Erleichterung der Einführung von Jungvieh, Ermäßigung der Transportkosten auch für Mastvieh, Futter und Erleichterung sonstiger veterinärpolizeilicher Vorschriften zu petitionieren.

wird. Die führenden Elemente im Metzerverband hätten einen geradezu unbegreiflichen Mangel an Verständnis für Staat und Recht an den Tag gelegt. Demgegenüber müßten sich die ruhigen Elemente im Metzerverband überzeugen, daß sie sich nicht noch länger durch untätiges Zuschauen als die mit allen Handlungen ihrer Vertreter übereinstimmende Gefolgschaft hinstellen lassen dürfen.

Auch der Arbeiter Metzerverein rückt von den Scharfmachern im Leipziger Verband entschieden ab. Er veröffentlicht eine Denkschrift zur Metzervereinigung in der Reichsversicherungsordnung, in der er nach Mitteilungen der bürgerlichen Presse unter anderem ausführt:

Dem Kölner Metzerverein liegt nichts ferner, als dem Leipziger Verband in seinen ursprünglichen Zielen entgegenzutreten zu wollen. Wenn er dabei geblieben wäre, mit geschäftlichen und anständigen Mitteln die wirtschaftliche Hebung des Metzerverbands zu erstreben, würde heute noch jeder vernünftige Standesgenosse mit Freuden mitwirken.

Der Kölner Metzerverein ist entgegen dem L. V. der wohl begründeten Überzeugung, daß die Krankenversicherungsangelegenheit nicht dem Metzerverband geschadet hat durch Entscheidung ungeschickter Patienten aus der freien Praxis, sondern daß im Gegenteil den Ärzten dadurch ein sicheres und durchschüssig genügendes Honorar gewährleistet wird; daß allerdings vor allem neben einer standeswürdigen Honorierung der Befehlshaber der Kassenärzt unbedingte vor unwürdigen Verträgen und unwürdiger Behandlung seitens der Kassenverordnungen zu schützen muß.

Und über die ärztlichen Standesgerichte, die erst in der letzten Session des sächsischen Landtags in der Person des Ministerialdirektors Kumpekt gegenüber der sozialdemokratischen Kritik einen so warmen Verteidiger fanden, wird in der Denkschrift gesagt:

Alle diese schweren Schäden würden weit weniger in die Erscheinung treten, wenn dem L. V. nicht die staatlichen ärztlichen Ehrengerichte zur Seite ständen. Trotz aller offiziellen Ablehnungsversuche kann sich niemand der Einsicht verhehlen, daß Nichtmitglieder des L. V. nur sehr schwer an die Unparteilichkeit dieser Gerichte zu glauben vermögen.

Verminderte Reichseinnahmen. Die Einnahmen des Reichs an Zöllen belaufen sich im Monat August 1910 auf 49 019 083 Mk. gegen 67 852 000 Mk. im Juli 1910. In der Zeit vom 1. April bis Ende August 1910 hat die Einnahme 257 440 249 Mk. betragen gegen 290 233 033 Mk. in dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Die Einnahme hat sich also im laufenden Jahre um fast 33 Millionen Mark vermindert. Die Mindereinnahme erklärt sich zum Teil aus der starken Voreinfuhr an Raffee und Tabak, die in den Sommermonaten des Jahres 1900 stattgefunden hat.

Zum Fleisch- und Brotwucher auch noch Milchwucher. Die Agrarier in West- und Süddeutschland beabsichtigen, die Verbände der Milchhändler in die Höhe zu treiben. Die Verbände der Milchhändler in den von den Agrariern bedrohten Gebieten haben für den 18. und 19. September einen Kongreß nach Koblenz einberufen, um dort über Mittel und Wege zu beraten, wie den gemeingefährlichen Wucherern entgegengetreten werden kann.

Skandalöse Kinderausbeutung im mecklenburgischen Junkerborado. Die Regierung von Mecklenburg-Schwerin hat für das Domanium eine neue Verordnung erlassen, die es zuläßt, daß Kinder, die das 11. Lebensjahr erreicht haben, für die Sommerzeit Diensterlaubnisse ohne erhalten und dann pro Woche nur zu zwölf Stunden die Schule besuchen brauchen. Wie traurig es diesen Kindern ergeht, beweist die Bestimmung, daß ihnen nach der neuen Bestimmung jezt Schlafstätten angewiesen werden sollen, die von denen der erwachsenen Dienstboten getrennt liegen müssen.

Neue Zustände. Auf der Eisenbahnstrecke Worms-Grundheim wurde vor einigen Tagen ein Lokomotivführer und ein Heizer durch Explosion einer Maschine schwer verletzt. Jetzt erhebt die liberale Wormser Volksgemeinschaft schwere Anklagen gegen die Eisenbahnverwaltung. Unter anderem behauptet sie, die betreffende Maschine sei seit längerer Zeit reparaturbedürftig gewesen und bereits dreimal seien die entsprechenden Einträge in das Reparaturbuch erfolgt, zuletzt noch unmittelbar vor dem Unfall, ohne daß die Aufsichtbehörde die Reparatur vorgenommen hätte. Bei dieser Gelegenheit weist das Blatt darauf hin, daß vor kurzem ein Wormser Lokomotivführer die Verantwortung für eine Fahrt ablehnte, weil die Maschine dreifache Radreifen hatte, und daß ein anderer Lokomotivführer bestraft wurde, weil er sich weigerte, mit einer defekten Maschine zu fahren.

Deutsches Reich.

Die Ritter von der traurigen Gestalt.

Der amüsante Frostmäusekrieg zwischen Hansabündern und Landbündern tobt lustig weiter. Jetzt kommen die Mannen von Nießer und Knobloch mit einer neuen Erklärung angerückt, worin sie zum soundsowjetischen Male verkünden, wie sie sich zu den politischen Parteien, besonders aber zur Sozialdemokratie, stellen. Es wird da aus-einandergelegt:

Der Hansabund läßt sich aber weder von seinen Gegnern seine Taktik vorschreiben, noch durch mehr oder weniger geschickte Versuche sich aus seiner Bahn der Neutralität gegenüber rein politischen Fragen und Parteien bringen. Zu welchem Zwecke die Versuche jetzt von gegnerischer Seite gemacht werden, den

Nebensarten.

In der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung wird eine amtliche Erklärung zur Fleischnotfrage veröffentlicht, die in der Form eines Berichts über die von uns schon gestern erwähnte Konferenz des Vorstands des Deutschen Fleischerverbands mit dem preussischen Landwirtschaftsminister gekleidet ist.

Am Schlusse des Artikels heißt es dann: Der Minister gab schließlich die Erklärung ab, daß, wenn wider Erwarten ein Mangel der gegenwärtigen Vieh- und Fleischpreise nicht eintreten und der Marktaustrich dauernd nachlassen sollte, er sich der Verpflichtung nicht entziehen werde, weitere Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung ins Auge zu fassen.

Da die Regierung bisher überhaupt noch keine Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung ergriffen hat, bedeutet dies offenbar nichts andres, als daß sie auch in Zukunft nichts tun will.

Die Stadtverordnetenversammlung in Darmen beschloß, bei der Reichsregierung um Erleichterung der Einführung von Jungvieh, Ermäßigung der Transportkosten auch für Mastvieh, Futter und Erleichterung sonstiger veterinärpolizeilicher Vorschriften zu petitionieren.

Die Stadtverordnetenversammlung in Darmen beschloß, bei der Reichsregierung um Erleichterung der Einführung von Jungvieh, Ermäßigung der Transportkosten auch für Mastvieh, Futter und Erleichterung sonstiger veterinärpolizeilicher Vorschriften zu petitionieren.

Die Stadtverordnetenversammlung in Darmen beschloß, bei der Reichsregierung um Erleichterung der Einführung von Jungvieh, Ermäßigung der Transportkosten auch für Mastvieh, Futter und Erleichterung sonstiger veterinärpolizeilicher Vorschriften zu petitionieren.

Die Stadtverordnetenversammlung in Darmen beschloß, bei der Reichsregierung um Erleichterung der Einführung von Jungvieh, Ermäßigung der Transportkosten auch für Mastvieh, Futter und Erleichterung sonstiger veterinärpolizeilicher Vorschriften zu petitionieren.

Die Stadtverordnetenversammlung in Darmen beschloß, bei der Reichsregierung um Erleichterung der Einführung von Jungvieh, Ermäßigung der Transportkosten auch für Mastvieh, Futter und Erleichterung sonstiger veterinärpolizeilicher Vorschriften zu petitionieren.

Die Stadtverordnetenversammlung in Darmen beschloß, bei der Reichsregierung um Erleichterung der Einführung von Jungvieh, Ermäßigung der Transportkosten auch für Mastvieh, Futter und Erleichterung sonstiger veterinärpolizeilicher Vorschriften zu petitionieren.

Die Stadtverordnetenversammlung in Darmen beschloß, bei der Reichsregierung um Erleichterung der Einführung von Jungvieh, Ermäßigung der Transportkosten auch für Mastvieh, Futter und Erleichterung sonstiger veterinärpolizeilicher Vorschriften zu petitionieren.

Die Stadtverordnetenversammlung in Darmen beschloß, bei der Reichsregierung um Erleichterung der Einführung von Jungvieh, Ermäßigung der Transportkosten auch für Mastvieh, Futter und Erleichterung sonstiger veterinärpolizeilicher Vorschriften zu petitionieren.

Russischer Schmerz ist deutscher Schmerz.

Gegen die Blutmischung des deutschen Bodens durch den gekrönten Bluthund in Rauehm-Friedberg regt sich in allen Kreisen, die noch Sinn für nationale Ehre haben, der kräftigste Protest. Die Junkerpresse dagegen schäumt vor Wut, daß man dergestalt das „Gastrecht“ verleihe. Das tut dieselbe Presse, die soeben erst gegen Jauds und die andern ausländischen Gäste der deutschen Arbeiterklasse die deutsche Polizei aufbeute und sie zu deren Ausweisung zu veranlassen suchte.

Dieselbe Presse bringt auch eine Meldung, wonach der russische Botschafter in Berlin bei der deutschen Regierung wegen der Protestbewegung vorstellig werden soll. In der Duma wollen die schwarzen Hundert die Sache zur Sprache bringen. Daraus geht nur die Tatsache hervor, daß die offiziellen Stellen die Protestbewegung nicht ignorieren zu können glauben. Vielleicht bringen sie ihrem Blutherrn bei, daß er sich lieber ein andres Land zur Erholung aussuchen möge.

Neues vom alten Bismard.

Im Freien Volk gibt Gerlach einige weitere Erinnerungen an Bismard zum besten, von denen wir folgende kleine bezeichnende Geschichte wiedergeben wollen:

Die schwierige Sache der Welt war, Bismard zur Aufgabe von barem Gelde zu veranlassen. Bei dem großen Wildstand im Sachsenwald mußte im Winter stark gefüttert werden. Die Futtermittel wurden natürlich auf den sächsischen Besitzungen selbst gebaut. In einem besonders harten Winter reichte jedoch das selbstgewonnene Futter nicht aus. Lange kam deshalb zum Fürsten und bat ihn, etwas Lupinen und Kleeheu kaufen zu dürfen. „Nein!“ Die Fürstin stand dabei und sagte: „Bitte, Otto, erlaube es doch. Sieh einmal, die armen Tiere kommen ja vor Hunger bis an den Gariengang.“ „Nein!“ Und dabei bligten seine großen Augen in der bekannten Weise, die jedem, auch jedem Familienmitglied, es geraten sein ließ, das Thema zu verlassen.

Das ist der echte Bismard.

Metzger und Reichsversicherungsordnung.

Im Versicherungsboten wendet sich Geheimrat Düttmann gegen die Art und Weise, in der von den Metzerverorganisationen gegen die Reichsversicherungsordnung vorgegangen

Ein badisches Politzettelchen. Bürgerlichen Blättern wird aus Bern gemeldet:

Ein gewisser Goensch in Basel war im September v. J. durch die badische Polizei von Basel nach der Schweiz entlassen, das ist auf deutsches Gebiet bei Basel, gelockt und dort wegen angeblicher Spionage verhaftet, nach einiger Zeit aber wieder freigelassen worden. Wegen dieses Vorfalls hatte sich der schweizerische Bundesrat bei der deutschen Regierung beschwert. Die Antwort der deutschen Regierung auf die letzte Note des Bundesrats ist jetzt in Bern eingetroffen. Wie verlautet, soll der Zwischenfall im Laufe dieser Woche endgültig erledigt werden. Der Bundesrat wird sich nächster Tage mit dieser Angelegenheit befassen.

Dem zu Unrecht Verhafteten dürfte eine entsprechende Entschädigung zuerkannt worden sein. Vielleicht bequemt sich das auswärtige Amt, gelegentlich nähere Angaben zu machen.

Dumpe, lähmende Trauer. Das nationalliberale Maxtenburger Tageblatt überliefert der Mit- und Nachwelt folgende tiefbetäubliche Kunde:

Die Hofnung der Stadt Wismar, den 12. September als den Tag des feierlichen Einzugs unseres Großherzogs-paares als Festtag begehen zu dürfen, ist durch die plötzlich notwendig gewordene Abgabe dieses Fürstenbesuchs in dumpe, lähmende Trauer verwandelt worden. ... Der Grundton in der Seele aller der so ausgelassen Einzelempfindungen ist jedenfalls tiefste Niedergeschlagenheit. Wie hatte sich die Bürger-schaft Wismars gefreut, dem Landesherren an der Seite seiner hohen Gemahlin, der Mutter unseres Großherzogs, ein jubelndes Willkommen zu bereiten! Wie festlich wollte jeder sein Haus schmücken, und was alles waren der frohen Erwartungen nicht noch mehr! Nun ist all die Freude dahin, und nun trägt der Bürger Wismars, der von den Vätern her ja gelernt hat, jeder Not und dem Leid fest ins Auge zu schauen, auch dies wie einen unabwendbaren Schlag des Schicksals. ...

Arme Patrioten!

Polnische Reichstagskandidatur. Für die Erziehung im Reichstagswahlkreise Kosen-Schmigel-Neutomischel, der durch den Tod des Hrn. Dr. v. Skarzynski freigeworden ist, ist als polnischer Kandidat ein Herr v. Morawski aufgestellt worden.

Meine politische Nachrichten. Die venezolanische Regierung hat beschlossen, sämtliche in Venezuela lebenden Verwandten des früheren Präsidenten Castro auszuweisen. Auf Grund dieses Beschlusses haben 42 mit Castro verwandte oder verschwägerte Personen den Befehl erhalten, das Land in kürzester Frist zu verlassen. — Die türkische Regierung beauftragte eine Kommission, an die bulgarische Grenze zu gehen, um die Identität jener bulgarischen Flüchtlinge zu prüfen, die nach Mazedonien zurückkehren wollen. — Der rumänische Ministerpräsident hat dem König die Demission des Kabinetts überreicht. — Die griechische Regierung wird, um verständlichen Geist zu zeigen, die griechischen Offiziere und Unteroffiziere der Gendarmerie, die Areta verlassen, nicht erlauben. — Die Konzentrierung türkischer Truppen in Monastir erregt in Athen Besorgnis.

Cürkel.

Die Nationalversammlung der türkischen Griechen.

Konstantinopel, 14. September. Die Nationalversammlung der ottomanischen Griechen findet unter Vorsitz des Patriarchen im Patriarchat selbst statt, wohl in der Mehrzahl der Abgeordneten unerkannt mit der Volksmenge gelangten. Bis 1 1/2 Uhr mittags hat die Regierung elf Abgeordnete verhaften lassen.

Konstantinopel, 15. September. Die elf Delegierten der Nationalversammlung der ottomanischen Griechen, die vor der Eröffnung der Versammlung verhaftet wurden, sind bis auf einen wieder freigelassen worden, nachdem sie die Erklärung unterzeichnet hatten, daß sie sich an der Versammlung nicht beteiligen. Die Versammlung wurde in Anwesenheit von 60 Delegierten eröffnet. In der Eröffnungsrede betonte der Patriarch, daß die Griechen die Wiederherstellung der Verfassung freudig angenommen hätten, daß jedoch die Ereignisse, die Gleichheit und Freiheit, sowie die Privilegien des Patriarchats verletzten, sie in ihren Hoffnungen getrübt hätten. Nach kurzer Debatte wurde ein Antrag des Patriarchen angenommen, wonach die Arbeiten bis zum 23. September vertagt werden. Inzwischen soll der Patriarch bei der Regierung auf Beseitigung der Hindernisse für die Anerkennung der Gesetzmäßigkeit der Versammlung hinarbeiten. Beim Verlassen der Sitzung wurden neun Delegierte verhaftet. Der Patriarch verlangte sofort durch einen Abgesandten vom Kultusminister deren Freilassung und erklärte, er werde, falls die Freilassung nicht erfolge, das Patriarchat schließen und der Regierung die Verantwortung überlassen. Der Kultusminister erwiderte, solange der Patriarch nicht auf Abhaltung der Versammlung verzichte, könne er die Maßnahmen nicht widerrufen. Die Verhafteten sollen vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Es verlautet, daß noch weitere Verhaftungen bevorstehen.

Ägypten.

Die Autonomie Ägyptens.

Kairo, 15. September. Der länderliche Ausschuss der Ägypter hielt gestern, am Jahrestag des Einzugs der englischen Truppen in Kairo, hier eine Versammlung ab, der auch K e i r h a r d i e, der Führer der englischen Arbeiterpartei, beiwohnte. Dieser erklärte in einer Rede, die Verweigerung der Ägypter Ägyptens gegen England nicht zur Ehre. Der Ausschuss hat an den Ägypter eine Depesche abgefaßt, in der die Herstellung einer Verfassung für Ägypten verlangt wird, und ebenso eine Erklärung an die englische Regierung, in der die Zurückziehung der englischen Truppen und die Anerkennung der Autonomie Ägyptens gefordert wird.

Nordamerika.

Ein Sieg der „Insurgenten“.

Seattle, 15. September. Die Primärwahlen zwischen den beiden Gruppen der Republikaner haben ergeben, daß Polindexter, der Kandidat der Insurgenten, mit Unterstützung der Rooseveltpartei, zum Präsidenten für den Staat Washington gewählt werden wird und daß die Insurgenten im Repräsentantenhaus zu Washington zwei Sitze, die regulären einen Sitz gewinnen werden. Polindexter hat in den Primärwahlen eine Mehrheit von 40 000 Stimmen erzielt.

Ein großer Gauner.

Newyork, 14. September. Der frühere Geschäftsführer des Zuckertrass, Werbach, wurde zu zwei Jahren Gefängnis und 5000 Dollar Geldstrafe verurteilt, weil er die Regierung durch falsche Angaben über das Zuckergewicht betrogen hat. Der Richter gestattete ihm die Berufung an das höhere Gericht und setzte eine Kaution auf 25 000 Dollar fest. — Das höhere Gericht stößt die Beurteilung sicher wieder um.

Sächsische Angelegenheiten.

Geprügelte Nationalliberale.

Das Verhalten der Nationalliberalen in den letzten Wochen bringt täglich neuen Enttäuschungen, die geglaubt haben, daß es den Nationalliberalen wirklich einmal ernst mit der Bekämpfung der Reaktion sein könnte. Seit unter der Wucht der sozialdemokratischen Siege bei den Nach-

wahlen die ersten Sammelkreise erkörnten, pendeln die Nationalliberalen, bald himmelhoch jauchend, bald zum Tode betrübt, zwischen Hoffen und Harren hin und her, mehr und mehr aber gewinnt der selte Wille zum Anschlag an die Reaktion die Oberhand. Charakteristisch hierfür ist eine Note der Sächsischen Nationalliberalen Korrespondenz, die ohne Kommentar an erster Stelle der parlamentarischen Nationalliberalen Korrespondenz (14. September) wiedergegeben wird. Es handelt sich um die von uns schon gemeldete Drohung des Antisemiten Lattmann. Das sächsische nationalliberale Organ erzählt den Vorgang wie folgt:

Auf der öffentlichen deutsch-sozialen Versammlung in Meißen am Sonntag, den 11. September, führte im Verlaufe der Diskussion der deutsch-soziale Reichstagsabgeordnete Lattmann aus: „Wenn die Nationalliberalen nicht ihre Taktik gegenüber den Parteien der Rechten ändern würden, so würden diese mit Gewehr bei Fuß stehen, wo die Nationalliberalen mit Sozialdemokraten bei der Stichwahl zu kämpfen hätten. Die Herren Dr. Stresemann, Junk, Weber usw. würde man dann einfach durchfallen lassen.“ Die Ausführungen des Hrn. Lattmann wurden von der konservativ-antisemitischen Zuschauerschaft mit dröhnendem Beifall beifolgt. Weder die anwesenden Redner der Konservativen, des Bundes der Landwirte, noch der Reformier widersprachen ihm.

Die Nationalliberale Korrespondenz Sachsens begleitet diese Drohung mit folgendem Klageged:

Wir scheinen danach vor der bedauerlichen Tatsache zu stehen, daß bei den nächsten Reichstagswahlen die Parteien der Rechten die gemeinsamen bürgerlichen Interessen gegen die Sozialdemokratie nicht mehr rechtlos wahren wollen. Auch wenn es sich nur um Drohungen handeln sollte, wäre das Verfahren um so bedenklicher, als es nur dazu dienen kann, die Wähler zu verwirren und die ohnehin hoch angeschwollenen Siegeshoffnungen der Sozialdemokratie noch zu steigern.

Und um dieser bettelhaften Jeremiade bei den Junkern und Antisemiten mehr Wirkung zu geben, versicherte gleichzeitig der nationalliberale Parteisekretär Dr. Brück-Dresden, die Nationalliberalen würden Mann für Mann für jeden bürgerlichen Kandidaten eintreten, der in der Stichwahl mit den Sozialdemokraten zu ringen hätte; gleichviel, welche Taktik jene anderen bürgerlichen Parteien im einzelnen befolgten. Angesichts dieser Tatsache mutet es komisch an, wenn sich der Hannoverische Kurier melden läßt, daß man in einer Versammlung des Nationalliberalen Vereins Berlin „allgemein der Ansicht gewesen sei, daß eine Annäherung an die Parteien der Rechten ausgeschlossen und daß der Regierung kein Verzeihen zu gewähren sei, falls sie nicht ausreichende Zugeständnisse in der Kirchen- und Schulpolitik, sowie in der Reform des preussischen Wahlrechts machen und sich aus der Umklammerung des schwarz-blauen Blocks befreien würde“.

Zammerkerle, diese Nationalliberalen!

Mittel vom Amte.

Außer dem Wechsel im Finanzministerium dürften mit Ablauf dieses Jahres auch noch anderwärts in den höheren Verwaltungskreisen Veränderungen einschneidender Natur vor sich gehen. So beabsichtigt der Präsident des sächsischen Oberverwaltungsgerichts Herr Dr. v. Bernerich in den Ruhestand zu treten. Der Genannte war früher Amtspräsident im Ministerium des Innern und wurde im Jahre 1900 bei Neuschaffung des obersten Verwaltungsorgans an die Spitze desselben berufen. Man sagt ihm nach, daß er in manchen Dingen ziemlich modernen Ansichten huldige. So sind denn auch unter seiner Ämterführung eine ganze Reihe von Entscheidungen vom Oberverwaltungsgericht gefällt worden, die unseren Reaktionen und Zinsterklungen schwer im Magen liegen. Erinnert sei nur an den Spruch dieses Gerichtshofes, durch den die fakultative Einführung der Reichsverbrennung in Sachsen ermöglicht wurde, die vorher vom Ministerium und der ersten Kammer wiederholt abgelehnt worden war. Durch eine loyalere Auslegung des Begriffs „Selbstständigkeit“ wurden auch zum großen Teil die Schwierigkeiten beseitigt, die der Rat zu Dresden den Arbeitern bei der Erlangung des Bürgerrechts bereitete. Dagegen wurde mancher überreizte Theatergenosse vom Oberverwaltungsgericht in seine Schranken verwiesen. Aber auch der hochwohlwollende Polizeihat es manchen Streich gespielt. Zur Zeit der Affäre der ehemaligen Kronprinzessin von Sachsen hatte die Dresdner Polizei in ihrem Liebesbrief den Postfachhändlern das Anhängen von Bildern der Gräfin Matignono in ihren Schaufenstern verboten, weil diese geeignet sein könnten, öffentliches Vergnügen zu erregen. Die Polizei mußte sich sagen lassen, daß ihr Vorgehen ein ungeschicktes sei. Daß natürlich auch wiederholt Entscheidungen ergangen sind, die der Arbeiterbewegung ungünstig waren (Doppelbesteuerung der Gewerkschaftsbeiträge) sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

Im öffentlichen Interesse.

Im Auftrage der Kinderhaukommission erstattete das Arbeitersekretariat in Dresden, wie dieses unsern dortigen Parteiblatt schreibt, bei der Staatsanwaltschaft Anzeige gegen den Betriebsamten S. Frankenthal in Dresden. Dieser hatte den zehnjährigen Sohn einer Witwe W. auf offener Straße erheblich geprügelt. Der Arzt, Dr. L., der den Knaben untersuchte, stellte folgendes Gutachten aus: „Es war auffallend, daß das Gesicht geschwollen war, vor allem die rechte Wange und das rechte Auge. Im Munde ist das Festen des rechten unteren Eckzahns zu bemerken, an seiner Stelle zeigt sich leicht blutendes Zahnfleisch. Der Leib ist sehr schmerzhaft, vor allem in den seitlichen Teilen.“ Die Staatsanwaltschaft lehnte aber die Einleitung des Verfahrens ab. In der Begründung wird nach Darstellung des Sachverhaltes ausgeführt: „Was übrig bleibt, ist eine kräftige, aber nicht unangenehme (S) körperliche Züchtigung. Der Beschuldigte konnte sich sagen, daß die beruflich an der persönlichen Ausübung des Züchtigungsrechtes verhindert wurde, bei verständiger Würdigung der Sachlage eine derartige Züchtigung für notwendig halten und auch hiermit einverstanden sein würde. Darnach ist die erfolgte objektive Körperverletzung als Ausübung eines abgeleiteten Züchtigungsrechtes anzusehen. Eine Ueberschreitung dieses Rechtes ist nicht nachweisbar. Legt aber eine rechtmäßige erfolgte Züchtigung nicht vor, so ist auch keine Möglichkeit gegeben, den Beschuldigten zu bestrafen.“

Wenn ein streikender Arbeiter einen Streikbrecher ertappt, seine Klassenossen nicht zu verraten, ist die Staatsanwaltschaft schnell bei der Hand und verurteilt, den Streikbrecher einzulockern. Wenn aber ein Fremder an dem Sohne einer mittellosen Witwe eine objektive Körperverletzung begeht, dann ist für die Staatsanwaltschaft kein Grund gegeben, einzuschreiten. Wegen was für Kappellen aber manchmal die Staatsanwaltschaft in Aktion tritt, zeigt dieser Fall!

Oberst v. Verenza ist Besitzer des Ritterguts Plauewitz. Eines Tages hatte ein 60jähriger Tagelöhner, als er den Auftrag erhielt, guten Mist zu verladen, weil er in den Garten des Obersten komme, geküßert: „Ach was, für den Kerl ist strohiger Mist gut genug.“ In einer Weile hatte derselbe Tagelöhner ferner gesagt: „Der Oberst mag ... freilich statt Erdbreien.“ Dem Obersten wurden diese Äußerungen hinterbracht. Er stellte Strafantrag, und die Staatsanwal-

tschaft fand sich bereit, die Sache im öffentlichen Interesse zu verfolgen. Der Tagelöhner erhielt 6 M. Geldstrafe. Das Strafmaß beweist, daß es sich um eine Lappalie privater Natur handelte. Und dennoch übernahm der Staatsanwalt die Sache im öffentlichen Interesse.

Als feinerzeit der Vorsitzende der Ortskrankenkasse Freiberg gegen den Freiburger Anzeiger Strafantrag gestellt hatte, weil das Blatt von ihm behauptet hatte, er habe einen Kassenbeamten in den Tod getrieben, verwies ihn die Staatsanwaltschaft auf den Weg der Privatklage, obgleich es sich hier in der Tat um eine öffentliche Angelegenheit handelte. Aber gleichwohl ist die Staatsanwaltschaft die objektivste Behörde der Welt!

Woch eines Reichsverbändlers.

Er. Uebte Erfahrungen mit den Gerichten Ortskrankenkasse Freiberg gegen den Freiburger Anzeiger Strafantrag gestellt hatte, weil das Blatt von ihm behauptet hatte, er habe einen Kassenbeamten in den Tod getrieben, verwies ihn die Staatsanwaltschaft auf den Weg der Privatklage, obgleich es sich hier in der Tat um eine öffentliche Angelegenheit handelte. Aber gleichwohl ist die Staatsanwaltschaft die objektivste Behörde der Welt!

Dr. Voesser gab damit aber seine Sache noch keineswegs verloren. In seiner Revision hat er das Urteil im gesamten Umfang als nicht richtig angefochten. Seine Entschuldigungs sei in der Eingabe zu erblicken. Die Rückkehr nach Weimar sei im Interesse seiner Familie nötig gewesen, die er in solchen kritischen Augenblicken nicht selbst habe überlassen können. Er beruft sich hierauf auf seine beiden Reichsämter, die aber lediglich bestätigten, daß er auf Grund des Ausganges eines Zivilprozesses die Ermission aus seiner Wohnung in den nächsten Tagen zu erwarten hatte. Der Angeklagte rügte dann auch noch einen prozessualen Mangel. Das Landgericht habe eine Gesamtstrafe aus ungenügend vier rechtskräftigen Urteilen gebildet, in Wirklichkeit habe aber in einer Sache das Strafmaß noch keine Rechtskraft erlangt. Bewertet sei noch, daß Dr. Voesser vor einiger Zeit beim Landgericht Chemnitz auf Grund von § 282 der Strafprozeßordnung die Wiedereinführung in den vorigen Stand beantragt, damit aber kein Blick gehabt hat. Seine Beschwerde wurde vom Oberlandesgericht als unbegründet zurückgewiesen. Dr. Voesser hat sämtliche Kosten zu tragen.

Es bleibt also dabei, daß der ehrenwerte Dr. Voesser 400 deutsche Reichsmärker auf dem Altar der Justiz opfern muß. Uebrigens scheint der Zünger des Generals Liebert auch gerade kein Feld zu sein. Obwohl er im Verhandlungsstuhle anwesend war, meldete er sich auf die wiederholte Frage des Gerichtsvorstandes, ob der Angeklagte erschienen sei, nicht, sondern verneinte schweigend.

Die Handwerker-Genossenschaften.

Ueber die Entwicklung der Handwerker-Genossenschaftswesen in Sachsen in den letzten Jahren bringt die neueste Statistik des Landesverbandes der Handwerker-Genossenschaften beachtliche Mitteilungen. 1908 umfaßte dieser Verband 30 Genossenschaften mit 2694 Mitgliedern, 481 041 Mark Geschäftsguthaben und Reserven und 675 525 Mark Kassaumme; 1910 aber zählte er 47 Genossenschaften mit 3000 Mitgliedern, 649 058 Mark Geschäftsguthaben und Reserven und 1 280 540 Mark Kassaumme. Geschäftsguthaben, Reserven und Kassaumme haben sich also in drei Jahren fast verdoppelt, während die Zahl der Genossenschaften und deren Mitglieder eine Steigerung von nur rund 50 Prozent in der gleichen Zeit aufweist. Im härtesten haben sich in den drei Jahren 1908 bis 1910 die Wohlhoffgenossenschaften vermehrt; nämlich um 7 auf 22 mit 1441 (1908: 1212) Mitgliedern, 208 502 Mark (1908: 135 123 Mark) Geschäftsguthaben und Reserven und 160 195 Mark (1908: 142 450 Mark) Kassaumme. Bei den Kreditgenossenschaften stellt sich das Verhältnis folgendermaßen: 1908: 0, 1910: 14 Genossenschaften, 1908: 544, 1910: 1308 Mitglieder, 1908: 117 110, 1910: 332 300 Mark Geschäftsguthaben und Reserven, 1908: 235 850 Mark, 1910: 824 000 Mark Kassaumme. Vertriebsgenossenschaften gab es 1908: 4 mit 743 Mitgliedern, 1910: 7 mit 1078 Mitgliedern. Geschäftsguthaben und Reserven dieser Genossenschaften liegen von 193 658 Mark auf 238 901 Mark, die Kassaumme von 101 825 Mark auf 228 825 Mark. Was endlich die Magazingenossenschaften anlangt, sind die Zahlen folgende: Zahl der Genossenschaften 1908: 2, 1910: 4, Mitglieder 1908: 65, 1910: 85, Geschäftsguthaben und Reserven 1908: 85 144 Mark, 1910: 174 200 Mark und Kassaumme 1908: 35 400 Mark, 1910: 67 020 Mark. Die meisten Handwerker-Genossenschaften gibt es in der Kreishauptmannschaft Leipzig (14). Dann folgen die Kreishauptmannschaften Zwickau mit 11, Dresden und Bautzen mit je 9 und Chemnitz mit nur 5 Genossenschaften. Ins Alledem geht hervor, daß die Handwerker-Genossenschaftsbildung in Sachsen trotz staatlicher Förderung nur langsam erfolgt.

Dresden. In das Friedrichshäuser Krankenhaus sind Dienstag und Mittwoch zwei choleraverdächtige Personen eingeliefert worden, und zwar eine Frau aus Neustadt und ein Fleischer aus Ryßland. Die eingehende Untersuchung der beiden Personen hat erfreulicherweise ergeben, daß der Verdacht sich nicht bestätigt hat, da keine Choleraerregstoffe gefunden worden sind.

Chemnitz. Die Volkstimme berichtet: Im K l i g e m e i n e n Konsumverein für Chemnitz und Umgebung tritt in der Leitung ein Wechsel ein. Der Geschäftsführer Karl Kleemann, der seit Jahren an der Spitze des Vereins stand, ist aus seinem Amte dieser Tage durch einen Beschluß des Aufsichtsrates ausgetreten.

Zwickau. Die Amtshauptmannschaft erläßt eine Bekanntmachung, wonach Kindern unter 14 Jahren die Verbrauchung von Brauntwein unterlagert wird. Insbesondere ist es auch verboten, Kindern unter 14 Jahren, seien es eigene oder fremde, bei den Elternarbeiten Brauntwein zu gewahren. Zuwiderhandlungen werden bis zu 150 M. Geldstrafe bestraft. Der zweite Teil ist besonders charakteristisch für unsere ländlichen Verhältnisse.

Zwickau. Ein seltsames natürliches Treiben, d. h. ein Treiben, in dem die für ausländische Pflanzen erforderliche Wärme nicht durch künstliche Mittel erreicht wird, befah bis vor nicht zu langer Zeit der Nachbarort Liebsdorf. Hier treten nämlich die Kohlenbögen des Zwickauer Bergbaubetriebs auf, und man braucht früher dort die Kohlen nur einfach vom Boden wegzunehmen. Nun mag es wohl einmal durch irgendwelche äußeren Umstände gekommen sein, daß ein Hüß in Brand geriet und das Feuer sich dann langsam in das Erdinnere weiter fraß. Jedenfalls war schon

seit langer Zeit bekannt, daß an einer gewissen Stelle die Kohlen unter der Erdoberfläche glühten. Im Winter blieb dort kein Schnee liegen, selbst ardhervor schmolzen in wenigen Stunden hin. Diese natürliche Wärme benutzte man nun, um ausländische Pflanzen zu züchten. Man legte große Blumenbeete an und zog ohne viel Mühe die herrlichsten und seltensten Pflanzenwelt in freier Natur. Selbst die so empfindliche Victoria Regia gedieh infolge der unterirdischen Wärme. Jetzt ist dieser seit vielen Jahren bekannte Kohlenbrand erloschen, oder wenigstens so in die Tiefe gegangen, daß man die Ausnutzung der natürlichen Wärme aufgeben mußte.

Obernhausen. Wie im letzten Winter, so sind auch jetzt wieder hier Personen an Bleivergiftung erkrankt, die auf die Wasserleitung zurückgeführt wird. Es werden energische Maßnahmen ergriffen, um weiteren Vergiftungen vorzubeugen.

Flauen. Fleischermeister Hofmann erkrankte plötzlich unter hohem Fieber mit eitrigen Erscheinungen. Auf ärztliche Anordnung wurde der Kranke ins Krankenhaus gebracht. Der Zustand des Eingekerkerten soll bedenklich sein. Es sind strenge Maßnahmen ergriffen worden.

Wahren. Zweck leichter Feststellung derjenigen Personen, die sich Mißhandlungen des Viehes zuschreiben können lassen und um Tierquälereien in Zukunft wirksamer entgegenzutreten zu können, haben die Amtshauptmannschaft und der Stadtrat zu Wahren für ihre Verwaltungsbezirke angeordnet, daß hinsichtlich jeder Treiber während des Transportes von Vieh am linken Arm ein Schild zu führen hat, welches den Namen und Wohnort derjenigen Person deutlich erkennbar trägt, auf deren Kosten und Gefahr der Transport zur Ausführung gelangt. Zuwiderhandlungen werden mit Geld bis zu 50 M. bestraft.

Freiberg. Vor dem Amtsgericht ist die Uebertragung des Eigentums an der Deutschen Gerberschule vom bisherigen Schulvorstande auf den Zentralverein der Deutschen Lederindustrie E. B., mit dem Sitze in Berlin vor sich gegangen. Als Vertreter des Zentralvereins der Deutschen Lederindustrie, der nunmehr der Besitzer der Deutschen Gerberschule ist, fungierten der Vorsitzende, Landtagsabgeordneter R. A. Reinhardt-Worms, und das geschäftsführende Vorstandsmittglied, Generalsekretär M. Krause-Werlin. Die sächsische Regierung wird auch dem neuen Besitzer die jährlichen Unterstüßungen für die Schule zukommen lassen. Außer der sächsischen Regierung unterstützen die Schule durch Beiträge das preussische Handels- und Gewerbeministerium, die Stadt Freiberg, die Vohgerberinnung zu Leipzig, der Sächsische Lederproduzentenverband, die sächsische und westliche Gruppe deutscher Lederfabrikanten, die Zwickauer Vohgerberinnung sowie ein großer Teil deutscher Lederindustrieller.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der Werkführer Hoff Jurisch in Wahren, der vor einiger Zeit mit seinem Motorrad verunglückt war, wobei er einen Schädelbruch, Schlüsselbeinbruch und Rückenverstauchung sowie innere Verletzungen erlitten hatte, ist gestorben. Jurisch hinterläßt eine Witwe mit drei kleinen Kindern. — Mit Hilfe eines Polizeihundes wurde der Mörder der Goellerschen Gastwirtin, Helene, die man mit eingeschlagenen Schädeln in ihrer Wohnung in Burkardsdorf bei Burgstädt aufgefunden hatte, verhaftet. Der Mörder ist der 19jährige Friseurgehilfe Kurt Grünbig aus Chemnitz. Polizeihunde leiteten die Kriminalbeamten zu der Gestorbenen Grünbigs, in deren Wohnung der jugendliche Mörder sich mit seinem Messer versteckt hielt. — Auf dem Wege zu seiner Arbeitsstätte ist ein aus Tirperdorf kommender, 18 Jahre alter Zimmergeselle namens Kurt Dreyner mit seinem Fahrrad an einen Straßenbaum angeprallt. Der junge Mann wurde vom Rad geschleudert und blieb, aus einer Kopfwunde stark blutend, bewußtlos liegen. Er wurde später in das Stadt-

Krankenhaus Zwickau geschafft. — Die Kinder des Briefträgers Kbler in Lauterbach bei Desnitz spielten in Abwesenheit der Eltern mit einem Fesching. Das gefährliche Spielzeug entlud sich, und dem 14jährigen Mädchen drang die Kugel ins Auge. Die Kleine ist nun so mehr zu bedauern, als sie bereits ein Auge eingebüßt hatte, der verhängnisvolle Schuß aber gerade das gesunde Auge traf und dessen Schkraft zerstörte.

Hus den Nachbargebieten.

Abflauende Flottenbegeisterung.

Wl. Die Flottenbegeisterter, soweit sie sich im sächsischen Provinzialverband des Deutschen Flottenvereins zusammengefunden haben, hatten sich dieser Tage in Nordhausen ein Stehbidgen gegeben, um „im Interesse einer tatkräftigen Propaganda“ für den Flottenverein zu wirken. Hierbei ließ Oberpräsident v. Segei folgenden Stoßseufzer aus: „Der Provinzialverband ist leider nicht in der gewünschten Weise vorwärts gegangen; seine Mitgliederzahl stagniert. Die gleiche Wählbarkeit macht sich aber auch in anderen Verbänden bemerkbar. Das sei wohl in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß man allgemein annehme, mit der Schaffung und Durchführung des Flottengesetzes sei das Ziel des Flottenvereins erreicht.“ Nach diesem Seufzer beschwor die Erziehung die Versammelten: „Das ist aber irrig, denn der Flottenverein könne nur dann die kräftigste Stütze der nationalen Begeisterung für die Flotte sein, wenn die Bewegung rege erhalten und jeder Schwächung der Organisation entgegenwirkt wird.“

Wir können es verstehen, daß der Oberpräsident klagend und beschwörend zugleich seine Stimme erhebt, denn der Mitgliederstand des Flottenvereins ist am Schlusse des Geschäftsjahres 1900 wahrlich nicht vielversprechend. Die Zahl der Mitglieder im gesamten Deutschen Reich nebst den Kolonien ist nämlich von 907 884 auf 298 172 gesunken. Während an dem Rückgange in den Jahren 1907 und 1908 die Provinz Sachsen nicht beteiligt war, ist im Jahre 1900 die Zahl ihrer Mitglieder nicht unerheblich, nämlich von 16 488 auf 15 722 gesunken. Die Flottenbegeisterung, die mit der Zeit auch in gewissen Kreisen der „Wasserenthustiasen“ in Gestalt von indirekten Steuern sichtbar wird, flaut ab. Daran werden auch die Klagen des Oberpräsidenten v. Segei nichts zu ändern vermögen.

Ein nationalliberaler Wilschwaidskandidat.

Die nationalliberale Kandidatur in Neuh. J. L., über die in den letzten Wochen unter den bürgerlichen Parteien eifrig verhandelt wurde, ist nun mit Ach und Krach zustande gekommen. Die Nationalliberale Korrespondenz teilt mit, daß eine Versammlung, an der sich Vertreter des nationalliberalen Landesvereins, des Bundes der Randwirte, des Handlunbs, des Konserwativen Vereins des Bezirkswahlkreises, der sächsischen Gewerkschaften und des nationalen Arbeitervereins Deutscher Textilarbeiter beteiligten, die Leitung des nationalliberalen Landesvereins ermächtigt habe, den bisherigen nationalliberalen Kandidaten Horn wieder aufzustellen. Der Vorstand des deutschsozialen Vereins soll außerdem ausdrücklich seine Sympathie mit der Kandidatur Horn ausgesprochen und perferiert haben, er werde die Zustimmung seines Vereins bald herbeiführen. Nur die Freisinnigen schlossen sich bei diesem politischen Kunddelmudel aus, freilich nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern weil sie sich durch den nationalliberalen Parteifreijär verlegt fühlten. Aber diesen Schmerz wird die Zeit bald heilen!

Wrieg. Ein unglaubliches Urteil hat das Schöffengericht gegen Sozialdemokraten gefällt. Der Führer der Erste Bürgermeier Riba einen erbitterten Kampf gegen die moderne Arbeiterbewegung. Seitens speziellen Eingreifen ist es auch zu verdanken, daß die Wahl von drei zu Stadterordneten gewählten Sozialdemokraten für ungültig erklärt wurde, obwohl von der Bürgerschaft kein Protest gegen die Wahl vorlag. Auch sonst zeichnet sich das Stadterordneten durch Parteilichkeit gegenüber den Arbeitern aus. Am 1. Mai wurde die nachgelagte Genehmigung zum Umzug aus Gründen der öffentlichen Ordnung und Ruhe verweigert. Der Bürgermeister glaubte noch ein Alibi zu finden und verbot das im Anschluß an das Meistest geplante Tanzfrühstück. In diese ungelegte Mahnahme fehlten sich die Genossen aber nicht, weil an dem Tanz nur Mitglieder und deren Angehörige teilnehmen durften. Es war also eine geschlossene Gesellschaft. Deshalb wurde auch den vom Bürgermeister geschickten drei Polizisten der Zutritt unter Hinweis auf den Hausfriedensbruchparagrafen verweigert. Zwei Polizisten gingen, der dritte verjagte in den Tanzsaal einzudringen, wurde aber daran gehindert, ohne daß ihn, wie er in dem Termin selbst kühn behauptete, einer von den Angeklagten tödlich angegriffen hätte. Der Staatsanwalt erhob nun nicht etwa Anklage gegen den Polizisten wegen Hausfriedensbruchs, sondern die Genossen Vokal und Kofort wurden wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt angeklagt. Kofort wurde zu 6 Wochen, Vokal zu 14 Tagen Gefängnis, zwei andre Angeklagte wegen Uebertretung zu insgesamt 120 M. Geldstrafe verurteilt. Gegen das Urteil wird selbstverständlich Berufung eingelegt werden.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Hauswirte und Mieter.

Der Standpunkt, den die Schreiber der vorhergehenden Eingekandts vertreten, daß nur der Zusammenschluß der Arbeiter als Mieter dem rücksichtslosen Handeln der Hausagrarier ein Ziel setzen könne, ist der einzig richtige und auch der nächstliegende. Reigt und doch die Gewerkschaftsbewegung, die Konsumvereinsbewegung usw., was die Geschlossenheit im Handeln zuwege zu bringen vermag. Aber was soll nun geschehen? Sollen sich die Arbeiter zusammenschließen in einem großen Mieterverein, der dann seinen „Einkauf“ durch Resolutionen auf die Behörden geltend machen soll? Dazu, glaube ich, haben wir im Stadiparlament wie auch in den Gemeindeparlamenten unsere Vertreter der Arbeiterschaft, die es, das muß anerkannt werden, auch auf diesem Gebiete an nichts fehlen lassen. Freilich, sie als Minderheit können die positiven Erfolge nicht bringen.

Somit bleibt nur der Weg der Selbsthilfe, d. h. Gründung von Baugenossenschaften, oder vielmehr: einer Baugenossenschaft. Wir haben hier ja schon die Baugenossenschaft Leipzig-Lindenau; wenn ich recht unterrichtet bin, besteht in der weiteren Umgebung, in Zwenkau, auch eine solche Genossenschaft. Wie verlanget, ist auch in Orten der näheren Umgebung die Errihtung solcher Genossenschaften geplant. Warum aber diese Verpflühterung? Läßt sich durch Vereinigung und weiteren Ausbau dieser Institute nicht mehr erreichen? Allerdings ist zuzugeben, daß die finanziellen Schwierigkeiten nicht unterschätzt werden dürfen. Auch ist damit zu rechnen, daß, wenn die Sache in Flug kommt und ihre Wirkung äußert, das so be-rühmte „behördliche Wohlwollen“ nicht auf sich warten lassen wird. Wie, will ich nicht weiter schildern. Aber das sind Widerstände, die sich überwinden lassen. Bis jetzt haben Widerwärtigkeiten die Arbeiterschaft noch nie von der Befolgung ihrer Ziele zurückgehalten. Zu begrüßen wäre es, wenn sich auch berufener Genossen zu dieser Frage äußern wollten.

Wöhlig-Ohreberg. Ernst Ludwig.

Während des Erweiterungsbaus

In sämtlichen Abteilungen Grosser

Extra-Verkauf

Nachfolgende Warenposten gelangen zur vollständigen Räumung:

Im Kleiderstoff-Lager:

- 1 Posten Blusenflanelle englische Muster . . . früher bis 1.75 jetzt Motor 75
- 1 Posten Foulé-Schotten für Blusen und Kinderkleider früher bis 1.50 jetzt Motor 80
- 1 Posten Popeline mit Seidenstreifen in entzückend. Farben früher bis 3 Mk. jetzt Motor 95
- 1 Posten Popeline 110 cm breit reine Woll, elegante Modefarben früher bis 3.75 Mk. jetzt Motor 2.25
- 1 Posten reinwollene Damentuche mit Seidenglanz, volle Breite früher bis 4.50 Mk. jetzt Motor 2.90
- 1 Posten reinseldene Taffete in vielen Farben, soweit Vorrat . . . Motor 85
- 1 Posten reinseldene Blusenstreif. in aparten Farbtönen . . . jetzt Motor 95
- 1 Posten reinseldene Louisines sehr geschmackvolle Muster . . . jetzt Motor 1.35

In der Damen-Konfektion:

- Damen-Kostüme aus letzter Saison in den wunderbarsten Modarten, gute Stoffe, tadelloser Verarbeitung, früher bis 32.00 jetzt 15.50 14.50
- Sport-Paletots aus verschiedenen Stoffen, nur Neuheiten der letzten Saison, früher bis 14.00 jetzt 6.50 2.75
- Schwarze Frauen-Paletots ganz gefüttert, in elegantester Ausführung, früher bis 27.00 jetzt 16.50 9.75

- Damen-Strümpfe schwarz und leuchtendfarbig, englisch lang jetzt Paar 48 38 u. 18
- Damen-Krawatten Binder, leicht angesetzt jetzt Stück 28 25 18
- Linon-Taschentücher gestickt jetzt 1/2 Dtzd. 90 u. 50
- Halbfertige Batist-Blusen reich bestickt, soweit Vorrat durchweg Stück 78

Im Blusen-Lager:

- Hemd-Blusen aus sanellartigen Stoffen, alle Farben . . . 1.95 und 95
- Reinwollene Damen-Blusen garn. und Hemdf., ganz gefüttert jetzt 4.90 und 3.90
- Tuch-Jupons mit hohem, planiertem Moiré-Volant . . . jetzt Stück 3.50
- Kostüm-Röcke aus blaugr. u. schwarzem Cheviot und Satinstuch, reich garniert jetzt 7.50 und 5.90

- Damen-Strümpfe Wollse Platt, deutsch lang jetzt Paar 65
- Herrn-Socken teils Wollse Platt, teils Schwoise-Socken, nahtlos jetzt Paar 48 38 28
- Herrn-Batist-Tasch.-Tüch. mit bunt. Kante jetzt 1/2 Dtzd. 1.25

Im Wäsche-Lager:

- Restbestände in: Hemden . . . 95
- Nachtjacken . . . 95
- Beinkleider . . . 95
- Anstands-Röcke . . . 95
- darunter die wunderbarsten Modarten, zum Ausuchen . . . Stück 1.95 1.45 und

- Restbestände in: Hängeschürzen Halb-Raforschürzen . . . 95
- Mieder-Schürzen . . . 95
- Mädch.-Schürzen . . . 95
- Tändel-Schürzen . . . 95
- aller Art . . . durchweg jetzt Stück 1.35 und

Im Gardinen-Lager etc.

- 1 Posten engl. Tüll-Gardinen in schönen Mustern . . . jetzt Motor 35 und 27
- 1 Posten engl. Tüll-Gardinen in modernsten Dessins . . . jetzt Motor 65 und 48
- 1 Posten engl. Tüll-Gardinen abgepasst, Fenster = 2 Schals jetzt 2.45 und 1.95
- 1 Posten engl. Tüll-Stores in eleganten Mustern . . . jetzt 2.95 und 1.95
- Erbstüll-Band-Stores mit Volant geschmackvolle Dessins . . . jetzt 3.75 und 2.95
- Erbstüll-Band-Bettdecken 1- und 2-teilig . . . jetzt 5.25 und 4.

Im Baumwoll-Lager:

- 1 Posten Hemdentuch starkfädige Qualität . . . jetzt Motor 20
- 1 Posten Hemdentuch ca. 82 cm breit, Elässer Fabrikat . . . jetzt 38 und 28
- 1 Posten Renforcé ca. 82 cm breit, für Leibwäsche geeignet . . . jetzt Motor 48 und 32
- 1 Posten Stangenleinen eryprobi gute Qualitäten Deckbettbreite 98 A, Kissenbreite 58 58
- 1 Posten Bettlamaste solide Ware, schöne Dessins Deckbettbreite 98 A, Kissenbreite 58 58
- 1 Posten Küchen-Handtücher grau Dreif. jetzt 1/2 Dutzend 1.00
- 1 Posten Stuben-Handtücher weiss Dreif. und Gerstenkorn, 48/110 1/2 Dutzend 1.75 und 1.20
- 1 Posten Damast-Handtücher 48/110, in schönen Mustern jetzt 1/2 Dutzend 3.75 und 2.95
- 1 Posten Damast-Tischtücher 110/120 jetzt Stück 1.15 und 95
- 1 Posten Damast-Servietten extra gross jetzt 1/2 Dutzend 1.95

Kaufhaus Krug
Johannisplatz, Ecke Querstrasse.

Kaufhaus Krug
Johannisplatz, Ecke Querstrasse.

- Herr.-Unterhosen gefüttert, gute Strapazier-Qualität jetzt Paar 1.95 1.45
- Herrn-Hemden Normal-Qualität sowie Sport-hemden jetzt Stück 1.45 1.25
- Knaben-Schürzen diverse Größen entzückende Muster jetzt Stück 65 u. 48
- Dam.-Untertailien gefüttert, toll mit Aermeln jetzt Stück 85 u. 75

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 15. September.

Geschichtskalender. 15. September 1894: Der Dichter Georg Meißner in Stuttgart geboren († 1899). 1812: Einzug Napoleons in Moskau: Brand der Stadt, der bis zum 20. September fortbauert. 1824: Moritz Lazarus, der Begründer der Völkervergleichung, in Pletzne (Posen) geboren († 1900). 1834: Der Geschichtsforscher Heinrich Gotthard von Treitschke in Dresden geboren († 1896). 1898: Wilhelm hält in Wrenzlau eine Rede gegen den „Umsturz“. 1907: Parteitag in Essen.

Sonnenaufgang: 5,34, Sonnenuntergang: 6,16. Mondaufgang: 6,27 nachm., Monduntergang: —.

Wetter-Prognose für Freitag, den 16. September. Nordostwinde, heiter, warm, trocken.

Drei bedeutungsvolle Wahlkämpfe in Leipzig.

IV.

Neben der auf den Wählerbetrug berechneten Wahlparole der Wahlrechtsänderung wollen die Liberalen diesmal noch einen besonderen taktischen und agitatorischen Kampfrumpf ausspielen: die Aushebung des Wahlbündnisses mit den antisemitisch-konfessionell beeinflussten Mittelständlern. Die Paarung von Karpfen und Kaninchen soll in diesem Jahre nicht eintreten; die Liberalen wollen unter sich selbst Familie spielen. Mit dem Grundsatz: Der Starke ist am mächtigsten allein! haben freilich die Selbstständigkeitsregungen der Liberalen nichts zu tun. Es ist vielmehr, so paradox das auch klingen mag, die Angst, die pure und unverhüllte Angst, die die Liberalen zu diesem Schritt getrieben hat — und nebenbei auch eine Portion wahlbemaaglicher Spekulation. Sie fürchten nämlich, daß auch bei den Stadtverordnetenwahlen die Wähler für den Steuererhöhung Vergeltung finden werden, und glauben, das drohende Ungewitter von sich abwenden zu können, wenn sie von den Mittelständlern öffentlich und mit Gebärden des Abscheus abtrüben. Führen wir die Liberalen selbst, was sie in ihrem partei-offiziellen Artikel in der hiesigen bürgerlichen Presse darüber sagen:

„Die derzeitige Lage stellt sich doch ganz anders dar als im Jahre 1908. Damals standen die Wahlen noch unter dem Einfluß der Reichstagswahlen. Die Volkspolitik wirkte vernehmlich auf konservative und liberale Elemente. Die Sozialdemokratie aber hatte an Sympathien verloren. Von Grund aus aber änderte sich die Situation durch die Steuererhöhung des Reichs. Die Sozialdemokratie wurde zum Hauptgegner der wirtschaftlich schwächeren Volksklassen. Wohl haben auch die Liberalen gegen das Finanzreformgesetz gestimmt und versucht, durch energisches Eintreten für das Erbansfallssteuergesetz die Lasten auf die transfähigen Schultern zu wälzen; aber sie haben es nicht in dem Maße verstanden, sich als Hüter und Wächter der Volksinteressen in den Vordergrund zu stellen wie die Sozialdemokraten. Allen Kredit in den unteren Volkskreisen aber haben begrifflicherweise die Konservativen und die ihnen verbundenen Gruppen verloren; was zur Verurteilung der Landtagswahlen bewiesen haben. Freilich lehnen die Nachwahlen zum Reichstag auch, daß die erbitterte Wählerkraft in ihrem Zug nach links den Liberalismus vielfach überpringt und zur Sozialdemokratie übergeht. Auch unsere Kommunalwahlen in der 8. Abteilung werden einen starken politischen Einschlag haben. Die Steuererhöhung und Fleischversteuerung werden auch in diesem Wahlkampf ins Treffen geführt werden, und die Mittelstandsvereinigung, die es fertig brachte, sich bei den Landtagswahlen an den konservativen Wagen zu hängen, wird dieses Bemühen nochmals zu bilien haben. Es wäre nun geradezu Selbstmord, wenn der Liberalismus gegenläufig der Stadtverordnetenwahlen sich an die Seite der im Rufe konservativer Gesinnung stehenden Mittelständler stellen wollte. Nicht bloß die Mitwirkung auf den Liberalismus selbst wäre in Betracht zu ziehen, sondern es wäre auch mit Gewißheit auf einen Mißerfolg zu rechnen. Zwei Gruppen würden sich bilden, von denen die Erste ein bedeutendes Übergewicht erlangen würde. Höchst erfreulich ist es daher, auch im nationalen Interesse, daß der geeinte Liberalismus auf dem Plage erscheint und eigene Kandidaten aufstellt.“

Dravo, ihr Herren Liberalen, das habt ihr famos und nett gemacht! Indem die Liberalen aus Gründen der Reichspolitik bei den Kommunalwahlen von ihren einstigen Bundesgenossen abtrüben, geben sie das Signal, daß das Verhalten der bürgerlichen Parteien in der Reichs- und Landespolitik in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gestellt wird — und die Liberalen, die sich jetzt fräuzlich empfehlen wollen, sollen ihr blaues Wunder erleben, was wir ihnen alles zu sagen, vorzuwerfen und zu beweisen haben. Anherdem haben die Liberalen nunmehr auch ihre bläherige Ausrufel selbst ad absurdum geführt, daß die politischen Fragen nicht in die kommunalen Fragen hineinspielen sollen. Und wie es im Reich bei allen Nachwahlen seit dem Sommer 1908 den Liberalen nichts genügt hat, daß sie sich als unschuldige Rammeln geben wollten, so werden sich die hiesigen Liberalen auch über die Wirkung ihrer Fahnenflucht von den Parteien des Steuererhöhung bei den Leipziger Stadtverordnetenwahlen täuschen. Die Liberalen haben sich nunmehr auf einen Schlagfeld gestellt, das sie nicht mit Ruhm bedeckt verlassen sollen, trotzdem ihnen die Wahlkreisstrategen im hohen Rat vorgearbeitet haben mit der willkürlichen und parteilichen Wahlkreisgeometrie.

Was Wunder, wenn die Mittelständler die taktischen Klünste der Liberalen mit Entsetzen betrachten. Zwar zeichnen sich die Mittelständler nicht durch politischen Verstand aus, aber sie fühlen manchmal instinktiv eine den bürgerlichen Parteien drohende Gefahr. So auch jetzt, wo sie den Liberalen Mandatvorn ansehen. Sie sammeln bereits in „Eingeländt“ darüber, daß die Stadtverordnetenwahlen von den Liberalen ins politische Fahrwasser gedrängt werden. „Es genügt vollkommen“, so schreiben die Mittelständler angsterrillt, „sich bei Reichs- und Landtagswahlen politisch zu betätigen; ein Vereinstreten der Politik in die Gemeindeverwaltung kann nur verwirrend und schädigend wirken.“ Als allgemeine Behauptung aufgestellt, ist das natürlich Unsinn. Aber daß politische Gemeindevahlen Verwirrung in die zahlreichen bürgerlichen Profis- und Interessentenkügel hineinragen, sei zugegeben — und nur für diese Klüngele wirkt die Politik in der Gemeinde

(Schädlich; für die Gemeinde selbst und für die Allgemeinheit aber nicht. Halb drohend, aber weit mehr ängstlich, schreiben die Mittelständler in einem „Eingeländt“ im Tageblatt:

„Wenn die Liberale Vereinigung den christlichen Bunsch hegt, in der dritten Abteilung mit der Sozialdemokratie allein fertig zu werden, so wird sie dieses Ziel ohne Mitwirkung der rechtsstehenden Gruppen nicht erreichen können. Es kann darum der Liberale Vereinigung nur eine andre Sprache über politische Gegner empfohlen werden. Wer einen Gegner geringschätzig behandelt, kann von ihm in der Zeit der Not keine warme Unterstützung erwarten.“

Im Jahre 1910 wollen nun die Liberalen aller Schattierungen unter Hintertritt des Wahlverlehrs Bestbeförderer ihr Heil allein versuchen. Wäre die Sache für unser Leipzig nicht gar zu ernst, so wäre man versucht, über ein solches Beginnen zu lachen.

Schon beim Zusammenhalten aller bürgerlichen Gruppen wird es großer Anstrengung bedürfen, die beiden ersten Wahlkreise für die Ordnungspartei zu retten. Wie will man aber an einen Sieg in der von der Sozialdemokratie stark bedrohten 8. Abteilung denken, wenn die bürgerlichen Gruppen getrennt marschieren? ... Noch ist es Zeit zur Umkehr, noch sind nicht alle Brücken zwischen den bürgerlichen Gruppen abgebrochen, noch ist eine Verständigung möglich, so daß unserer Stadt ein glatter sozialdemokratischer Sieg in allen Wahlkreisen der 8. Abteilung erspart bleibt.“

Auch im Eimantblatt werden die Liberalen beschworen, Umkehr zu halten und nicht allein, keinesfalls aber auf das politische Schlachtfeld zu ziehen. Ganz wie die Herren wollen. Nach dem partei-offiziellen Artikel der Liberalen vom letzten Sonntag würde ihnen die Umkehr nichts mehr nützen. Sie haben und zu tief in ihre Karten gucken lassen. Wir wissen, wie und wo wir sie zu fassen haben, auch wenn die Mittelständler zum Liberalen Heerbau noch stoßen sollten.

Wir stehen also vor einem heftigen kommunalen Wahlkampf, in welchem die Gegner verzwweifelt sich zur Wehr setzen werden. Das soll und jedoch nur lieb sein. Je heftiger der Kampf, desto schöner und begehrenswerter ist der Sieg; desto stolzer kann man auf einen erzielten Erfolg sein. Leicht erzwungene Siege wirken erschlassend; im heißen Kampfe dagegen fähigen sich der Mut und die Muskeln. Wider die Liberale Demagogen und Beräter, und wider die antisemitisch-konfessionellen Reaktionen gilt es ins Feld zu ziehen bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Die Herrschaften sollen uns gewappnet und kampfeslustig finden.

Vorher aber sehten wir mit den Liberalen und Antisemiten noch einen Strauß bei der Landtagsnachwahl im 5. Kreis aus. Darum unverzüglich an die Arbeit, Genossen!

Die Stadtverordneten

erlebigen in der gestrigen Sitzung eine große Anzahl kleiner Vorlagen, die aber ein besonderes allgemeines Interesse nicht beanspruchen. Erwähnenswert ist nur, daß sich bei der vom Räte projektieren Anlegung von Radfahrstreifen in den Straßen, erhebliche Schwierigkeiten herausgestellt haben. Die Herstellung solcher Streifen empfiehlt sich bei älteren Straßen selten, nämlich nur dann, wenn es sich um breite Straßen handelt. Die Kosten, die die Anlegung solcher Streifen verursacht, sind sehr hohe. Beim Bau neuer Straßen soll die Anlegung von Radfahrstreifen aber im Auge behalten werden. Zu einer Debatte führte noch ein Antrag, die Nikolaistraße zwischen Brühl und Partstraße auf 16 Meter zu verbreitern. Dieser Antrag wurde abgelehnt und dafür ein anderer angenommen, der 14 Meter Breite für den genannten Straßenteil vorschreibt, ausgenommen ist eine Stelle vor den Grundstücken 34, 36 und 38. Nächste Woche fällt aus Mangel an Beratungstoff die Sitzung aus.

Neuwahl der Richter für das Kaufmannsgericht zu Leipzig.

Am 4. November d. J. finden die Kaufmannsgerichtswahlen statt und ist die Zuständigkeit des Kaufmannsgerichts auf die ganze Amtshauptmannschaft ausgedehnt worden, wodurch die Bedeutung des Gerichts noch gesteigert worden ist. Es ist daher notwendig, daß jeder Handlungsgehilfe den Wahlen zum Kaufmannsgericht das größte Interesse entgegenbringt.

Wahlberechtigt ist jeder Handlungsgehilfe, der das 25. Lebensjahr vollendet und im Stadtbezirk oder in der Amtshauptmannschaft Leipzig seine Beschäftigung hat.

Zur Beteiligung an der Wahl wird nur derjenige zugelassen, der im Besitze eines auf seinen Namen lautenden Wahlberechtigungsausweises ist.

Die zu diesen Wahlberechtigungsausweisen ausschließliche zu verwendenden Vordrucke werden den Wählern unentgeltlich vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands, Bezirk Leipzig, Bureau Zeilher Straße 32, III, befolgt, da die Erlangung durch den einzelnen Kollegen mit verhältnismäßig viel Umständen verknüpft ist.

Jeder Handlungsgehilfen-Wähler, der seine Interessen energisch vertreten sehen will, gibt seine Stimme am Wahltage den Kandidaten des Zentralverbands.

Kulturfrevel.

Wenn man durch die Straßen der Stadt geht, muß man mit Staunen gewahren, wie die Anematomographischen Theater an Zahl zunehmen. Haben denn diese Veranstaltungen so regen Zuspruch, daß sie beschließen können? Was ist's, was den Zuschauern für ihr sauer verdientes Geld geboten wird? Billige amerikanische Melanc bedeckt die Schaufenster. Abends prangt der Eingang in grellem Lichte. Kleine und große Leute strömen diesen Sichte zu, wie Falter nach einer Bogenlampe schwirren. Ich lese das Programm: — spannendes Drama — hochoriginell — Farbentnematomographie — ergreifendes Drama — und so weiter. Ich werfe noch einen Blick auf die große, auf Seilwand gemalte Melanc, opfere der Wissenschaft halber das Geld für einen billigen Platz und betrete den gerade dunklen Raum. Totenstille herrscht. Eine tragische Szene. Man weiß mich auf einen Platz, um mich mehr Kinder als Erwachsene. Da erklingt hinter mir schon ein „Hst“, mein Gesicht hat zu viel Geräusch verurteilt, trotzdem man die Stimme des das Bild mit Pathos verkündenden Mannes noch voll-

ständig hören kann. Häßliche Gestalten mit aus den Hüften tretenden Augen gibt das Bild auf der Seilwand wieder; Lord, zum Tode verurteilt, Plinte, Spieß, aufregende Jagd nach einem schelbbar abgesehen Menschen. Das also ist das „Ergreifende“ an diesen „Dramen“! Dazu passende Musikbegleitung, an geeigneten Stellen Harmonium, um die passende Stimmung zu erzeugen. Die Spannung löst sich, ein allgemeines Aufatmen — Nicht.

Ich überschne das Publikum. Vor mir nur Kinder, in vielen Reihen dicht gedrängt. Ist es nicht tieftraurig, wie hier die Kindesseele vergiftet wird? Dagegen ist ja ein Indianerheft mit seinen Tomohawks und Stälpieren die reinste Mutterprache. Wann wird man endlich diesem Unfug ein Ziel setzen? Was ist damit getan, wenn den Kindern von 7 Uhr abends an der Eintritt verboten ist? Gar nichts! Aber es sind ja nur armer Leute Kinder, da hat man es nicht so eilig. Man mag sie nicht hinschicken, wird höchstens gesagt. Ja, die Eltern wissen womöglich gar nicht davon, daß ihre Kinder in diesen verwerflichen Räumen, auch in hygienischer Beziehung verwerflich, sich aufhalten, oder man schickt sie hin, um ihrer ein oder zwei Stunden entleibt zu sein. Hier sollte wirklich schneelich eingegriffen und dahin gewirkt werden, daß die Vorkührungen bilden wirken, um Menschen mit frischem Geist und gesunden Nerven aus der heranwachsenden Jugend zu machen, nicht aber, wie es hier geschieht, ihr den nächsten Weg zur Verrohung zu zeigen.

Konfirmandenunterricht und Kinder von Dissidenten. Es ist nicht allgemein bekannt, daß die Kinder von Dissidenten nicht verpflichtet sind, an dem Konfirmandenunterricht teilzunehmen. Der § 6 des Volksschulgesetzes verpflichtet die Dissidenten nur, daß sie ihre Kinder bis zur Vollendung des achten Schuljahres an dem Religionsunterricht einer staatlich anerkannten Religionsgemeinschaft teilnehmen lassen müssen. Die Konfirmandenstunden sind aber kein Teil des Schulunterrichts, folglich hat hierfür die Bestimmung des Volksschulgesetzes keine Geltung. Es ist an sich ein ungeheuerlicher Selbstzwang, daß die Kinder gegen ihren und ihrer Eltern Willen gezwungen werden, Religionsprüfungen und Kirchenlieder auswendig zu lernen, anstatt ihr Wissen zu bereichern. Da jetzt der Konfirmandenunterricht beginnt, machen wir die Eltern auf diesen Umstand aufmerksam, um den Kindern wenigstens ein Stück Gewissenszwang abzunehmen.

Sammlung Leipziger Ortsgefesse. Von der Sammlung der Ortsgefesse ist nunmehr auch der 1. Band mit den Bestimmungen über Besatzung, Beamte, Gemeindefestungen und Gehilfen und Geschäftsordnung fertiggestellt worden. Er kann, wie die übrigen 3 Bände, zum Ladenpreise von 2 Mk. durch jede Buchhandlung bezogen werden. Als Fortsetzung und Ergänzung der Ortsgefesse wird der Rat ein Ortsgefesseblatt herausgeben, das alle weiteren für die Ortsgefesseammlung sich eignenden Bestimmungen enthalten und je nach Bedarf erscheinen wird. Die Nummer 1—3 des Ortsgefesseblattes ist ausgegeben worden.

Brauchen wir die Sonntagsruhe während der Messe? Am Dienstag abend veranstaltete der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband im Zentraltheater eine nur mäßig besuchte Versammlung, in der Herr Friedrich Frahm-Hamburg über obiges Thema referierte. Der Redner trat für die vollständige Beseitigung der Ausnahmesonntage ein, eine Forderung, worüber keine Meinungsverschiedenheit unter den Handlungsgehilfen aller Richtungen besteht. Herr Frahm vergah allerdings zu erwähnen, daß sein früherer Kollege Schaf im Reichstag kein Verbot der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe forderte, sondern nur eine Verbesserung der Verhältnisse, was natürlich nichts besagt. Herr Wege-Leipzig sprach über das Verhängen der Schaufenster an Sonntagen. Er trat den Bestrebungen bestimmter Kreise um Aufhebung dieser Verordnung entgegen. Nach unwesentlicher Debatte gelangten Resolutionen im Sinne der Ausführungen der beiden Redner zur Annahme.

Zur Beachtung für Steuerzahler. Amtlich wird bekannt gemacht: Die Steuerhebestellen sind angewiesen worden, innerhalb der festgesetzten Zahlungsfristen die Einkommensteuern und alle sonstigen persönlichen Abgaben aus von solchen Beitragspflichtigen bei der Vorlegung des Steuerzettels anzunehmen, die nicht in ihrem Bezirke veranlagt sind. Es kann also jeder Beitragspflichtige an jeder beliebigen Hebestelle seine persönlichen Steuern entrichten, ohne Rücksicht darauf, in welchem Stadtteile er wohnt oder veranlagt ist. Mit dem von der Behörde bekanntzugebenden Tage, an dem mit dem Mahnverfahren für die Einkommensteuer begonnen wird, müssen jedoch die Abgaben an der Hebestelle gezahlt werden, in deren Bezirk der Beitragspflichtige veranlagt ist. Die in den Bezirken der Alt-Leipziger Hebestellen veranlagten Beitragspflichtigen haben ihre Steuern bei der auf dem Steuerzettel angegebenen Hebestelle zu entrichten, wenn die Steuern im Stadtbanje gezahlt werden.

Tätigkeit der Rettungsgesellschaft. Im Monat August gestattete sich die Tätigkeit der Rettungsgesellschaft nach den Meldungen an die Gesundheitsstelle wie folgt: Die erste Hilfe wurde im ganzen von 1310 Personen beansprucht, davon entfallen auf die vier ständigen Sanitätswachen 1227. Am Tage wurden die Sanitätswachen zu 983, in der Nacht zu 244 Hilfsleistungen requiriert. Von den Hilfsleistungen waren 823 Männer, 272 Frauen und 132 Kinder. Bei Geburten wurde 6 mal Hilfe geleistet. 345 Unfälle ereigneten sich im Straßenverkehr, 301 in Betrieben und 307 unter anderen Verhältnissen. In 101 Fällen lagen plötzliche innere Erkrankungen vor. In 10 Fällen hatte die Schwere der Verletzung bzw. Erkrankung noch vor Eintreffen des Arztes den Tod herbeigeführt, und 7 Fälle wurden, da nicht zur ersten Hilfe gehörend, zurückgewiesen. Die höchste Inanspruchnahme zeigte der 10. August mit 57 Hilfsleistungen. Von den Verbandsstationen und zeitweiligen Hilfsstellen wurde in 92 Fällen die erste Hilfe geleistet.

Besonders schwere äußere Fälle (innere Verletzungen, Knochenbrüche, starke Blutungen, Verbrennungen u. a.) erforderten 204 mal, schwere innere Fälle (Bewußtlosigkeit, Krämpfe, Schlaganfälle, innere Blutungen u. a.) 185 mal erste ärztliche Hilfe. Transporte von Verunglückten und Kranken nach den Krankenhäusern und nach den Wohnungen wurden 100 ausgeführt, Eis für die Zwecke der Krankenpflege 108 mal abgegeben, Befundscheine für Gerichte, Staatsanwaltschaft, Polizei usw. wurden 4 verlangt.

Die Verbandsstation im Vieh- und Schlachthof leistete in 45 Fällen und in der Markthalle in 5 Fällen durch dort angestellte und als Samariter ausgebildete Beamte die erste Hilfe, während nach Ausweis der von den zuständigen Amtsstellen eingelangten Zählkarten die Schutz- und Feuerwehrlente in 4 Fällen, die Freiwillige Hilfsmannschaft der Rettungsgesellschaft und sonstige von lehterer ausgebildete Samariter in 26 Fällen als Nothelfer in Tätigkeit traten.

Konsumverein und Unternehmer. Einen alten Streit mit dem Konsumverein L.-Plagwitz führt der Steinbildhauer Brömmel, der seinerzeit an dem Warenhausbau in der Dresdner Straße Arbeiten ausführt, sich dabei aber benachteiligt glaubt. B. erhebt immer noch An-

pruch auf die Summe von 357 M., die ihm nach seiner Meinung zukomme, weil er statt des weichen Postelwägers Steins den härteren Postler Stein zu verarbeiten hatte. Aber die Verwaltung des Konsumvereins ließ sich auf nichts ein, weil B. vor Beginn der Arbeit ausdrücklich erklärt hatte, daß er zu dem vereinbarten Preise die Arbeit herstellen wolle. Eine Zivilklage, die B. erhoben hatte, zog er wieder zurück. Auch in Generalversammlungen des Konsumvereins suchte B. zu seinem vermeintlichen Recht zu kommen, aber auch hier wurde er abgewiesen. Nunmehr schrieb B. häufig Briefe und Postkarten beleidigenden Inhalts an die Verwaltung, so daß es der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Franke, für geboten hielt, B. zu verklagen. Das Schöffengericht berücksichtigte, daß B. sich in seine Sache verantragt habe und verurteilte ihn nur zu 40 Mark Geldstrafe.

Bevölkerungsbewegung — Besserung der Gesundheitsverhältnisse. Die Gesundheitsverhältnisse haben sich Ende August und Anfang September in den meisten deutschen Städten wieder etwas gebessert. In der Woche vom 28. August bis zum 3. September ist die Sterblichkeit in vielen deutschen Städten zurückgegangen. In Berlin starben in der Woche vom 28. August bis 3. September im ganzen 595 Personen, darunter an Magen- und Darmkatarrh 81, an Tuberkulose 75, Krankheiten der Atmungsorgane 40, gewaltsam 11, sonst 205; in Hamburg insgesamt 241, an Darmkatarrh 40, Tuberkulose 20, Atmungskrankheiten 18, gewaltsam 12, sonst 127; in Dresden insgesamt 127, an Tuberkulose 14, Darmkatarrh 13, Atmungskrankheiten 12, gewaltsam 9, sonst 72; in Leipzig insgesamt 137, an Darmkatarrh 40, Tuberkulose 17, Atmungskrankheiten 8, gewaltsam 4, sonst 55; in Breslau insgesamt 150, an Darmkatarrh 22, Tuberkulose 17, Atmungskrankheiten 13, gewaltsam 9, sonst 87; in Köln insgesamt 150, an Darmkatarrh 47, Tuberkulose 14, Atmungskrankheiten 13, gewaltsam 9, sonst 61; in Frankfurt a. M. insgesamt 100, an Darmkatarrh 19, Atmungskrankheiten 9, Tuberkulose 8, gewaltsam 2, sonst 55.

Schneller Tod. Eines plötzlichen Todes starb gestern nachmittag in der Abgangshalle des Berliner Bahnhof ein pensionierter Lehrer aus Gröden bei Bitterfeld. Die Todesursache war ein Herzschlag.

Drei Selbstmorde. Selbstmord durch Erschießen beging gestern in L.-Mendnitz ein 47 Jahre alter Urkunsthändler. Der Unglückliche ist nervenleidend gewesen.

Ferner hat eine in der Henriettensstraße wohnende 48 Jahre alte Aufwärtlerin krankheitshalber ihrem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht.

Weiter hat sich heute vormittag in der Sternwartenstraße ein 24 Jahre alter Konditor erschossen. Es ist noch nicht bekannt, weshalb der Mann in den Tod gegangen ist.

Mabiate Gäste. In einer Wirtschaft der Eisenbahnstraße kamen gestern nachmittag drei Möbelräuber beim Besuch der Reche mit dem Wirte in Streit, in dessen Verlauf einer der Diebstahlsgehilfen dem Wirte ein Bierglas in das Gesicht warf. Der Betroffene wurde nicht unerheblich verletzt. Der Täter ist der Polizei geflüchtet worden.

Ein Stubenbrand wurde gestern Abend aus der Lobenthalstraße in L.-Mendnitz gemeldet. Das durch das Explodieren einer Lampe entstandene Feuer konnte noch vor dem Eintreffen der Feuerwehr von den Bewohnern unterdrückt werden.

Ein Geldwechselfschwindler trat in einem Zigarrengeschäft der Südstraße auf. Er kaufte sich erst einige Zigarren und bat vor dem Fortgehen die Verkäuferin noch um Einwechslung eines Zwanzigmarksstückes, das er auf den Tisch legte. Die Verkäuferin erkannte aber, noch ehe sie das Kleingeld aufzählte, das angebliche Goldstück als eine Spielmarke. Der Schwindler nahm, als er sich durchschaut sah, Reißaus und verschwand. Er war ein Mann von etwa 50 Jahren, groß und kräftig, hatte kurzgeschneittenen, dunkelblonden Schnurrbart.

Einbruch. Eingebrochen wurde nachts in ein Geschäft in der Dresdner Straße. Die Diebe entwendeten 600 Zigaretten, die Wechselkassette, Postwertzeichen und eine Flasche Bierkognak.

Diebstahl im Schlachthof. Im Schlachthof wurden aus einer Kühltasche 4 rohe Schinken, 8 halbe Schweinsbänke und ein halbes ausgeschlachtetes Schwein sowie 4 Pöckelschweinsfüßchen gestohlen.

Verhafteter Einbrecher. In Dresden wurde von einem Leipziger Kriminalbeamten mit Hilfe der Dresdner Kriminalpolizei ein Mann verhaftet, dem eine ganze Reihe Einbrüche zur Last fallen, bei denen er wertvolle Schmucksachen erbeutete. Der Einbrecher hat in einem hiesigen Hotel des Ostviertels gewohnt. Zu seiner Ermittlung führte der Umstand, daß er in dem Hotel einen Koffer mit leeren Schmucksachen-Etuis zurückließ. Der Verhaftete nennt sich Peters.

Einmisseter Dieb. Unter dem Namen Kurt Schulze aus Jitzau mietete sich ein unbekannter Mensch bei einer in der Eutritzscher Straße wohnenden Familie ein. In einem günstigen Augenblick entfernte sich der Unbekannte unter Annahme eines Deckbrettes. Die Wirtin bemerkte dies aber und verfolgte den Spitzhaken bis zum Leihhaus, in dessen Flur der Dieb, als er sich versorgte sah, das Bett wegwurf und die Flucht ergriff. Leider entkam der Spitzhake. Beschrieben wird er: etwa 35 Jahre alt, mit blondem Haar, etwas Glatze und blondem Schnurrbart.

Diebstähle. Diebe entwendeten in der Replaystraße ein Fahrrad der Marke Stahl Nr. 120801; in der Reichstraße ein Anradenrad der Marke Solingen Nr. 100450; in der Dübener Straße ein Panzerfahrrad; in der Windmühlenstraße eine rote Lederne Brieftasche mit einem Leihauschein über eine silberne Herrenuhr mit silberner Kette und Ausweisepapieren, auf den Namen Schade lautend; aus einer Wohnung der Promenadenstraße eine goldene Damenuhr mit langer silberner Kette und Anhänger, Herz mit einer Perle, sowie mehrere Damengürtel; von einem Kollgeschirr in der Mitterstraße einen L J 1051 gezeichneten Ballen mit baumwollenen Gewebe; von einem anderen Wagen in der Katharinenstraße einen K 8 4765 gezeichneten Ballen mit 87 Meter Milchnutter im Werte von 120 Mark und vom Güterboden eines Bahnhofes eine P R 4 gezeichnete Kiste mit geräucherter Fische.

Verhaftung. Ein 19jähriger Arbeitsbursche aus L.-Mendnitz sollte für ein hiesiges Geschäft Waren mit einem Wagen zur Rundschaft befördern. Dies tat der Bursche auch, doch kehrte er nicht wieder zurück, sondern vertat das einkassierte Geld. Heute früh wurde der unehrliche Bursche verhaftet. Von dem Gelde war nichts mehr vorhanden.

Hus der Umgebung.

Sozialpolitik auf dem Lande.

Sanz eigentümliche Ansichten darüber, wie das Gemeinwohl am besten zu fördern ist, scheinen die Gemeindeverwaltung, der Schulvorstand und die Kirchengemeinde in Großenhain zu haben, die mit ihren „Gründen“ gegen den Bau von Kleinwohnungen eine sozialpolitische Mäandrigkeit verraten haben, die alles bisher selbst in den kleinsten Landgemeinden Dagewesene in den Schatten stellt.

Die Einwohner Martin und Müller beabsichtigten, an der gepflasterten Straße nach Altstadt außerhalb der Ortslage ein Wohnhaus mit kleinen Wohnungen nebst Zubehör zu bauen

und suchten um die behörliche Genehmigung nach. Obwohl nun die in Großenhain bestehenden Wohnungsverhältnisse nur für dieses Projekt sprechen konnten, machten die Ortsbehörden alle möglichen Schwierigkeiten. Sie verlangten nicht nur, daß die Antragsteller die Kanalisation an der bereits fertigen Straße auf ihre Kosten herstellen lassen, sondern erhoben überhaupt gegen die Anstellungsgenehmigung Einspruch. Das schönste sind aber die „Gründe“, die gegen die Genehmigung angeführt werden. Die Bedürfnisfrage wird zwar nicht bestritten, aber, sagt die politische Gemeinde, durch den Bau von Kleinwohnungen würden sich die Armenlasten sehr erheblich steigern, da in die Häuser Mietleute ziehen könnten. Außerdem würde die Jagd bedenklich gefährdet und schließlich könnte man befürchten, daß sich die Felddiebstähle erheblich vermehren würden. In der Tat! Schlagendere Beweise können nicht angeführt werden, d. h. nicht für die Ablehnung der Baugenehmigung, sondern für die Mäandrigkeit einer Gemeindebehörde, die, um die Jagd der Herren Gutsbesitzer nicht zu gefährden und den Dasein der Nachbarschaft kein „Verkehrshindernis“ in den Weg zu legen, den Bau von menschligen Wohnungen, deren Notwendigkeit sie nicht einmal zu bestreiten wagt, verbieten möchte.

Nicht weniger „durchschlagend“ waren die Gründe für den Einspruch des Schulvorstandes, der bekräftigt, daß sich durch diese Bauten die Schullasten so erhöhen würden, daß es sich notwendig machen würde, noch eine Schule zu bauen (!) und noch einen Lehrer anzustellen. Es mag richtig sein, daß man sich mit diesem Gedanken in Großenhain vertraut machen muß. Aber nicht, weil ein paar neue Wohnhäuser gebaut werden, sondern weil die Schulverhältnisse so verbesserungsbedürftig sind, daß die Anstellung eines weiteren Lehrers schon längst notwendig gewesen wäre. Werden doch jetzt von einem Lehrer an einem Tage 182 Schulkinder unterrichtet.

Noch nichtiger aber sind die Gründe, die der Kirchenvorstand für seinen Einspruch anführt. Es heißt da: Für den Geistlichen, den Küster und die Schulkinder bestehe die Verpflichtung, die Leichen bei Begräbnissen vom Trauerhause abzuholen. Von dieser Pflicht müßten die Verpflichteten bei dem Bau der Häuser eventuell befreit werden. Das wird allerdings ganz unbedenklich geschehen können. Denn wenn der Geistliche, der Küster usw. die Leichen nicht mehr vom Trauerhause abholen, werden weder die einzelnen, noch die ganze Gemeinde irgendwelchen Schaden erleiden.

Diese „Gründe“ vermochte selbst der Kreislandrat nicht für berechtigt anzuerkennen. Er beschloß, die erborene Anstellungsgenehmigung zu erteilen, ohne an die Erlaubnisbedingungen zu knüpfen. In dem Bescheid heißt es u. a., daß die etwaigen neuen Lasten für die Gemeinde nicht erheblich genug erscheinen, um Auflagen zu rechtfertigen. Ein Vertrag zu den Kanalisationsgebühren könne nicht gefordert werden, da die Straße bereits fertiggestellt sei. Die Verminderung des Jagdertrags sei zu gering, um hierauf Rücksicht zu nehmen. Desgleichen sei eine Neuerrichtung von Schulsystemen durch die Anstellung nicht zu befrachten. Die Einwände der Kirchengemeinde seien aus dem Anstellungsgebot nicht zu begründen. Aus diesen Gründen seien alle Einwendungen zurückzuweisen.

Die Abweisung der Einwände war ja eigentlich ganz selbstverständlich. Um so bezeichnender ist der ganze Vorgang aber für die Mäandrigkeit und soziale Unfähigkeit, die heute unter den Besthenden in den Gemeindeverwaltungen auf dem Lande noch anzutreffen sind.

Wesha. Aus dem Gemeinderate. Gegen die in § 1 des Ortsstatuts für Wolfshain aufgenommenen Bestimmungen über den Umfang des Gemeindebezirks Wolfshain hatte der Gemeinderat nichts einzuwenden. — Auf Antrag der Gemeinde Wesha bei der Gadowverwaltung Vordorf wird auf Kosten der letzteren am neuen Gemeindegrenze eine weitere Latrine angebracht. — Das Vorgehen des Bauunternehmers R. wurde an die Amtshauptmannschaft zurückverwiesen. — Um weitere Streitigkeiten zwischen den Besitzern der Parzellen 61b, 62a, 72 und 80 (Graben zwischen Rinne und Krag) zu vermeiden, wurde beschlossen, die Grenze durch einen verpflanzten Geometer genau feststellen zu lassen. — Auf ein Gesuch des Schugmanns L. wurde diesem eine Zulage von 50 M. für das Jahr 1910 bewilligt. — Auf Antrag des unansässigen Vertreters sah sich der Gemeinderat veranlaßt, endlich ein Ortsstatut für die Gemeinde zu schaffen. Obwohl sich der vom unansässigen Vertreter vorgelegte Entwurf in den Schranken der rev. Landgemeindevorordnung hielt, war der Gemeinderat mißtrauisch. Er glaubte wahrscheinlich, der Entwurf könnte „Umsturzgedanken“ enthalten. Dem man hatte sich schon an die Amtshauptmannschaft gewendet und um einen entsprechenden Entwurf gebeten. Es wurde auch tatsächlich das Ortsstatut nicht eher beraten, bis der Entwurf der Amtshauptmannschaft bei der Gemeinde eingegangen war. So kam dann eine von der Amtshauptmannschaft vorgeschlagene Klassenteilung zur Annahme. Die Wähler sind folgendermaßen sortiert: die 1. Klasse bilden die Ansässigen mit über 400 Einheiten, 20 Wähler, die 2. Klasse die Ansässigen mit 100—400 Einheiten, 50 Wähler, die 3. Klasse die Ansässigen unter 100 Einheiten, 55 Wähler, die 4. Klasse die Unansässigen, 85 Wähler. Jede Klasse wählt 2 Vertreter. Durch diese Klassenteilung wird der Arbeiterschaft planmäßig gemacht, daß sie noch weit von der Gleichberechtigung entfernt ist. Die Zahl der Wählerpersonen ist von 8 auf 8 erhöht worden. Ferner wurde beschlossen, die Gemeindevahlen an einem gesetzlichen Ruhetage stattfinden zu lassen. Das ist das Annehmbarste. Ein weiterer Antrag, der die Quorumwahl forderte, wurde abgelehnt; natürlich mit Gründen, die nicht stichhaltig sind.

Modau. Scheuerfest. Die Gemeindeverwaltung, die Sparkasse und das Standesamt sind am Montag, den 19., und Dienstag, den 20. September, wegen Reinigung der Diensträume geschlossen. Nur dringliche Standesamtsangelegenheiten können an den beiden Tagen in der Zeit von mittags 12 bis 1 Uhr erledigt werden.

Gaußig. Gesperrt. Die Roburger Staatsstraße ist vom Fortshaus Raschwitz bis zur Dehler Straße in Gaußig bis zum 21. September d. J. für den Fahrverkehr gesperrt. Der Verkehr wird während dieser Zeit auf die Straße in Dehlig und Gaußig verwiesen.

Wesha. Der Konsumverein Wesha und Umgehungen am 11. d. M. im Gaußig zu Wesha seine Generalversammlung ab. Der Geschäftsführer gab den Bericht, welcher aufgeführt wurde. Der Geschäftsführer wurde entlastet. Weiter gab der Geschäftsführer eine Uebersicht über die Entwicklung des Vereins, dessen Arbeitsfeld sich innerhalb einiger Jahre vergrößert hat. Der Umsatz des letzten Jahres beträgt 209870.80 M. Nach längerer Debatte wurde die Erhöhung des Geschäftsleitergehältes beschlossen und zwar dergestalt, daß er in die Staffeln der Lagerhalter einzurücken hat. Es beträgt das Anfangsgehalt 1200 M. Innerhalb 8 Jahren wird das Höchstgehalt von 1600 M. erreicht. Genosse Rinne wurde als Geschäftsführer wiedergewählt. Die Genossen L. Hartmann und P. Dietrich fungieren wieder als Ausschichtsratsmitglieder. Den Revolutionsbericht gab Genosse Hartmann. Hierauf wurde nach einer gründlichen Aussprache der Anschlag an die Großenhainergesellschaft beschlossen. Anträge aus den Mitgliederkreisen waren nicht eingegangen.

Eilenburg. Dienststunden des städtischen Bureaus. Der Bürgermeister macht bekannt: Für die Zeit vom 1. Oktober d. J. bis zum 31. März n. J. sind die Dienststunden der städtischen Bureaus und der Stadthauptkasse an den Wochentagen, mit Ausnahme des Mittwochs, auf 8 bis 1 Uhr vormittags und 8 bis 8 Uhr nachmittags festgelegt. Die Stadthauptkasse ist von nachmittags 4 Uhr an für den

Verkehr mit dem Publikum geschlossen. Mittwochs sind die Bureaus und die Stadthauptkasse von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 2 Uhr ununterbrochen geöffnet und bleiben dann von 2 Uhr ab geschlossen. Die Sparkasse ist an allen Tagen, auch Mittwochs, von 8 bis 1 Uhr vormittags und 2 bis 5^{1/2} Uhr nachmittags für den Verkehr mit dem Publikum geöffnet. Die Dienststunden der Gasanstalt sind von 8 bis 12 Uhr vormittags und 2 bis 8 Uhr nachmittags.

Spiritusexplosion. In einem Keller der Kolonialwarenhandlung der Firma Robert Jähnichen in der Zorngauer Straße verursachte ein Verfall, der mit dem Abfließen von Spiritus beschäftigt war, durch unvorsichtiges Umgehen ein Explosions. Der Verfall zog sich dabei Brandwunden im Gesicht zu, die zum Glück nicht schwer sein sollen. Den sofort herbeieilenden Nachbarn gelang es, den brennenden Spiritus von den im Keller lagernden, leicht brennbaren Stoffen fernzuhalten und so ein größeres Unglück zu verhüten.

Deliglig. Feldentaten „unserer patriotischen“ Jugend. Während unsere Polizei sich die Köpfe zerbricht, um die ungeschickteste Vergründung zu finden, nach welcher man den Umzug verbietet, tobte ein Teil unserer patriotischen Jugend ihre „Sedan-Begeisterung“ in den Straßen aus, wie es hier noch nicht vorgekommen ist. Da sah man bis in die Nacht hinein erwachsene Leute Schwärmer und Ketten abbrennen und damit die Straßen unsicher machen, ohne daß ein Polizist zu sehen war. Diese studierten wahrscheinlich ihre Belagerungsanweisungen, damit sie den Kindern so ordentlich von der Außenwelt am Parteiliste „zernieren“ konnten. Wir erinnern uns auch einer Polizeiverordnung, nach welcher das Verlaufen von Feuerwerkskörpern an Kinder und Jugendliche verboten ist. Diese scheint jedoch im Drange des Belagerungsdienstes in Vergessenheit geraten zu sein. Doch das Abknallen der Feuerwerkskörper war noch der gelindeste Begeisterungsausbruch, gegen eine Feldentat, welche gerichtlich von „höheren“ Schülern vollbracht worden sein soll. In der Eisenbahnstraße fand man am Morgen nach dem „Sedanfest“ an verschiedenen Grundstücken die Pfeiler zu den Vorgärten gewaltsam umgerissen. Da es sich bei den Pfeilern um Mauerwerk handelt, muß das Demolieren von mehreren Personen vollbracht worden sein. Ob man die gebildeten Köpflinge schon gefast hat, wenn man sie überhaupt fassen will, „konnte die hiesige Presse noch nicht feststellen“, trotzdem sie gute Verbindungen mit der Polizei hat und somit jede Verhastung eines Handwerksburschen zu melden in der Lage ist. — So tobt der Patriotismus wie wahnsinnig in den Straßen als eine Frucht unserer modernen Jugendbegeisterung. Organisierten Arbeitern aber, die bei allen ihren Veranstellungen der Öffentlichkeit noch keinen Anlaß zur Beschwerde gaben, verbietet man ihren Festzug, weil es die preussische Tradition so will.

Aus der Partei.

Ein merkwürdiger Beschluß. Die württembergische Landtagsfraktion hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, an den Parteien das Ersuchen zu richten, die für den Parteitag Resolution in dem Sinne zu ändern, daß den Landtagsfraktionen die Zustimmung zum Budget in zwingenden Fällen erleichtert werde. Bekanntlich haben die württembergischen Genossen im ganzen Lande — mit Ausnahme von Heilbronn — im entgegengegesetzten Sinne Stellung genommen. Daraus resultiert die Stellungnahme der Fraktion selbstredend sehr an Bedeutung und erscheint nur noch als die Privatmeinung einiger Genossen, die nichts hinter sich haben. Eine Bezirksversammlung von Stuttgart-West hat auch schon vorgestern gegen die Landtagsfraktion eine scharfe Resolution angenommen. Besondere Erbitterung hatte es erregt, daß die Landtagsfraktion von ihrer Absicht die Parteiorganisation völlig im dunkeln gelassen hatte.

Se. Majestät, der Schugmann. Vor einiger Zeit erschien in der Dortmunder Arbeiterzeitung eine Notiz, durch die drei Schugleute, ein Wirt und ein Schankmädchen beleidigt sein wollten. In der Verhandlung am Dienstag wurde der in der Notiz geschilderte Vorgang vor der Dortmunder Strafkammer von zwei Zeugen bestätigt. Die Schugleute, der Wirt und das Mädchen wollten von dem ganzen Vorkommnis nichts wissen. Es stand also Eid gegen Eid. Einer der Zivilzeugen wurde allerdings nicht vereidigt, weil er der Mittertäterschaft an der Veröffentlichung verdächtig sei. Den andern Zeugen suchte der Vorsitzende zur Zurücknahme seiner Aussage zu bewegen. Obwohl dieser Zeuge befristete, von dem Polizist meinteig gemacht zu werden, erklärte er doch, bei der Wahrheit bleiben zu wollen. Das Gericht schenkte den Polizisten Glauben und verurteilte den Redakteur, Genossen M e h l i c h, zu 100 Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte 200 Mark Strafe beantragt.

Die Fleischwucher! Die Gottesgnadenrede, gehalten am 1. September 1910 in Frankfurt a. M. von Dr. Hermann Wendel. Buchhandlung Volksstimme Frankfurt a. M. Preis 10 Pf.

Die Rede wurde vor Frankfurter und Offenbacher Arbeitern gehalten. Der Gedanke, sie im Druck erscheinen zu lassen, scheint glücklicherweise zu sein, mußte doch unsere Frankfurter Parteibuchhandlung auf die erste Antikündigung hin gleich 20 000 Exemplare drucken lassen. Zum dauernden Gedächtnis ist in der Broschüre noch die Gottesgnadenrede wortwörtlich abgedruckt.

Aus der Jugendbewegung.

Die Bischöfe für die katholischen Jugendvereinigungen. Die Verbandsektion der katholischen kaufmännischen Vereinigungen Deutschlands hatte in Sachen der Jugendfürsorge an den Episkopat (die Gesamtheit der Bischöfe) eine Eingabe gerichtet. Auf diese ist der Verbandsektion von der Fuldaer Bischofskonferenz folgende Antwort zugegangen: „Wir erwidern der Verbandsektion der katholischen kaufmännischen Vereinigungen Deutschlands, daß wir überall da, wo nur irgendwie die Vorbedingungen bestehen, die Gründung katholischer kaufmännischer Jugendvereinigungen als Pflanzschule der katholischen kaufmännischen Vereinigungen, die wir nach wie vor als die berufene Organisationsform zur Vertretung der religiös-sittlichen und geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Bestrebungen der selbständigen Kaufleute, der Handlungsgehilfen und kaufmännischen Beamten anerkennen, für erforderlich halten und demgemäß die geistigen Leiter und Berater mit Weisung versehen werden.“

In dieser entscheidenden Stellungnahme der Bischöfe für die konfessionellen kaufmännischen Jugend- und Standesvereine liegt zugleich eine unverrückte Absage an die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften.

Versammlungskalender.

Donnerstag: Gelbmetallarbeiter. Vertrauensmännerversammlung. Volkshaus. Abends 7^{1/2} Uhr.
Sonntag: Gaußig. Generalversammlung. Neuer Gasthof. Abends 7^{1/2} Uhr.

Sozialdemokr. Verein für den 13. sächsischen Reichstagswahlkreis. Freitag: Ortsverein Wesha. Mitgliederversammlung. Wöndschhof. Abends 7^{1/2} Uhr.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Freitag:
Speisehaushalt I (Hobannplatz): Weiße Wölmer mit Schwarzwaldschinken.
Speisehaushalt II (Zwischenstraße): Weiße Wölmer mit Rindfleisch.
Speisehaushalt III (Wingasse): Rindfleisch mit Kartoffeln und Wärsen mit Schinken.
Speisehaushalt IV (Zwischenstraße): Rindfleisch mit Kartoffeln und Wärsen mit Schinken.
Speisehaushalt V (Münzener Str. 23): Rindfleisch mit Kartoffeln und Wärsen mit Schinken.
Speisehaushalt VI (Kath. Gasthof Str.): Rindfleisch mit Butter und Bism.

30. Deutscher Juristentag.

In der zweiten Abteilung wurde über die Frage der Er- richtung gewerblicher Sondergerichte verhandelt. Die erhaltene Gutachten sprachen sich sämtlich mehr oder minder entschieden gegen diese aus, und auch in der Diskussion fand der Gedanke wenig Gegenliebe. Die Abteilung nahm schließlich mit großer Mehrheit die These Seligsohn gegen die Sondergerichte an und lehnte die These May für die Sondergerichte ab. Angenommen wurde ein Zusatzantrag Matenau auf bessere technische Ausbildung der Richter.

Am zweiten Verhandlungstage erörterte die Abteilung die Frage der Notwendigkeit eines

Rechtsverwaltungsgerichtshofs.

Die drei Gutachter, Senatspräsident Dr. Schulgenstein-Berlin, Professor Dr. Thoma-Erlangen und Professor Dr. Anschütz-Berlin gelangen übereinstimmend zu dem Resultat, daß die Schaffung eines Rechtsverwaltungsgerichts bringend wünschenswert sei. Sie verweisen auf die Mängel bei der Anwendung des Krankenversicherungsgesetzes, des Freizügigkeitsgesetzes und des neuen Reichsvereinsgesetzes. Der erste Referent, Oberlandesgerichtspräsident Dr. Bierhaus-Breslau, hält angelehnt an die Zerstückelung des Verwaltungsrechts in Deutschland eine oberste Instanz in weitem Umfang nicht für möglich. Nur das Bedürfnis nach einer reichsrechtlich zu regelnden Instanz zur Verhütung einer widersprechenden Auslegung des Reichsrechts auf dem Gebiete des Verwaltungsrechts ist anzuerkennen. Dagegen schloß sich Professor Dr. Puzos-Königsberg durchaus der Forderung der Gutachter auf Schaffung eines Rechtsverwaltungsgerichtshofs in weitem Umfang an. In der ferneren Debatte ergab sich Uebereinstimmung darüber, daß das Bedürfnis nach Schaffung eines Rechtsverwaltungsgerichts besteht. Nur über den Umfang seiner Kompetenz und über die Frage, ob es als befonderer Gerichtshof zu konstituieren oder dem Reichsgericht anzuschließen sei, ergaben sich Meinungsverschiedenheiten. Schließlich wurde einstimmig ein Antrag Bierhaus angenommen: „Es besteht ein Bedürfnis nach Schaffung einer reichsrechtlich geordneten höchstgerichtlichen Instanz für Verwaltungsfragen, um die Einheitlichkeit in der Anwendung des Reichsverwaltungsrechts zu sichern.“ Zum Berichterstatter für das Plenum wurde Geheimrat Bierhaus-Breslau bestimmt.

Die erste Abteilung befahte sich mit der Frage des Privatbeamtenrechts.

mit der sich tagsvorher schon eine große vom Bund der technischen und industriellen Beamten einberufene Volksversammlung beschäftigt hatte, in der Regierungsdirektor Dr. Heiß die Vereinheitlichung des Privatbeamtenrechts gefordert hatte. Den Beratungen des Juristentags liegen Gutachten vor von Professor Dr. Dertmann-Erlangen und dem freisinnigen Reichstagsabgeordneten Dr. Potthoff-Düsseldorf. Das Gutachten des Prof. Dr. Dertmann gelangt zu dem Schluß, daß die für die Handlungsgehilfen geltenden sozialen Schutzgesetze auf die Privatbeamten auszudehnen seien und daß das Koalitionsrecht der Privatbeamten durch Verbot der schwarzen Listen usw. und durch Anwendung der Strafbestimmungen des § 158 sicherzustellen sei. Viel weiter hat Dr. Potthoff den Rahmen seines Gutachtens gezogen. Er bezeichnet als das ideale Ziel die Schaffung einer einheitlichen sozialen Schutzgesetzgebung. Es sei nötig, ein einheitliches Recht aller Arbeiter zu schaffen, um die Freiheit der Persönlichkeit auch im Verbands der Großindustrien zu sichern. Nützlich ist die allgemeine Regelung des Dienstverhältnisses, ergänzende Regeln für die Hauptkategorien der Angestellten sowie für Akkor- und Tarifverträge, ergänzende Sonderbestimmungen für einzelne Berufsgruppen wie Schauspielern, Journalisten usw. Als Wünsche des Lesers über zwei Millionen erwerbstätige Personen umfassenden Privatbeamtenstandes führt Dr. Potthoff an: staatliche Pensions- und Hinterbliebenenversicherung, Einbeziehung in die Kranken- und Unfallversicherung, Mindestlohnbestimmungen, Minderleistung aller Konkurrenzklausele, Fortzahlung des Gehalts in Krankheitsfällen, Recht auf Erholungsurlaub, Sicherung von Nacht- und Sonntagsruhe, Errichtung von Beamtenauschüssen in großen Betrieben, Ausdehnung der Gewerbeaufsicht, Schaffung von Arbeitsgerichten nach dem Muster der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, erhöhtes Existenzminimum, Sicherung der Koalitionsfreiheit, Nachsichtigkeit der Berufsvereine, besondere Angelegenheitenkammern oder Vertretung der Angestellten in den verschiedenen Versammlungen usw. Das Gutachten betont, daß im Reichstage eine große aus Sozialdemokraten, Freisinnigen, Nationalliberalen und Zentrum bestehende Majorität für die Forderungen der Angestellten und wohl auch für ein einheitliches Arbeitsrecht vorhanden sei.

Als erster Referent spricht der frühere österreichische Justizminister Dr. Franz Klein-Wien, der seine Ausführungen im wesentlichen auf Deutschland beschränkt und das österreichische Recht nur zur Illustration herbeizieht. Auch Dr. Klein befragt im Prinzip die gegenwärtige Zerstückelung der Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag (Zustimmung), hebt aber die Schwierigkeiten hervor, die einer Vereinheitlichung des Privatbeamtenrechts entgegenstehen. Man darf nicht in den Fehler der alten abstrakten Rechtsphilosophie verfallen, sondern muß die konkreten Verhältnisse in Betracht ziehen. Handlungsgehilfen und die übrigen Privatangestellten leben nicht unter den gleichen Bedingungen. Und die Prosperität des Handels ist nicht in allen mit fremden Arbeitskräften arbeitenden Betrieben vorhanden. Unbedingt kann der Schutz der Privatbeamten nur so weit empfohlen werden, als es sich um Zubilligung eines sogenannten sozialen Existenzminimums handelt. Nützlich ist auch eine präzisere Abgrenzung des Begriffs der Privatbeamten. Die Privatbeamten haben Anspruch auf sozialen Schutz, aber die Form und

Maße des Handelsgesetzbuchs passen nicht auf sie. Voraussetzung jeder sozialen Fürsorge ist daß die Lasten der Unternehmer mit den Erträgen der Unternehmungen in einem gewissen Verhältnis stehen. Neben der Erweiterung der Rechte darf nicht eine allzu große Beschränkung der Pflichten einhergehen. Zugleich die Angestellten sozial schützen und das Personal ständig vermehren zu müssen, das ist zu viel. (1) Andererseits ist kein Grund vorhanden, den Schutz der Handlungsangestellten den übrigen Privatangestellten zu verweigern. Auch verweist sich immer mehr die Grenze zwischen den verschiedenen Kategorien. Das Beispiel Oesterreich zeigt, daß ein nationalökonomisches Bedenken gegen die Ausdehnung der Schutzvorschriften des Handelsgesetzbuchs nicht besteht. Ohne der Meinung Pottthoffs beizutreten, daß alles soziale Recht Zwangsrecht sein muß, ist doch nicht zu verkennen, daß die soziale Bestimmung zurzeit noch nicht so weit verbreitet ist, daß vom Zwang abgesehen werden kann. Der Juristentag muß stets auf die Realisierbarkeit seiner einzelnen Forderungen achten, getreu seinem Grundsatze, dem Gesetzgeber nicht Probleme, sondern reife Lösungen aufzugeben bzw. darzubieten. (Stärklicher, anhaltender Beifall.) Redner legt folgende Veltätze vor:

Die für die Handlungsgehilfen bestehenden sozialen Schutzvorschriften sind als zwingendes Recht auf alle Privatangestellten auszudehnen, die höhere Dienste zu leisten haben. Bezüge aus Kranken- oder Unfallversicherung sind nicht auf das Gehalt anzurechnen. Die Vorschriften über die Konkurrenzklausele im Handelsgesetzbuch sind unter gewissem Vorbehalt auf die Privatbeamten auszudehnen. Die Fragen weiterer sozialer Schutzvorschriften für die Privatangestellten sind auf die Tagesordnung des nächsten Juristentags zu setzen.

Der zweite Referent, Reichstagsabgeordneter Dr. Junck-Leipzig dankt dem Vorredner für seine ausgezeichneten Darlegungen und hebt die Bedenken Dr. Pottthoffs für die Privatbeamtenfrage hervor. Es liege kein Grund vor, den übrigen Privatbeamten die sozialen Schutzvorschriften zugunsten der Handlungsgehilfen vorzuenthalten. Das Endziel sei die Schaffung eines einheitlichen Angestelltenrechts. Die Definition des Begriffs Privatangestellter werde wahrscheinlich nur negativ und mit Hilfe der Ausföhrung erfolgen können. Es sei aber zweifelhaft, ob die Vorbereitung einer solchen Gesetzgebung zu den Aufgaben des Juristentags gehöre, da das Problem nicht nur sozialpolitisch, sondern zu einem erheblichen Teil nur politisch sei. (Beif. Beifall.)

In der Diskussion spricht zunächst Viktor Blobel vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband in Hamburg, der sich unter erregten Zwischenrufen der Versammlung: Zur Sache! Zur Sache! darüber beschwert, daß die Gutachter und Referenten nicht genügend die Literatur des Handlungsgehilfenverbandes berücksichtigt hätten. Es sei bedenklich, die Handlungsgehilfen aus der Verbindung mit dem Handelsstand herauszureißen und sie in eine enge Verbindung mit den gesamten Privatbeamten zu verpacken. (1) Die Forderung der Ausdehnung der Schutzvorschriften für die Handlungsgehilfen auf alle Privatbeamte würde das Mißtrauen der Unternehmer vermehren. Auch sei es politisch bedenklich, das Privatbeamtenrecht einheitlich auszusammenschweißen. (Große Unruhe.) Habe doch die einheitliche Arbeiterschaft einen vorzüglichen Agitationsboden für eine bestimmte politische Partei geboten. Daher sei Vorbehalt am Platze. (Lebhafte Beifall und Unruhe.)

Der Schluß des Deutschen Technikerverbandes, Dr. Glunther, wendet sich scharf gegen den Vorredner, der kein Recht habe, im Namen der deutschen Handlungsgehilfen zu sprechen. Der Gedanke des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes werde von keinem andern Handlungsgehilfenverband geteilt. Ferner wendet sich Redner gegen den neuesten Entschluß des preussischen Handelsministeriums, bei der Ausdehnung der Konkurrenzklausele das Privatbeamtenrecht bedeutend verschlechtert habe.

Herr v. Pechmann-München bestreitet, daß die Lage der Privatbeamten so sehr unglücklich sei. — Rechtsanwalt Fritz Weinberg-Berlin wendet sich gegen Blobel, aus dessen Ausführungen nur der Fettern eines kleinen Teiles der Handlungsgehilfen gesprochen habe. — Regierungsdirektor Dr. Heiß-Berlin polemisiert ebenfalls gegen Blobel. Die hier verteilte Broschüre des Herrn Blobel stehe auf einem sehr hohen Niveau. Da der Redner sich weigert, diese Keufierung zurückzunehmen, wurde ihm vom Vorsitzenden, Prof. Emmeerus, das Wort entzogen.

Mit geringfügigen Änderungen wurden schließlich mit großer Mehrheit die Thesen des Justizministers Dr. Klein angenommen, der auch zum Berichterstatter für das Plenum bestellt wurde.

Hg. Danzig, 14. September.

In der zweiten Plenarsitzung, die am dritten Verhandlungstage stattfand, wurden die Berichte über die Beschlüsse der einzelnen Abteilungen, die nach dem Statut des Juristentags dem Plenum zur Kenntnisnahme, nicht zur Beschlußfassung unterbreitet werden, erstattet. 27 Mitglieder der dritten Abteilung beantragen die Todesstrafe zur selbständigen Erörterung und Entscheidung im Plenum zu bringen. Mit knapper Mehrheit wird dieser Antrag als Geschäftsordnungsvorlage zur Entscheidung angenommen, worauf nunmehr Justizrat Friedmann-Glogau namens der dissidenten Mitglieder der dritten Abteilung beantragt, den ganzen Beschluß der dritten Abteilung im Plenum erneut zu erörtern.

Ueber die Frage: „Empfiehlt sich die Uebertragung der Schutzvorschriften des Handelsgesetzbuchs für die Handlungsgehilfen aus Privatbeamten“, berichtet der österreichische Existenzminister Dr. Klein. Die Abteilung hat der Uebernahme der Schutzvorschriften des Handelsgesetzbuchs auf die Privatbeamten zugestimmt, betrachtet diese Uebernahme aber nur als erste

Stappe auf dem Wege zu einem einheitlichen Privatbeamtenrecht und fordert den Juristentag auf, sich in seiner nächsten Sitzung mit dieser Frage zu beschäftigen. Der Referent teilt sodann den in dieser Richtung sich bewegenden Beschluß der Kommission mit.

Der letzte Kommissionsbericht betrifft die Frage der Strafmittel im neuen Strafgesetzbuch. Inzwischen ist der Antrag eingegangen, die Beschlüsse der dritten Abteilung vor dem Plenum zur Beratung und Beschlußfassung zu bringen. Professor Lippmann-Niel begründet den Antrag. Trotz schwerer Bedenken haben wir uns entschlossen, die ernste Erörterung dieser Frage zu beantragen, die gegenwärtig im Mittelpunkt der juristischen, politischen und allgemeinen Erörterung steht. Wohl haben ausgezeichnete Sachkenner das ganze Problem der Strafmittel in ihren Referaten behandelt. Aber die Frage der Todesstrafe ist nicht so vorbereitend worden, wie es wünschenswert wäre. Die Gutachten sind gar nicht prinzipiell auf sie eingegangen, sie ist als eine Frage besprochen worden, die einer weiteren Erörterung nicht mehr bedarf. Senatspräsident Dr. Dörschhausen und Geheimrat Rahl bezeichneten es als aussichtslos, die Todesstrafe zu bekämpfen, weil die deutsche Reichsregierung niemals in ihre Abschaffung willigen würde. Aber gerade wegen dieser Begründung haben wir unsern Antrag gestellt. Niemand hat der deutsche Juristentag nach der Meinung der Nachhader gefragt. (Lebhafte Beifall.) Niemand haben wir unsere Beschlüsse von der Aussicht auf Erfolg abhängig gemacht. Ich weiß nicht, ob die Regierung wirklich aus der Todesstrafe einen Kriegsfall machen will. Wir ist diese Frage ja auch ganz gleichgültig. Unser Ansehen steht auf dem Spiele, wenn wir eine Meinung deshalb ablehnen, weil die Regierung anderer Ansicht ist. Die Todesstrafe ist eine allgemeine menschliche Frage und es wäre höchst bedauerndwert, wenn der Juristentag gerade hier sich einer prinzipiellen Entscheidung entziehen wollte. Es kann sich nicht darum handeln, jetzt hier eine Entscheidung herbeizuföhren. Unser Antrag will nur die Möglichkeit sichern, die Frage dem nächsten Juristentag zu überweisen und unsere Gewissensbedenken juristischer und menschlicher Natur zum Ausdruck zu bringen auf eine Weise und mit dem Ernst, die des Juristentags würdig sind. (Stärklicher Beifall bei einem Teil der Versammlung.)

Senatspräsident Dr. Dörschhausen-Leipzig bekämpft den Antrag. Wir hatten in der dritten Abteilung nur die Strafmittel zu diskutieren. Es muß ganz falsch erscheinen, die umfassende Diskussion hier noch einmal aufzurollen, bloß um einige zur Frage der Todesstrafe sagen zu können. Es ist um so unangebracht, die Todesstrafe herauszugreifen, als wir uns doch nicht mit einer rein theoretischen Frage (1) beschäftigen wollen, sondern mit der eminent praktischen Frage des neuen Strafgesetzbuchs. Nicht aus Angst „vor oben“ haben wir Gutachter nicht näher begründet, warum wir Anhänger der Todesstrafe sind, sondern darum, weil wir keine Beschlüsse für den Papierkorb herbeiföhren wollen. Da die Abschaffung der Todesstrafe, über die sich natürlich sehr viel sagen läßt, im Deutschland gegenwärtig aussichtslos ist, bitte ich Sie, im Interesse der Strafreform die Frage nicht erst wieder aufzurollen. (Beifall.) In der Abstimmung wird mit der knappen Mehrheit von einigen 80 gegen einige 70 Stimmen beschloffen, die Frage nicht erneut zur Erörterung zu stellen. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.)

Sodann referiert über die Beschlüsse der dritten Kommission Senatspräsident Dörschhausen-Leipzig, der zunächst mitteilt, daß er seine allgemeine These über die Wilsung der Strafmittel im neuen Strafgesetzbuch zurückgezogen habe, weil die Frage der Todesstrafe von der Kommission noch nicht genügend zur Debatte gelangt sei. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen. Nach Erledigung der übrigen geschäftlichen Angelegenheiten, wurde der Kongreß geschlossen.

Konferenz der Gewerbegerichtsbeisitzer Deutschlands.

th. Köln, 13. September.

Nachdem bereits am gestrigen Abend eine Begrüßungsfeier der bis dahin erschienenen Delegierten stattgefunden, trat heute früh die Konferenz in Anwesenheit von etwa 140 Delegierten zu ihren Beratungen zusammen. Holsa-Dresden, der im Namen der Zentralkommission die Konferenz eröffnet, weist auf das steigende Interesse hin, welches sich durch die erheblich stärkere Beteiligung kundgibt, begrüßt die Delegierten und erörtert kurz die zu erledigende Tagesordnung, die nach Vorlage angenommen wird. Zur Eröffnung der Konferenz werden Holsa-Dresden und H. v. Pechmann-Berlin bestimmt. Von der Generalkommission nimmt Prof. Schmalz-Berlin an den Verhandlungen teil. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Bericht der Zentralkommission erhält sodann der Vorsitzende Holsa das Wort. Er führt unter Hinweis auf den gedruckt vorliegenden Bericht aus: Die Zentralkommission hat sich bemüht, so gut es ging, die in Köln aufgestellten Veltätze zur Durchführung zu bringen. Wenn das nicht voll gelungen ist, haben die vorhandenen Schwierigkeiten es verhindert. Das Bestreben, eine sozialpolitische Tätigkeit in größerem Umfang mit Hilfe der Beisitzer zu entfalten, konnte nicht durchgeführt werden, weil einerseits die Dörschhäuser der Beisitzer verlagten und andererseits auch eine Einigung über die einzuschlagenden Wege mit der Generalkommission nicht erzielt werden konnte. Daß die Beisitzer in ihrer Gesamtheit der geistigen Verbindung untereinander noch nicht das erforderliche Verständnis entgegenbringen, zeigt sich namentlich in der gleichgültigen Behandlung der angestrebten Statistik. Auch der Herausgabe eines dringend notwendigen Musterstatuts konnte

Advertisement for Weizenmehl Stern-Marke Brot, featuring a star logo and prices for 5, 4, and 6 Pfund bags. The text includes 'Original-Beutel 5 Pfund 75', '4 Pfund 40', and '6 Pfund 60'. The brand name 'F. E. Krüger' is prominently displayed at the bottom.

nicht im vollen Maße Rechnung getragen werden. Redner kritisiert die Mißstände beim Wahlverfahren, die große Mangelhaftigkeit der Ortsstatute, die Verschiedenartigkeit derselben und tadelt es, daß von 482 Gewerbegerichten nur 10 ihre Ortsstatuten eingekandt haben. Die Rechtsprechung sei derart verfallen, daß die Aufstellung bestimmter Richtlinien dringend nötig erscheine. Eingehend betont Redner dann, daß der § 75 des Gewerbegerichtsgesetzes, der den Gerichten die Vereinfachung der Abgabe von Gutachten gibt, nicht in genügender Weise gewirkt werde. Man solle davon den ausgiebigsten Gebrauch machen. Leider befindet sich auch in dieser wichtigen Frage die Zentralkommission im Gegensatz zu den Anschauungen der Generalkommission, so daß auch hier die Tätigkeit der Zentralkommission gehemmt sei. Im Mai v. J. sei die Zentralkommission auf die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission der Gewerkschaften. Er führt aus, daß diese Abteilung eine Sammelmühle sozialpolitischer Materials werden solle und setzt auseinander, daß so ein viel vorteilhafteres und gründlicheres Bearbeiten der verschiedensten Aufgaben ermöglicht werde, wodurch sich die Ergebnisse auch wieder viel nutzbringender gestalten. Daraus ergebe sich nun auch von selbst, daß der Sitz des Ausschusses von Dresden nach Berlin verlegt werden müsse. Auch die Organisation selbst werde dann wohl eine Aenderung erfahren müssen. Die Anschauungen der Zentralkommission über den Wert der Gutachten teilt Redner nicht, weil viele Gewerbegerichte noch sehr rückständig in ihren sozialpolitischen Anschauungen sind. Gutachten von solchen Stellen schaden dann mehr als sie nützen. Es sei dahin zu streben, daß die partielle Grundlage für die Arbeitslosenfürsorge usw. aufgehoben werde. Die Handhabung dieser sozialpolitischen Maßnahmen komme den Gewerkschaften zu unter Zuzugewinn kommunaler Zuschüsse. Auch mit dem Arbeitskammergesetzverhältnis verhalte es sich so. Die partielle Grundlage biete nicht die Gewähr, daß die Auffassung der Arbeiterschaft in sozialpolitischen Fragen zum Ausdruck komme, daher seien reiche Arbeiterkammern zu fordern. Ebenfalls teilt Redner nicht die Auffassung des Referenten über die fruchtbringende Tätigkeit der Konferenzen der einzelnen Landesbeiräte. Wer als Gewerbegerichtsbeisitzer eine fruchtbringende Tätigkeit ausüben wolle, müsse vor allen Dingen die Literatur studieren. Bei dem fortwährenden Personalwechsel in den Gewerbegerichten hätten die Konferenzen wenig Wert für die Allgemeinheit und seien noch verhältnismäßig teuer. Wohl aber könne empfohlen werden, daß die Gewerkschaftskartelle sich der Sache mehr annähmen möchten. Auch bezüglich des Musterstatuts solle man die Erwartungen nicht zu hoch stellen und namentlich sei die mühevoll statistische Arbeit von nur geringem Wert. Statistiken hätten nur Wert bei Erreichung eines bestimmten Zweckes.

Die nun einsetzende Diskussion war nicht sehr lebhaft. Teilweise wurden die Ausführungen des Genossen Schmidt unterbrochen, wogegen Starke und Holz die im Bericht des Vorstehenden Holz niedergelegten Anschauungen vertreten. Der Wunsch auf Verstärkung des Ausschusses wird von allen Rednern geteilt, während die Art der Besetzung bzw. die Verlegung nach Berlin einigen Widerspruch findet. Gewünscht wird die Herausgabe von kurzen und klaren Kommentaren zum Gewerbegerichtsgesetz. Der Uebernahme der Tätigkeit der Zentralkommission durch die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission der Gewerkschaften wird allseitig zugestimmt, nur etwa 10 Stimmen sind dagegen. Die Annahme des Antrages auf Verstärkung des Ausschusses erfolgt einstimmig. Der Antrag, die Ausschussmitglieder aus den Berliner Gewerkschaftskreisen zu entnehmen, wird mit 58 gegen 52 Stimmen abgelehnt.

In der Nachmittags-Sitzung begründet Meyer-Hirth einen Antrag betr. Rechtsprechung über das Arbeitszeugnis. Redner zeigt an Beispielen, daß die Sozialindustriellenorganisation dadurch gefehlt einwandfreie Abfertigung erteilt, daß ihre Mitglieder nur solche Arbeiter einstellen, die Papiere mit der Verbandsfirma haben, während die ordnungsmäßigen Entlassungspapiere von Einzelunternehmern eine sehr wichtige Ausperrung bedeuten. Durch landgerichtliches Urteil sind den Gefenzeichneten Entschädigungen zugesprochen.

Eine lebhafteste Diskussion entfesselt ein anderer Antrag Stettin-Vraunschwieg, der sich mit der Aufrechnung bzw. mit dem angeleglichen Zurückbehaltungsrecht befaßt. Aus den Darlegungen geht hervor, daß noch vielerorts das Zurückbehaltungsrecht anerkannt wird, obwohl dem klare gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen. Da selbst hohe Gerichte, wie das Oberlandesgericht in Köln und der 8. Zivilsenat des Kammergerichts das Zurückbehaltungsrecht zugestimmt haben, so stehen viele Juristen unter dem Einflusse dieser Erkenntnisse zum Schaden der Arbeiter. Es wurde allseitig dringend empfohlen, streng auf die Wahrung der Rechte der Arbeiter zu achten.

Dann wurde noch das Wahlergebnis für den Ausschuss bekannt gegeben: Der bisherige Vertreter Starke wurde mit großer Mehrheit (100 Stimmen) wiedergewählt. Als eventueller

weiter Vertreter wurde Holz-Dresden und als Ersatzmann Rörstgen-Berlin gewählt. Stimmt der Verband der Verstärkung des Ausschusses nicht zu, dann gilt Holz als Vertreter von Starke.

Aus dem Stadtverordnetensaale

(Sitzung vom 14. September.)

Der Vorsteher Dr. Rötze eröffnete die Sitzung mit einem Nachruf für den in der vorigen Woche verstorbenen Leipziger Ehrenbürger Geh. Rat Prof. Dr. Emil Friedberg. Das Kollegium erhob sich zu Ehren des Verstorbenen.

Eingegangen ist eine Eingabe von Bewohnern in der Scharnhorststraße, und zwar des Teils zwischen der Süd- und der Eisenstraße, die um die Herstellung dieser Straße mit geräuschlosem Pflaster ersuchen. Stadtv. Sauer machte die Eingabe zur Kenntnis. — Auf Vorschlag des Vorstehers wurde beschlossen, die Sitzung in der nächsten Woche ausfallen zu lassen, weil nicht genügend Beratungsstoff vorhanden sei.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wurde der Verlegung der Gleise der Großen Leipziger Straßenbahn in der Blücherstraße zugestimmt.

Für den Anschluß der Vororte Leipzig-Probstheida, Leipzig-Döben und Leipzig-Dölitz an die Feuerleittelegraphenlinie wurden 4970,85 Mark für die Errichtung eines Leiterschuppens in Leipzig-Dölitz 688,68 Mark und für die Vergrößerung des Spritzenhauses in Leipzig-Probstheida 488,72 Mark bewilligt.

Zur Gewährung eines Zuschusses zur Wohnraumvermehrung an den Schattmeister des Unterverwerks Naundörfchen sollen bis auf weiteres jährlich 300 Mark in den Haushaltsplan eingelegt werden.

Ohne Debatte wurde ferner zugestimmt: der Nachbewilligung eines Aufwandes von 5300 Mark für den selbständigen Gutbezirk Gauß-Wasewitz im Jahre 1910; einem Nachtrag zum Gaslieferungsvertrag mit der Gemeinde Gauß; dem Abbruch des Hauses Kirchstraße Nr. 2 in Leipzig-Südvorstadt; dem Abbruch des Hauses Hauptstraße Nr. 60 in Leipzig-Probstheida nach dem 1. Oktober 1910; dem Verkauf von 120 Quadratmeter Land des Flurstücks Nr. 161 an der Mülkauer Straße in Leipzig-Südvorstadt zum Preise von 55 Mark für 1 Quadratmeter und dem Verkauf von etwa 104 Quadratmeter Land des Flurstücks Nr. 160 an der Kirchstraße in Leipzig-Südvorstadt zum Preise von 30 Mark für 1 Quadratmeter; dem Verträgen mit der Leipziger Westendbankgesellschaft und dem Johannishospital wegen Anlegung der freien Plätze und der Straßen von über 15 oder 24 Meter Breite im Bebauungsplan Leipzig-Lindenau-Nordwest; dem Verkauf des Flurstücks Nr. 748 in Großhauher von 100 Quadratmeter Flächeninhalt zum Preise von 1 Mark für 1 Quadratmeter; der Beschleunigung und vorläufigen Befestigung der Fichtestraße entlang dem Lande des Johannishospitals zwischen der Röhlinger und der Danerschen Straße im Jahre 1911 mit einem Aufwand von 26 120 Mark; dem Verträge mit dem sächsischen Staatsfiskus wegen der Abtretung der von seinen Flurstücken Nr. 746 a und 655 d in Großhauher zur Ringstraße kommenden Flächen von 810 Quadratmeter; der Abführung von 11 224,20 Mark Beiträge an den Schulleihensfonds für Land in der Pöschler Mark, das zur Anlegung von Straßen verwendet worden ist; dem Ratbeschlusse, die im Haushaltsplan für 1910 eingelegten 15 000 Mark für Radfahrreifen nicht zu verwenden; der Herstellung einer Verbindungskanäle in der Kisterstraße zwischen der Pöschler- und der GutsMuthscher Straße mit 1800 Mark Aufwand; dem Verkauf der Schuttmarken zu halben Preisen an diejenigen Fuhrwerksbesitzer, die Äsche und sonstige Abfälle mit geschlossenen Wagen auf die Schuttabladepflanze bringen und die Äsche in geschlossenen Gefäßen aus den Gruben in die Wagen schaffen, auf weitere drei Jahre vom 1. Januar 1911 ab; der Anbringung von Abfallbehälteranlagen in der Stadtgärtnerei in L. Mendy mit einem Aufwand von 800 Mark; der Bewilligung von 5005,02 Mark anteiligen Kosten für die Verbreiterung der Bornaischen Straße in L. Dölitz; der Nachbewilligung von 28 440 Mark ordentlich zu Konto 87, Post. 31: Beiträge zur Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung, sowie zum Arbeitslosenfond; der Verlegung der im Hofe der 16. Bezirksschule untergebrachten Kehrkolonne der Straßenreinigung nach dem Grundstück Burgener Straße Nr. 58 und der Bewilligung der entstehenden Kosten von 1870 Mark, sowie der Erstattung von 2101,21 Mark Kosten für die Herstellung der Kreuzung Kochstraße-Kaiserin-Augusta-Straße.

Ueber eine Ratvorlage zur ortsgeselligen Feststellung der Pflichten der Unterverwerks- und Nikolaisstraße kam es zu einer längeren Debatte. Der Rat hatte vorgeschlagen, die Nikolaisstraße zwischen dem Brühl und der Parkstraße in einer Breite von 13,5 Meter und vor den Grundstücken Nikolaisstraße 34, 36 und 38 in einer Breite von 10,70 Meter herzustellen. Stadtv. Veß (Mitte!) beantragte, mit Rücksicht auf den starken Verkehr, die Nikolaisstraße zwischen Brühl und Parkstraße auf 18 Meter zu verbreitern. Stadtv. Pflaume (Mitte!) beantragte dagegen, die Nikolaisstraße auf 14 Meter und vor den drei besonders genannten Grundstücken auf 11 Meter zu verbreitern. Nachdem Stadtrat Fichorius für die Ratvorlage eingetreten war, wurde der Antrag Veß abgelehnt und der erste Teil des Antrags Pflaume angenommen und der zweite Teil abgelehnt. Die Straße wird demnach mit Ausnahme des Stücks vor den drei Grundstücken Nr. 34, 36 und 38, das 10,70 Meter breit wird, auf 14 Meter verbreitert.

Die vom Räte vorgeschlagenen Nachträge zu den Bauvorschriften für das Land an der Karl-Tauchnitz-Straße wurden mit einer geringfügigen Aenderung genehmigt.

Die Abrechnungen über die Herstellung von sechs Straßen im Stadtgebiet wurden unter Bewilligung von 242,00 Mark Mehrkosten, die bei der Verlängerung eines Fußweges im Johannistal entstanden sind, richtiggeprochen.

Eine Eingabe von Rudolf Höpner wegen der Herstellung von Rasenrabatten in der Nordstraße von der Parkstraße bis zum Nordplatz beschloß das Kollegium zurzeit auf sich beruhen zu lassen.

Eine Eingabe des Hausbesitzervereins zu Leipzig-Möckern forderte: 1. die Instandsetzung der Schmutzplätze an der Straße und an der Mecklenburger Straße, und 2. den Bau eines Brückensteigs über die Halle-Magdeburger Eisenbahn. Der Tiefbauausschuss beantragte, den ersten Teil der Eingabe dem Räte zur Kenntnisnahme zu überweisen und den zweiten Teil auf sich beruhen zu lassen.

Eine dritte Eingabe vom Hausbesitzerverein Leipzig-Entzsch, in der um die Herrichtung des Platzes an der Wittenberger, Hohmann- und Perstner Straße als Schmutzplatz und um die Aufstellung einer Bedürfnisanstalt ersucht wird, wurde dem Räte zur Berücksichtigung überwiesen.

Es folgte noch eine nichtöffentliche Sitzung.

Berichtsaal.

Landgericht.

Ein junger Taugenichts. Der erst 16 Jahre alte Schuhmacherehrling A. hat bereits mehrere Strafen wegen Diebstahle verbüßt. Er ist aus der Lehre gelaufen, weil ihm sein Lehrverhältnis nicht behagte; er ging aber nicht nach Hause, sondern trieb sich herum und kamperie im Freien. In der letzten Zeit hat der Bursche abermals vier Diebstahle ausgeführt. Er stahl in den Konsumvereinskassen in Kleinshocher und Plagwitz sowie in zwei Kantinen Portemonnaies mit Geldbeträgen in Höhe von 12, 17, 2,85 und 10 M. Seine Opfer waren Frauen, die ihre Portemonnaies in den Schürzentaschen trugen. Der Bursche gab vor Gericht an, er habe von Leipzig weggewollt und habe lediglich zum Zwecke des Diebstahls die Geschäftsräume betreten. Das Gericht hielt es, unseres Erachtens sehr verfehlt, für angebracht, auf eine exemplarische Strafe zu erkennen; es verurteilte den Taugenichts zu zehn Monaten Gefängnis. Infolge dieser schweren Strafe dürfte der Junge leider gänzlich verloren sein.

Wegen Vergehens gegen § 175 wurden der Schuhmacher V. aus Zwenkau und der Schlosser R. zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem wurden den Angeklagten, die beide 50 Jahre alt sind, die Ehrenrechte auf drei Jahre aberkannt.

Ein nicht uninteressanter Perl. (Schluß.) In der am Mittwoch nachmittag wieder aufgenommenen Verhandlung wurden noch einige Zeugen vernommen, die über des Angeklagten Mosenkranz Charakterveranlagung Zeugnis ablegten. Es stellte sich dabei heraus, daß er noch so manchen Freund oder Verwandten betrogen, daß er aber auch seit jeher renommierter und sabulierter hat. Er hat öfters behauptet, er stamme aus einer Großherzogsfamilie und werde die Prinzessin Julie heiraten. Man habe auf dem Goldberg bei Witzke, den sein Vater besitzt, Gold gefunden, er sei nun der reichste Mann der Welt usw. Die ärztlichen Gutachter, Medizinalrat Dr. Thimmeler und Oberarzt Dr. Bütscher, erklärten den Angeklagten für einen moralisch minderwertigen Menschen, der erblich belastet und degeneriert, der aber trotzdem nicht geisteskrank sei und weder an Paralyse noch an Paranoia leide und daher als zurechnungsfähig zu betrachten sei. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust.

Schöffengericht.

Keilerei und Tanzvergnügen. Eine schwere Schlägerei trug sich am 25. Juni in L. Döben zu. Im Polenhause ging es abends spät vergnügt zu, es waren etwa 25 bis 30 Burschen dort versammelt, unter ihnen auch einige junge Leute, die nur zu Besuch da waren. Es wurde getanzt und schließlich ein so großer Spektakel vollführt, daß die Nachbarschaft im Schlafe gestört wurde. Eine Frau hat daher den Schmiedemeister Busch, doch die fremden Burschen hinausjagen, und der Schmiedemeister nahm einen Stock und begab sich ins Polenhause. Die Burschen fielen aber über ihn her und versetzten ihm einen Schlag an die rechte Seite des Kopfes, daß er momentan besinnungslos war. Aber er verfolgte nun die Burschen mit seinem Stock, um sie festzunehmen. Hierbei stach der eine von ihnen auf ihn ein und verletzte ihn zweimal am Arm und einmal am Hals. Auch der Gutbesitzer Sohn Mößner wurde in den Arm gestochen und liegt im Krankenhause schwer krank daneben, da ihm der Arm amputiert werden mußte. Wegen dieser wüsten Schlägerei waren außer den beiden Genannten noch als Haupttäter die 25 Jahre alten galizischen Bergarbeiter Joseph Kowalski und Wladislaus Stadl angeklagt. Aber die Verhandlung konnte ohne den kranken Mößner nicht zu Ende geführt und mußte vertagt werden.

Donnerstag **Lebensmittel** Sonnabend

Freitag **Lebensmittel** Sonntag

Grünwaren	Solange Vorrat!	Wild u. Geflügel	Solange Vorrat!	Fische	
Eine grosse Sendung Rote Rüben	Bund 5 ½	Eine grosse Sendung Rebhühner (jung)	Stück 1.00 85 ½	Schellfisch	Pfund 22 ½
Eine grosse Sendung Welschkraut	Kopf 8 ½	Eine grosse Sendung Kapaunen	Stück 1.65	Bratschellfisch	Pfund 12 ½
Eine grosse Sendung Weisskraut	Kopf 8 ½	Eine grosse Sendung Enten	Stück von 2.50 an	Kabeljau	Pfund 14 ½
Eine grosse Sendung Rotkraut	Kopf 10 ½	Eine grosse Sendung Pa. junge Dresdner Gänse	Pfund 76 ½	Seelachs	Pfund 13 ½
Eine grosse Sendung Grüne Bohnen	Pfund 9 ½	Junge Hähnchen zu billigsten Tagespreisen.			
Eine grosse Sendung Wachsbohnen	Pfund 13 ½	Lebende Karpfen Pfund 95 ½			
Eine grosse Sendung Salat	4 Kopf 10 ½				
Eine grosse Sendung Tafeläpfel	Pfund 8 ½				
Eine grosse Sendung Kartoffeln	10 Pfund 24 ½				
				Schellfisch	Pfund 22 ½
				Bratschellfisch	Pfund 12 ½
				Kabeljau	Pfund 14 ½
				Seelachs	Pfund 13 ½
				Rotzunge	Pfund 23 ½
				Bratscholle	Pfund 20 ½
				Goldbarsch	Pfund 12 ½
				Seeaal	Pfund 15 ½
				Lebende Aale	Pfund 1.40

In der I. Etage
Modell-Hut-
Ausstellung



In unserem Erfrischungsraum von
4—7 Uhr: Unterhaltungs-Musik.

Eine Tasse Kaffee	10 ½
Eine Tasse Kaffee mit Kuchen	15 ½
Torte mit Sahne	15 ½
1 Glas Tee	15 ½
1 Flasche Selterswasser	10 ½
1 Limonade naturell	10 ½
Eis, Portion	10 ½

Diverse belegte Brötchen in grosser Auswahl
Stück 10 ½

Kredit auch nach auswärts.

Ausnahme-Offerte
Sonntags bis 7 Uhr abends geöffnet.

Spezial-Abteilung:

Trotz der billigen Preise
bequemste Teilzahlung gestattet.
Möbel Kompl. Wohnungs-Einrichtungen und Braut-Ausstattungen von **150—10000 Mark**

Bis zur Eröffnung meines Neu- und Umbaus, die am **23. September** stattfindet, sind die Preise, wie in **Herren- u. Damen-Garderobe** bis zu **20%** Manufakturwaren herabgesetzt

Bürgerliche Wohnungs-Einrichtung von 240 Mk. an
2 Bettstellen, 2 Matratzen, 1 Tisch, 1 Kleiderschrank, 4 Stühle, 1 Vertiko, 1 Küchenschrank, 1 Sofa, 1 Spiegel, 1 Küchentisch, 2 Küchenstühle

Einzelne Möbelstücke in riesiger Auswahl von **3** Mark Anzahl. an.

Wohnungs-Einrichtungen von 350 Mk. an
1 Wohnzimmer, 1 Schlafzimm., 1 Küche, 1 Sofa, 1 Tisch, 2 Bettstellen, 1 Vertiko, 2 Matratzen, 1 Küchenschrank, 1 Spiegel, 1 Küchentisch, 1 Spiegelschrank, 2 Nachttische, 4 Stühle, 1 Handtuchhalter, 1 Handtuchhalter

Besichtigung meiner 4 Etagen umfassenden Läger — ohne jeden Kaufzwang — gern gestattet.
Lieferung streng diskret frei ins Haus.
Eigene Werkstätten im Hause.

S. Sachs Nikolaistr. 31 I.-IV. Etage.

Größtes und vornehmstes Waren- und Möbel-Kaufhaus mit Kreditbewilligung.



Abonnenten berücksichtigt die Inserenten der Leipziger Volkszeitung und beruft auch bei deren Einkäufen auf die Inserate in unserer Zeitung!

Kleiner Anzeiger.

Vorkäufe und Käufe.
Nur noch kurze Zeit dauert mein Schuhwaren-Ansvorkauf in Herren-, Damen- u. Kinder-Schuhen. Ernst, Leipzig, Auerbachs Hof, Ring, Grimmische Str.

Jeder staunt!
v. Student, Kavali., Doktor. u. nur von best. Herrsch. wen. getragen. Anzüge, engl. Stoffe, Maßarbeit, reinwoll. Sachen, weich, neu 80 bis 100. A gekost. hab., 8, 12, 15, 18, 22 A, eins. Hosen, Jaketts, Palet., Purtschen- u. Anoden-Anzüge, eleg. Frack- u. Gehrock-Anzüge sportl., auch leihw.
Kanner, nur Plauensche Str. 11, I. Nähe Brühl.
Mehrsontags geöffnet!

Tel. 10401. Verkauf Tel. 10401. best. getr. Herrsch.-Damengard., Jaketts, Blus. v. 75 A an bis zu den elegant., neue Kostüme, Kleider, Mäntel, Jaketts, Blusen, Röcke, nur Partie- u. Konkurrenzwaren, in all. Preislagen, fast zur Hälfte des reell. Wertes. Extra Anprobierzimmer. Elektrische u. vergütete Sportlings Dam.-Monatsgarderobe Windmühlenstr. 45, I., 1. Bsp. Babbel.

Achtung!
Nur v. feinst. Herrschaften, Millionären, Kavaliere, Studenten wenig getragene Sachen, feinste Maßarbeit, reine Wolle. Anzüge, die 70—100 A gekostet, für 8, 12, 16, 24 A. Herrsch. u. Bunt. Paletots, teilw. auf Seide gearbeitet. Hosen, Jackette sportlillig. Elegante Gesellschafts-Anzüge sehr billig auch leihweise.
Mandel Tauchaer Str. 22, I.
Mess-Sonntags von 11 Uhr an offen.

Umzugshalber. Wen. getragen, eleg. Blusen, Jaketts etc. sportlillig. ff. Kinderkleider, Konkurrenzware. Schröters Damen-Mon.-Garderobe, Alexanderstr. 17, II., Ecke Kolonnenstr. Mehrsontags geöffnet.

Für Mutters Liebling
empfeht der **Baby-Bazar**
feine sämst. Artikel in größt. Auswahl bei billigt. Preisen.
Bettfedern u. fort. Betten v. bill. b. best.

Paul Prinsky, Lindenau 2077, Gumborfer Straße.
Bettwäsche
Dowlas-Kissen 1 Mk. Bezug 4 Mk., Bettuch 2 Mk. fertig genäht, reell und billig
Elisabeth Heidorn Leipzig, Dorotheenstr. 2.



Grammophone Schallplatten
Zonophon, Favortite, Homotord, Kastlone, Dacapo zu Fabrikpreis. Reparaturen bill. Eberhardstr. 5.
Kinderwagen, Klappwagen
100 Stück müssen verkauft werden. Lind., Obermannstr. 2.

Johannes Wendt
Eisenbahnstr. 71 u. 79 Wurzner Str. 20
Herren-Hüte Krawatten Wäsche etc. zu billigsten Preisen.
Nähm.-F. Gef. Peterssteinweg 10, I.

Kartoffel-Vorkäufe.
Spisekartoffeln gibt bill. ab Karl Welsch, Eilenburger Str. 16, Kartoffelhandlg. — Tel. 8740.*

Dr. Th. Froehlich von der Reise zurück. [17195*]
Kleinzschocher Größtes [4000*]
Schuhwaren-Lager und Reparaturwerkstätte
Christian Gidel Diebstahlstr. 11.
Zur billigen Kartoffelabgabe. Rote und weiße Kartoffeln, haltbare Winterware, gibt Sonntag, den 18. September, am Rehdemweg (Herrenhausweg), von 6—8 Uhr aus. [17272*] Rittergutsökonomie Pannsdorf.

Arbeitsmarkt.
Stellen-Angebote
Offene Stellen finden erfolgr. zeitliche Aufnahme in der Leipziger Volkszeitung.
Tücht. Putzmaurer u. fof. eingest. bei Schütze, Gohl., Lothring. St. 53.
Tücht. Ofensetzer-Tagelöhner sofort gef. Rich. Wessner, Mockau, Wilhelmstr. 16.
Hausmannsposten per 1. Oktober zu besetzen. L.-Lindenau, Umlandstr. 2, I.
Zigarrenarbeiter (Seimarb.) gesucht. Eichenbaum, L.-Gohlis, Bräunelader St. 35.
Jung. Mädchen od. Bursche v. 14 J. an z. Frühl.-Anf. ges. Täubchenweg 70 (Blicker).
Kräft. Schulfürer v. 14 J. fof. gef. Lind., Lützner Str. 22, I.
Schulmädchen zur Aufw. gef. Stötteritz, Hauptstr. 77, part.
Großes Schulmädchen a. Aufw. Tauchaer Str. 6, II. r.

URRY'S
95 PFENNIG
TAGE

Bettfedern — Reinig. u. Ferkf. — billigst
G. Funke. Neub., Niederstr. 7a.*
Möbel
komplette Einrichtungen liefert zu billigsten Preisen auch gegen Teilzahlung
Krause Humboldtstr. 18
Telephon 5379.*
Möbel verk. bill. Teilzahl. gef. Ll., Morsburg. Str. 62.*
Vorsaalstr., Tisch, Kom., Kleiderschrank, u. v. Pl., Schmiedestr. 7, p.*
Nußschreibl. 35. A, Sofa, 4 Stuhl. 15. A, Vorsaalstr. 30. A, Stuhlpult 12. A, Kleidersch. 12. A, Pl., Sof. 40. A, Sof. Neusch., Konradstr. 18, Hof I.
Gbr. Bettst. m. M. 14, 18, Sof. 18, 22, gr. Schrank. 22, Wascht. 4, 12, neuer Kleiderschr. ec. Pl., Nonnenstr. 38b.

H.-u.-D.-Rad, kompl. Kochstr. 20, II. I.
Dochleg. Kinderw. u. g. Kinderw. Verk. bill. Klisch., Gießerstr. 65, III.
Kinderwagen u. Kinderbett billig. Neub., Untere Mühlentstr. 14, I. r.
Letterwagen — billigst — Karl Boharschmidt, U. Lötner St. 37.*
H. Kan.-Ofen, viered. alt. Tisch, 2 Bettst. m. Strohs., Kleiderschr. u. versch. umzugsh. bill. Körnerstr. 1, II.
Hil.-Wolff. Jed. Gr. Weststr. 66, p.*
Turagorast m. Stange umzugsh. halber bill. Lind., Kaiserstr. 10, I.

Speisekartoffeln
pro Zentner ab Hof 2.50 A, frei Haus 2.75 A, verkauft
Leipziger Westend-Baugesellschaft
10300*]
L.-Lindenau, Vornsprecher 3187.

Kartoffel-Ausgabe Lindenau
Lützner Strasse, an der Luisenbrücke, täglich, pro Rute 1.30 A.
17274*]
Leipziger Westend-Baugesellschaft.

Kartoffel-Ausgabe Burghausen
an der Mersburger Straße, täglich, pro Rute 1.30 Mt.
17275*]
Leipziger Westend-Baugesellschaft.

Kartoffel-Ausgabe.
Rote u. weiße Winterware gibt täglich, von 7 Uhr ab, am Tauchaer Wege in Gohlis. 17288*] Alwin Neumann.

Kartoffel-Ausgabe
weiße, täglich von 8—5 Uhr am Tauchaer Wege in Gohlis. 17288*] Alwin Neumann.
Kartoffel-Ausgabe täglich in d. Nähe des Mittelpunktes, hinter Kornagels Ziegelei u. Sonnt. am Süd.-Zweizand. Weg. Rittergut Zwelndorf.*

Orchestrions
in Riete und Verkauf. 25428*] Klostergasse 3, I. Etage.
Sprech-Apparate
Musikwerke u. Nähmaschinen repariert billig. Zugledern v. 1 Mt. an. Apitz, Dainstr. 31.*

Kopfweiden
besetzt auf radikal Haarelement. Entfernt die lästig. Schuppen. Befördert d. Haarwuchs. Angenehm duftend, à Fl. 50 s. Zu haben in der Engel-Apothek u. in d. Drogerien.*
Kaufe morgen Freitag, Sonnabend u. Sonntag jed. Post. Jg. u. alt. Kan.-Bühne, u. alte u. junge Weibchen, auch best. alte fangende Bühne (zahlte besten Preis) im Restaurant Bräuerstraße 9. * F. Vahle.

Vermischte Anzeigen.
45-50, 52-68 A, eleg. Anz., Frack, nach Maß liefert
Schneid. Mothes, Meißner Hofstr. 21.*

Frack- und Gehrockankage verleiht
Rechnungsmuster
Reinleinstr. 53, Ecke Windmstr.
Frack- u. Gehrock-Anzüge verleiht
Hainstr. 6, I.
Möbeltransporte
auch mit Planwagen
Auswärtige Transporte
Lagerung
Hans Eißner
Bismarckstr. 4, 6
Tel. 10300

Strümpfe w. faub. u. bill. angefert. Masch.-Strumpfwirk.
Elisabeth Müller, Ll., Mersch. St. 39.
Kl. Kind wird in gute Pflege gen. Off. u. H. B. Hill. d. Bl. Köhn. Str. 41.

Der Erwerb einer guten Hausbibliothek ist nicht mehr schwer. Man kaufe **Büchersparmarken.**

Extrablatt dieser Nummer von der Firma **Gebr. Held, L.-Lindenau**, ein Prospekt für die Abonnenten in Leipzig-West. [17312]

Schloß Stolpen.

Voll Bedeutung schaut aus blauen Wästen
In des Tales froh belebte Triften
Stolpens Sinne schwermutsvoll hinab,
Wo gedankenvoll in sich versunken
Die verlassene Liebe schauertrunken
Einem Kön'gen flucht, und sich ins Grab.

Hinter dem Vöschwitz-Pflanziger Höhenzuge erstreckt sich als südlichster Waldbestand der weiten Dreddner Heide die „Massenel“.

Die durchwanderte ich an einem schönen Sommermittage, von der Villenkolonie Arnsdorf und dem malerischen alten Dorfe Vöschwitz kommend, nachdem ich kurz vorher die große Heerstraße, die von Dresden nach Baugen und weiter ins Schleierland hineinführt, gekreuzt hatte.

Da war die Luft voll von Nieselnadelgeruch. In den feuchten Weggräben blühten dunkelgelbe Arnika. Um die dunklen Dolben des Rabtrautes gaulelten farbenprächtige Falter. Am Wegrande aber steheten alte Rainsteine — sie zeigten noch die gekreuzten Ruchschwärzer — wohl schon manches hundert Jahre zwischen Heidebeergebüsch und Heide.

Am Fuß des Schloßberges lag der Wald wieder. Aber noch ehe er hinter mir zügelte, erkannte ich schon zwischen seinen letzten Baumreihen, hoch oben in den Wipfeln, Schloß Stolpen; von einem fernem, blauen Schimmer umhaucht. Zuerst einen massigen Zwernturm, dann, damit abwechselnd, zwei schlankere andre, da sich die auf einem knappen, steilen Bergkegel aufgedaute reizvolle Silhouette in einem fort zwischen den Chausseebäumen vor mir hin und her schob.

Denn schon ging ich zwischen wogenden Saatsfeldern im Freien, nur die schwer mit jungen Kesseln behängten Zweige an den Strauchrändern umrahmten meinen prächtigen Ausblick. Links ragte der Balken einstmals und bedeutend über das viereckige Vorgelände der Lanke herüber, vorn — gleich Grenzsteinen — die „Steine“ der sächsischen Schwelz, rechts der Wilsch und der Weising. Aber nach einer Weile tauchten sie alle wieder unter den Horizont, denn meine Straße führte zu Tale, und so wurde nun „der Stolpen“ erst recht zum Brennpunkt und Sammelplatz des ganzen großen Panoramas; der Berg mit seinem armen Wiesenhang und oben auf seiner schwarzen, gleichsam chernen Ringmauer, und darüber das Schloß, das sich mit seinen Türmen und Thürmen zuletzt ganz allein immer höher und höher in die blasser Himmelstiefe hinauf hob. Endlich war ich unten im tiefsten Grunde, da, wo die mantere Wesenheit vom Balken her nach dem schönen Liebesaler Grunde vordringt, und damit am Fuße des Gipfels, zu dem ich hinauf wollte.

Der Stolpen ist eine Besonderheit. Ein Basaltkegel,* den hier vulkanische Titanenkräfte steil über das rings umgebende granitene Massiv des Weichselischen Hochlands herauf schob. Das geschah gewiß rasch und plötzlich, aber doch auch nicht durch einen einzigen Hub, sondern ruckweis, und so türmten sich viele Schichten, je in leichtem Winkel gebrochen, steil und hoch übereinander, was man allenthalben rings um den Berg sehen kann, nur gerade da nicht, wo ich emporklimmte.

Denn hier, auf seiner Nordseite, schmiegt sich an ihn, bis zu Schloßhöhe hinauf, die Stadt mit ihren Terrassen und vielen langen Gassen. Ein sprunghafter Ausblick, denn es steht aus, als wäre hier alles, Menschenwerk und Berg, gleicher Art, nach einem Motiv gewachsen und gestaltet. Alle Häuser stehen ebenso steil aufrecht, wie oben die breite Feldwand, alle ihre roten Dächer gehen ebenso steil lehnen, wie darunter die hohe Bergwiese. Die kantigen Türme aber gar starren darüber in die Luft wie ins Nieselnadelgeflecht. Man kommt auf den Gedanken, als hätten alle Baumeister, die hier am Werke waren, das alles tatsächlich so gewollt, und beim „Sieben-tpigelturm“ war es denn auch wirklich der Fall.

Sieht man aber auf dem Markte dessen Fassaden entlang, die früher, als sich noch Lauben vor ihnen hinzogen, gewiß noch viel reizvoller waren, dann überrascht auch da eine weitere Selbstähnlichkeit. Indem die Bewohner jedesmal die unteren Dachpartien ihrer Häuser anhoben — gewissermaßen in die Höhe klappten, wie Dachfenster — und dazwischen immer noch ein oberstes Geschoss einhoben, als wohneten sie nimmer hoch genug, um ganz und gar zu sehen, wie frei und schön rings um sie her die weite Welt ist.

So empfinden wir jetzt. Aber die ältesten Siedler der Gegend, Franken vom Rheine, aus P o s t i m, die den Namen ihres Heimatdorfes hierher übertrugen, hielten sich zuerst im Tale und nieden den Berg mit seinem schwarzen Gesteine und finstern Walde, in dem auch bald ein Blockhaus** stand, das ihnen mehr eine Gefelle als ein Schutz war. Erst als ihnen (1429) die Puffstein ihre Heimatstätten wegbrannten, flüchteten sie hinauf und gründeten dann oben ein neues Jochgrim oder eben — Stolpen.

Keinlich ging es übrigens auch mit dem Bau der Burg. Die schob sich ebenfalls nur ganz allmählich, gleichsam zögernd und Schritt vor Schritt, im Laufe vieler Jahrhunderte weiter und weiter empor auf die freie Höhe.

Das erste Schloßbaustück entstand da unten, wo der Basalt „wächst“, bei den P a i n b a u e n, wozu es die „Caneburg“ genannt ward. Die Bischöfe bauten dann zuerst den ebenfalls noch tief gelegenen Schloßturm (in dem in der Kurfürstzeit die Amtschöffer wohnten) und den Domainturm nebst einer kleinen Kapelle bei der untersten Zisterne. Erst im fünfzehnten Jahrhundert rückten sie höher und immer höher und schufen jene später berühmten viel höheren Häuser, die zum Teil heute noch von dem einstigen Glanze zeugen: den mächtig gewölbten Markthall mit dem Kornboden, den starken Johannisturm für ihr Arsenal und ihre Schloßwache, den Kapitelturm, den Ringel- oder Selger-(Uhr)turm, die Barbara-Kapelle mit ihrem Turm, den Siebenstipenturm, das Kommandantenhaus und das Zeughaus an der Nord- und Südfront, bis schließlich 1488 Johann B. v. Wachsenburg mit seinem opulenten Fürstenhause ganz vorn am westlichen Steilabhänge ankam und damit das ganze Feldplateau ringsum bebaut war.

* Angehört hat der Stolpener Basalt als erster die geologische Forschung über diese Gesteinsart gestellt. Kein Wunder; denn nirgends wieder sieht man Basaltwände von solcher Mächtigkeit und darin Säulen von solcher Höhe (bis zu acht Ellen) und kristallinischer Reinheit. Ferner dient er als untrüglicher Wetterprophet; wenn da oben in den Kellern die Wände schwingen, kommt unfehlbar Regen.

** Der erste bekannte Besitzer dieser festen Anlage war ein sorbischer Edler v. Mouto, dem 1218 Bischof Bruno II. von Meißen die ganze Pflanzung samt dem Berge um 168 Mark abkaufte. Der Name Stolpen wird aus den slavischen slopp (Stüle) oder haly (heil) und pan (Feld) abgeleitet, auf die Stadt wurde er erst 1604 endgültig übertragen. Das alte Jochgrim oder Jochrim ist die jetzige Niederaltstadt.

Was dann später der „Vater August“ noch hinzutrat, ging hauptsächlich auf das Wohnliche. Hundert Jahre danach änderte aber Johann Georg II. alles völlig um und machte aus der Burg eine Festung, von der 1723 der Ortspastor Senffen rühmte, „daß sie immer eine reine Jungfrau blieb, die kein Feind schänden können, ob er gleich angefochten und im Sinne gehabt.“ Er dachte dabei an die Kronen, die ihr im dreißigjährigen, und an die Schweden, die ihr im nordischen Kriege (1700/07) „ziemlich scharf zusetzten“; übrigens hatten auch die letzten Bischöfe schon „acht Serpentinlein“ hier oben, für die es nur gerade, als man sie gebrauchen wollte — in der Carlswitzschen Fehde, dem sogenannten „Sankttrier“ — an „Kraut und Lot“ fehlte.

Später wurde sie aber doch noch einmal erobert. Von den Preußen. Zuerst am 3. September 1750. Da ritt der Oberstleutnant v. Wernery, ein geborener Schweizer, mit zwei preussischen Husarenregimentern auf dem Marsche von Bischofs- werda nach Pirna — mit dem Major v. Bazar, einem Husaren und einem Trompeter den Berg hinauf. Die Schloßwachen an den drei Zugbrücken überraschte man dergestalt, daß sie sich nicht zu rühren wagten; v. Wernery nahm ihnen ihre Flinten ab und schickte sie dann den Berg hinunter. Die übrige Mannschaft bestand sich in der Nachtstube, in der „Dirnib“, und pflegte dort ihrer Ruhe; da der Schlüssel gerade an ihm in der Tür lag, drehte ihn v. Wernery im Schlosse herum und zog ihn ab. Dann ritten die vier weiter und kamen unangesehen bis vor das Kommandantenhaus. Dort endlich bemerkte sie der Schloßhauptmann in Person, der alte Generalleutnant v. Liebenau, sprang hurtig auf den Rassenplatz heraus, zog seinen Degen und setzte sich zur Wehr. Im selben Augenblicke gab v. Wernery einen Pistolenschuß ab — der erste Schuß im siebenjährigen Kriege —; die Kugel ging dem v. Liebenau in den Leib, und er nahm sie auch später „mit ins Grab“. Doch mit Verlaute. Inzwischen freite er erst noch einmal.

So wurde die ganze Festung eine Beute von vier Husaren. Der preussische Regimentskommandeur v. Czacki wollte es zuerst einfach nicht glauben und schickte v. Wernery drei Unteroffiziersmannschaften, als der seinem ersten Siegesboten einen zweiten nachsandte.

Der spätere „Eroberer“, General Derwarth v. Bittensfeld, hatte es aber trotzdem (1800) immer noch ungleich viel leichter; er machte die Sache so wird wenigstens behauptet — mit einer Depesche (nach Berlin) ab: „Stolpen, Festung zweiten Ranges, ohne Schwierigkeit genommen“. Er fand oben nur eine Mauer, so wie heute, denn der Berg zählte schon seit 1787 nicht mehr als strategischer Punkt. 1813 hatte ihn allerdings Napoleon noch mit in die feste Linie einbezogen, durch die er seine Stellung an der oberen Elbe deckte — er war am 25. August selbst oben und bewunderte die starken „gewachsenen“ Mauern — aber das Ende vom Liede war das, daß er weit mehr zerstörte als aufbaute.

So erfüllte sich damals das Schicksal der Kapelle, die einst der Bischof Thimo v. Wally dem hl. Erasmus, der Märtyrerin Barbara und der Gottesmutter, die der Umwohner nannten sie merkwürdig respektlos „Käsemitter“) weihte — die es ihm freilich wenig dankten, denn bald nachher fiel er auf der Rückkehr von Romzig zu Pisa einer argen Mäurerbande in die Hände.

So klein sie war, so schön war sie auch; ihre spärlichen Reste zeigen das heute noch. Vor allem befand sich darin ein höchst kunstvoll skulpturter sandsteinerner Predigtstuhl, zu dem später Vater August noch ein ebensolches Kreuzstühl und einen Taufstein — die geistlichen Herren vor ihm benötigten eines solchen nicht — gestellte, und nicht weniger als zwölf Altäre, von denen die der beiden heiligen Frauen mit besonders schönen Holzstatuen geschmückt waren.* Auch diese ließ der Kurfürst neu malen und vergolden; die Bischöfe aber flüchteten auch die Reliquien** der Meißner Kathedrale; hierher, denn zuletzt, als sie sich dort nicht mehr sicher fühlten, war Stolpen überhaupt ihre fast ausschließliche Bestimmung. Darum weiterte Luther: „Alle hätten sich nun zu der neuen Lehre bekehrt, nur nicht die Pflanzel auf dem Stolpen“, bis endlich 1530 auch hier „das Papsttum dem einbringenden hellen Schein des Evangelii wich.“

* Die auf Goldgrund gemalten Pflanzelbilder des Hauptaltars befinden sich jetzt in der Sammlung des lat. sächsischen Altertumsvereines zu Dresden, Ranzel und Taufstein in der Gottesackerkirche zu Bischofswerda.

** Es waren dies „ein leibhaftiger Finger des Apostels Paulus“, der Schädel des Bischofs Donat und die Gebeine des Bischofs Benno. Nach einer andern Version wurden letztere angeblich in die Elbe geworfen; damit verhält es sich so: die Gebeine Benno's, aus dem Geschlechte der Grafen von Woldenburg (Waldburg), ruhten seit 1107 im Meißner Dome, zuerst in einem verfertigten Winkel, bis sie 1274 Bischof Wladyko unter einem prunkvollen Denkmal in der Mitte der Kirche beiseite lieh. Seit Anfang des sechzehnten Jahrhunderts betrieb man dann die Heiligensprechung Benno's: 1501 wurde allen, die Gaben dafür beisteuerten, ein hunderttägiger päpstlicher Ablass bewilligt, dem am Silvestertage des Jahres 1502 der damalige Meißner Bischof noch vierzig Tage zulegte; 1523 wurde diese Kanonisation — hauptsächlich auf Betreiben Herzog Georgs des Bärtigen — tatsächlich erreicht. Dessen Bruder und Nachfolger, Heinrich der Fromme, im Gegensatz zu ihm ein eifriger Förderer der neuen Lehre, zerstörte die Grabstätte Benno's bald nach seinem Regierungsantritte (17. April 1530), und die „Reliquien oder Gebeine“ wurden „bald nach Anfang Imre's geliebten Herrn Vaters, gräflicher Gedächtnis, Regierung, im Weisheit weiland Kurfürst Johann Friedrichs zu Sachsen, mit einem großen Feldgeschrei vieler Trompeten, in einem großen Kasten in die Elbe bei Meissen versenkt“. Es ist der „Vater August“, der (de dato Glücksburg, den 10. September 1578) dies schreibt. Doch das stimmt nicht. Vielmehr eröffnete der letzte (damals schon zu Würzen residierende) Bischof von Meissen, Johann IX. v. Augustin, im Jahre darauf (1577) dem Kurfürsten: „Die Gebeine, so man für Bischof Benno gehalten, seien nebst einem Härenen Homb, Inful, Bischofsstab usw. in einem zinnernen Sarg gelegen, 1530 durch den Bischof Wladyko (Johann VIII.) heimlich nach Stolpen gebracht, von ihm selbst aber zwanzig Jahre später nach Würzen mitgenommen worden, und im Jahre 1576 habe er sie auf wiederholtes Anbringen des Herzogs von Bayern nach München gefandt (wo sie sich jetzt noch in der Marienkirche befinden) und dafür eine vergoldete Crebenz von 24 Mark Silber, sein Kanzler nebst Freilhaltung und Bezahlung 100 Gulden erhalten“. Der Kurfürst ahndete dieses „hochsträfliche Verbrechen“ mit einer Geldstrafe von 8000 Talern, die der Bischof „zum nächsten Leipziger Michaelismarkt unsummäßig zu erledigen habe“. — Der weih nun, was damals mit dem „großen Feldgeschrei vieler Trompeten“ den Elbestufen übergeben wurde!

(Schluß folgt.)

Vogelleben im Herbst und Winter.

(Schluß.)

Was veranlaßt nun die Zugvögel davonzugehen, und wie finden sie ihren Weg?

Wohl gibt es eine Anzahl Vogelarten, die erst der Kälte und dem Hunger weichen und man möchte fast sagen nur gezwungen ziehen. Aber die meisten wandern schon zu einer Zeit, wo es bei uns noch warm ist und wo sie Nahrung noch genug finden. Und auch unsere Stubenvögel, die bei guter Pflege doch nicht unter Hunger und Kälte zu leiden haben, werden zur Zugzeit unruhig, flattern die ganze Nacht im Käfig herum und werden erst wieder still, wenn ihre Artgenossen im Freien den Zug beendet haben und in ihrer südlichen Winterheimat angekommen sind. Hunger und Kälte kann es daher nicht sein, was die Vögel von uns wegtreibt, und diese Erklärung würde ja auch ganz und gar verfehlen bei der Frage, die der andern entspricht, warum die Zugvögel im Frühjahr zu uns zurückkommen. Sie verlassen ja dann Gegenden, die fast in jeder Beziehung günstiger gestellt sind als unsere gemäßigten Zonen. Wir können nur eine Antwort finden: der Instinkt treibt die Vögel fort und führt sie wieder zu uns zurück. Wir dürfen ja natürlich nicht übersehen, daß wir damit eigentlich herzlich wenig erklärt haben. Aber einen Schritt sind wir dem Ziel doch näher gekommen: wir haben jene rätselhafte Erscheinung eingeleitet in eine Anzahl von Erscheinungen, die für uns alle unerklärlich sind, für die wir aber ein einheitliches, bisher nur noch unbekanntes Erklärungsprinzip vermuten. Solche Erscheinungen, die gleich rätselhaft sind, uns nur weniger rätselhaft vorkommen, sind beispielsweise die, daß der Vogel sein Nest baut, daß er seine Eier bebrütet und die Jungen groß zieht, auch wenn er es niemals von andern Vögeln gesehen hat.

Wie interessanter ist nun noch die Frage, wie sich jener Zuginstinkt ausgebildet hat. Darüber gibt es Theorien genug.

So nehmen manche an, daß, als nach Schluß der Eiszeit die gewaltigen Massen des Binneneises immer mehr nach Norden zurückwichen, der Vogel diese sich ihm neu erschließenden Länder besiedelt habe, daß jeder neue Winter, der ja gewissermaßen einen kleinen Rückschlag in die Eiszeit darstellt, sie wieder zurückgedrängt habe und daß dann aus diesem rhytmischen Vordringen und Zurückweichen der Zuginstinkt entstanden sei. Andre vermuten, daß die Vögel ursprünglich planlos bei Beginn des Winters auf der Suche nach Nahrung herumgackerten seien und daß sich die südliche Richtung im Herbst als die vorteilhaftere ergeben und daraufhin dann den Instinkt, im Herbst gerade nach Süden zu ziehen, im Kampfe ums Dasein nach den Prinzipien der Darwin'schen Lehre immer mehr befestigt habe. Wieder andre ziehen die Windrichtung zur Erklärung heran: im Herbst wehen vorherrschend Winde aus dem Norden, im Frühjahr solche aus dem Süden. Dadurch sei rein mechanisch das ursprünglich planlose Umherfliegen in feste Bahnen gelenkt und schließlich zum Instinkt festgelegt worden.

Nach der ersten Theorie, der Eiszeittheorie, wäre die ursprüngliche Heimat des Zugvogels der Süden gewesen, von dem aus er während der günstigen Jahreszeiten den Norden besiedelt habe, während nach den beiden andern Theorien seine Heimat im Norden gelegen hätte und er zu unglücklicher Jahreszeit nach dem Süden gemigelt wäre. Nun sprechen sehr viele Gründe dafür — an dieser Stelle näher auf sie einzugehen, verbietet der beschränkte Raum —, daß in dieser Beziehung nicht alle Vögel gleichartig sind. Für manche Zugvögel, wie Pflot, Segler, Blauracke, Kukuk, waren entschieden die wärmeren Gegenden die ursprüngliche Heimat, sie kommen als „Sommerfrüher“ zu uns, wie man gesagt hat. Andre, vielleicht der größte Teil unserer Vögel, haben aber hatten ihre Heimat bei uns, und sie weichen in der schlechten Jahreszeit als „Winterflüchter“. Unter Umständen könnten also alle jene drei Theorien zu Recht bestehen.

Von einer ganz andern Seite lassen jene die Frage an, die meinen, daß es in der Natur des Vogels überhaupt liegt, herumzuziehen und Wanderungen zu unternehmen, die er aber dann während des Britens notgedrungen unterbrechen müsse. Für die gemäßigten und kalten Gegenden habe sich allmählich das Wandern in der Nordrichtung als das zweckmäßigste herausgestellt und sei schließlich zum festen Instinkt geworden. Wandern und Streichen sei also das Ursprüngliche, und der Standvogel sei aus dem Zugvogel oder Streichvogel, nicht aber umgekehrt, hervorgegangen. Diese Ansicht hat entschieden viel für sich. Es spricht die leichte Beweglichkeit des Vogels überhaupt dafür, ferner die Tatsache, daß wir nur sehr wenig wirkliche Standvögel haben und daß die meisten Vögel nach Veränderung der Brut entweder sofort wegziehen und in ihren Winterquartieren dann ein Leben wie unser Streichvogel führen, oder daß die, die noch, nachdem sie der Sorge für die Jungen ledig, einige Zeit bei uns bleiben, sofort in mehr oder weniger ausgedehntem Maße herumfliegen. Auch die Zusammensetzung unserer Zugvogelfauna aus „Sommerfrüher“ und „Winterflüchtern“ ist damit leicht vereinbar.

Wie findet nun der Zugvogel seinen Weg? Man hat gesagt, daß die alten Vögel, die den Weg schon oft gemacht haben und ihn genau kennen, als Führer dienen und daß die Jungen ihn dann so auch kennen lernen. Dem widerspricht aber die Tatsache, daß die jüngeren Vögel sehr häufig vor den alten ziehen, von diesen also doch nicht geleitet werden können. Es ist ja wohl von den Anhängern der erwähnten Auffassung bestritten worden, daß die jungen Vögel bei manchen Arten zuerst ziehen, aber gerade die besten Beobachter und erfahrensten Vogelkenner haben es immer und immer wieder bestätigt, so daß wir nicht mehr daran zweifeln können. Man hat nun vermutet, daß bei der Zugzeit der jungen Vögel doch immer noch der eine oder der andre alte sich befindet, der die übrigen führt. Doch verlagert diese Erklärung, daß also der jüngere Vogel vom älteren den Weg lerne, für diejenigen Vögel, die einzeln ziehen. Auch sie finden ja ihren Weg, und zwar ohne Anleitung. Wir kommen immer wieder zu der Anschauung, daß dem Vogel die Kenntnis des Wegs als Instinkt innewohne. Es kann ja auch im Grunde genommen diese instinktive Kenntnis nicht wunderbarer erscheinen als die Kenntnis, welches Material der Vogel zu seinem Nestbau zu nehmen hat, wie er es zu verarbeiten hat usw. oder die instinktiven Kenntnisse mancher Insekten mit außerordentlich komplizierten Gewohnheiten der Brutpflege.

Woran erkennt der Vogel nun aber den Weg, was leitet seinen Instinkt? Am verlockendsten erscheint noch die Erklärung, daß er sich durch Gesichtseindrücke dirigieren läßt, daß also z. B., wenn ihm dieser oder jener Hügel zu Gesicht kommt, er instinktiv nach dieser Richtung abshwenkt und ähnliches mehr. Dafür spricht, daß die Vögel ganz rasselnd sind, wenn sie in Wolken geraten und daß bei Nebel der Zug im allgemeinen ruht. Dagegen spricht aber, daß sie auch bei stürmischer Nacht ziehen und

Es nicht in allen Fällen der Nebel den Zug unterbricht. Man hat dann wieder angenommen, daß der Erdmagnetismus, auf den noch unbekannte Sinnesorgane einwirken, die Zugrichtung lenkt oder daß die Wirkung in bestimmtem Winkel zur Windrichtung oder zur Richtung des Wellenschlags auf dem Meere stehen. Auch ein hoch entwickeltes allgemeines Richtungsgefühl hat man für den Vogel angenommen, das dann auch beispielsweise die Vögel leiten würde. Ein solches Richtungsgefühl kennen wir ja an uns selber: auch wenn wir im Stockdunkeln durch einen Saal gehen oder wenn wir einen tiefen Wald durchqueren, haben wir ein gewisses Gefühl dafür, in welcher Richtung eine bestimmte Türe, eine bestimmte Ortschaft am Waldestrand liegt. Dieses Gefühl, das beim Menschen nur schwach entwickelt und leicht täuschbar ist, würde dann beim Vogel — und bei vielen andern Tieren auch — viel besser ausgebildet sein. Alles in allem erscheint es am wahrscheinlichsten, daß es nicht ein Faktor allein ist, der den Vogel auf seinem Wege leitet, sondern daß mehrere Faktoren zusammenkommen.

War schon die Zeit, wo sich nach vollendeter Brut die Vögel, junge wie alte, zusammenscharen, für Exkursionsflüge, so ist es noch viel mehr die Jugend. Wir sehen jetzt manche Arten, die wir zur Brutzeit nur ganz vereinzelt beobachten konnten, in großer Anzahl bei uns durchpassieren. Denn alle die, die nördlich von uns wohnen, müssen ja, um in ihre Winterheimat zu gelangen, bei uns durchzufliegen. Einige Beispiele für viele: Die Schnefse sehen wir im Sommer nur äußerst selten, obwohl sie bei uns Brutvogel ist. Im Oktober und November aber wimmelt es in geeigneten Lagen von ihnen und dann im März wieder, wenn sie zurückwandern, passieren sie abermals zahlreich, ein willkommenes Jagdobjekt für den Weidmann. Der Trauerschnepfenflügel ist bei uns ein recht seltener Vogel. Auf dem Wege aber, insbesondere auf dem Frühjahrszuge im April, da sehen wir ihn nicht allein in allen Parianlagen, sondern auch in den Gärten der Großstadt. Manche Vogelarten wieder, die zur Brutzeit an Vertikalitäten sich aufhalten, zu denen man nicht so häufig so bequem hinkommt, wie etwa im tiefen Walde oder an großen Wasserflächen, kommen auf dem Zuge mehr in unsere Nähe. Auf und an kleinen Wasserflächen finden sich durchziehende Strandläufer, Enten, Taucher und manches andre Wasservogel etc. Auf Feldern, im Gebüsch erschienenen Arten, nach denen wir hier im Sommer vergeblich suchen würden. Auch ist der Vogel auf dem Zuge lange nicht so scheu wie am Brutplatz und läßt sich viel leichter antommen und beobachten. Und dann jene Arten, die im Sommer bei uns fehlen und nur als Durchzugsgäste zu uns kommen, wie so manche Entenarten und Plünderer, sie können ja nur jetzt beobachtet werden.

Auch in der Zeit zwischen dem Herbst- und Frühjahrszuge, im Winter, dürfen die Exkursionsflüge nicht ruhen. Mögen sie auch jetzt weniger ergiebig sein, so gibt es doch manch interessanten Vogel zu sehen, der nur als Wintergast bei uns weilt.

Hygienische Winke für schwache und „bedrückte“ Augen.

Nachdruck verboten.

Brillen haben einzig und allein den Zweck, dasjenige zu ersetzen, was dem Auge fehlt. Sie bilden keine eigentlichen Hilfsmittel, sondern nur sehr wichtige Hilfsmittel. Sie sind gleichsam die Krücken des Auges; denn wie diese die erkrankten Gliedmaßen zum Gehen und Stehen befähigen, so die Brillen das nicht normale Auge zum Sehen. Da nun aber das Erkennen der verschiedenen Gestalten und Erkrankungen des Auges unbedingt wissenschaftliche Kenntnisse voraussetzt, so erfordert auch die Wahl der für jeden einzelnen Fall passenden Gläser bedeutende Erfahrung und Sorgfalt. Deshalb sollte ein Brillenbedürftiger nie allein oder nur mit Hilfe des Optikers die Art und Nummer der Brillen auswählen, sondern stets erst einen Arzt zu Rate ziehen.

Schon durch das lange unergelste Suchen und Probieren beim Optiker werden die Augen in hohem Maße angeanstrengt. Die Größe der Pupille ändert sich je nach dem Glase; das Auge muß sich jedem anpassen, und es geschieht dann häufig, daß man sich zuletzt nach langem Suchen zu einer Brille entschließt, die den ermüdeten Augen für den Augenblick zusagt, die sich aber später nachdem das Auge ausgedehnt, als ungewöhnlich und höchst schädlich erweist.

Schmutzflacke auf den Gläsern beeinträchtigen die Deutlichkeit der wahrgenommenen Bilder ganz bedeutend, da das auf sie wirkende zerstreute Licht trübe Spektren erzeugt, die sich über die Bilder lagern. Die Brillen sollen deshalb während des Nichtgebrauchs immer in passenden Futteralen verwahrt werden. Zu ihrer Reinigung empfiehlt sich feines Linsenwusch. Wohlleder hat zwar den Vorzug der Reibkraft, doch wird es bei längerem Gebrauch leicht fettig und erfüllt dann nicht mehr seinen Zweck.

Als Material für die Brillenfassung dient am besten matt poliertes Metall, nicht blendendes Gold. Horn und Schildpatt sind zwar leichter, „werfen sich“ aber gern und verändern so die Stellung der Gläser zum Auge. Und gerade diese ist von großer Bedeutung. Die Fassung muß nämlich die Gläser in der Weise fixieren, daß der Mittelpunkt jedes Glases genau dem Mittelpunkt der Hornhaut jedes Auges entspricht.

Namentlich die Kurzsichtigen, die schon in früher Jugend bei weitem die Wehrzahl aller Augenleidenden bilden, dürfen nie ohne vorherige ärztliche Untersuchung eine Brille sich anschaffen, weil durch falsch gewählte Gläser ihre Kurzsichtigkeit schnell schlimmer wird. Sind die Gläser zu schwach, dann genesen die Patienten nicht den ganzen Vorteil, den eine dem Zweck entsprechende Brille ihnen bieten soll, und das schädliche ermüdende Bestreben, durch Anstreifen der Augenlider oder Verengung der Augenlidspalte besser zu sehen, bleibt wie vorher bestehen.

Sind die Gläser zu stark, dann ist der Nachteil noch viel größer. Durch die übermäßige Anspannung der Augenmuskeln entsetzt zunächst heftiger Krampf derselben und später schnell zunehmende Kurzsichtigkeit. Oft ist es überhaupt nicht gleich nötig, daß Kurzsichtige Brillen tragen. Denn ist das Leiden erst im Entstehen begriffen, so kann es häufig durch Vermeidung jeglicher Anstrengung des Auges und durch längere Ruhe wieder ganz beseitigt werden. In andern Fällen wiederum genügt es vollkommen, nur beim Lesen, Schreiben, Arbeiten die Brille zu benutzen, sonst aber die Augen in ihrem natürlichen ruhenden Zustande zu lassen. Alles dies kann eben nur der Arzt richtig vorzuschreiben, wie er es bei andern Krankheiten z. B. mit der Diät tut; hier handelt es sich um eine Augenkur.

Für weitsichtige Brillenträger ist die Augenhygiene ungefähr die gleiche wie die geschriebene für Kurzsichtige. Diese sind besonders vor Lorgnetten und Nasenwicklern zu warnen, denn beim Lesen, Schreiben und dergleichen ist eine regelrechte und stets gleichmäßige Stellung der Gläser vor den Augen von viel größerer Bedeutung, als wenn Kurzsichtige entfernte Gegenstände betrachten. Für diese Patienten ist es aber nicht genug, passende Brillen zu wählen, sondern sie müssen dieselben auch von Zeit zu Zeit nach den Bedürfnissen des Auges verändern, wenn die Weitsichtigkeit zunimmt, was in vorgerücktem Alter meist geschieht. Die Gläser dürfen dann nur sehr langsam verstärkt werden, weil sonst bald alle Nummern erschöpft sind und eine große Ueberreizung der Augen stattfindet, welche oft mit Erblindung endigt. Beim Augenarzt finden sich fast täglich weitsichtige Personen ein, deren Augen durch den anhaltenden Gebrauch zu scharfer Brillen angegriffen sind. Im Beginn der Krankheit genügt dann meist zu deren Beseitigung Ruhe, längeres

Ablegen jeder Brille, und Umschläge mit kaltem Wasser auf Stirn und Augen. Bedient man sich aber weiter der ungewöhnlichen Brillen, so tritt in der Regel fast vollständige Erblindung ein. Dies ist wohl auch die Ursache, weshalb ältere Handleute verhältnismäßig oft ganz oder fast ganz erblinden. Man weiß, mit welchem Beschissun diese in der Auswahl ihrer Brillen zu Werke gehen, und daß, wenn sie im späteren Alter weitsichtig werden, sie sich derjenigen Gläser bedienen, die sie schon von ihren Großeltern erben.

Es ist eine traurige Erscheinung, daß durch Erziehung, Gewohnheit und durch den lächerlichen Geist der Nachahmung mehr als ein Zehntel der Bewohner unserer großen Städte bewogen wird, sich der Brillen zu bedienen, und, was noch schlimmer ist, es scheint, daß diese Zahl sich immer noch vermehrt, besonders unter der Jugend. Professor Dr. Hermann Cohn fand in Breslau unter 10 000 Schülern 1007 Kurzsichtige, von denen 107, also 10 Prozent, Brillen trugen; aber nur 8 Brillen waren von Ärzten verordnet, die übrigen 99 von den Schülern nach Gutdünken gekauft. Zwei hatten sich sogar stärkere Brillen, als ihnen verordnet, angeschafft. Einige wieder hatten sich aus reiner Eitelkeit Vorwands gekauft; noch andre nahmen stärkere Gläser als sie brauchten, weil ihre Mitschüler, die höhere Grade von Kurzsichtigkeit besaßen, sie wegen der schwachen Gläser verhöhnten. Das sind wahrlich traurige und beschämende Verhältnisse! Traurig für die ihre Augen unwillig ruinierenden Schüler, beschämend für die achtlosen Eltern. Auch die Schulbehörden sollten anordnen, daß kein Schüler ohne ärztliche Anweisung eine Brille tragen darf. Das Augenlicht ist ein so kostbares Gut, als daß man damit seinen kindischen Scherz treiben oder seine Eitelkeit daran befriedigen sollte. Schiller nennt es „eine edle Himmelsgabe“, und der Altmeister der Augenheilkunde, Albrecht von Graefe, sagt: „Das Auge ist das Organ, das für die Nahrung unseres Geistes, für die Begründung unserer Weltanschauung und für die Beziehungen der Menschen unter sich einen Einfluß übt, über dessen Umfang sich bei in ungeschmälertem Besitze stehende kaum volle Menschenschaft zu geben vermag. Redner haben das Auge gepriesen, Dichter haben es besungen, aber sein voller Wert ist verkannt in das dumpfe Schonen derer, die es einst besaßen und dann verloren haben.“ Dr. Thraenhart.

Kunstchronik.

Die Geschichte einer nicht erschienenen Zeitschrift. Der preussische Polizeikampf gegen die einzigen nur kulturellen Zwecken dienenden Theater, die freien Volkstheater, der neuerdings wieder ausgebrochen ist, zeigt, daß Preußen unablässig nach vermoderten Akten die Welt zu regieren sich vermeint. Preußen rückt noch im 20. Jahrhundert mit der Polizei gegen den Geist aus, wie es in aller Vergangenheit daselbst getan. Es ist sehr reich, daran zu erinnern, daß Preußen, nicht das Meternichische Deutschland, wie die burschikösen Historiker lägen, einst den Krieg gegen das junge Deutschland begonnen und auch allein durchgeführt hat; daß auch von Preußen jene im Nonstrostärkenskabinet verfluchte Kaiserliche Verordnungsformel stammt, die die Veröffentlichungen gewisser Schriftsteller im Voraus verbot.

Im Jahre 1885 wollten Karl Gutzkow und Rudolf Wienberg eine Zeitschrift gründen, die Deutsche Revue. Obwohl sie niemals erschienen ist, hat sie eine bedeutende Geschichte gehabt, deren Materialien 1008 Houben in einer Veröffentlichung der bibliographischen Gesellschaft zusammengestellt hat.

Kaum wurde die erste Abtisch angeklagt, da schrieb schon der Spürhund des preussischen Generalpostmeisters v. Nagler, Rechner, aus Frankfurt a. M. nach Berlin: „Diese brotlige Idee wird die hiesige Behörde nicht zur Ausführung kommen lassen.“ Es kostete viele Mühe, einen Verleger zu finden. Endlich gelang es doch. Briefe, die um Mitarbeit wurden, gingen an alle hervorragenden Schriftsteller und Gelehrten hinaus. Anfang September wurde das Programm der Zeitschrift veröffentlicht. Unmittelbar darauf veröffentlichte Wolfgang Menzel seine Denunziation des jungen Deutschlands; Gutzkow drohte mit einer neuen literarischen Revue in großen Stil. „Aber ich will meinen Fuß hineinsetzen in euren Schlamm, wohl wissend, daß ich mich bedürfe. Ich will den Kopf der Schlange zerbrechen, die im Miste der Volkstugend wärmt. . . Wenn man eine solche Schule der freisten Unflätigkeit und raffiniertesten Lüge in Deutschland aufkommen lassen wollte, wenn sich alle Edlen der Nation nicht dagegen erklärten, wenn sich deutsche Verleger nicht vorsehen, so würde bald schon eine Zeitungs-Volemie in deren Verlauf Gutzkow und Wienberg schließlich erklären: „Wenn wir die empfangene Auflage der Herren Börne, Heine, Raabe, Mundt, Wei, Barnhagen v. Ense, Grabbe, Spazler, Bünia, Kottenkamp, Lewald, Koloff, Zimmermann, Neumann, G. Plüner und H. Schulz erwählten, wenn auch Universitätsprofessoren, wie Hans, Gothe, Schwend, Uricl, Rosenkranz, Fortlage, Kobritz, Trendelenburg teilzunehmen versprochen haben, so wird Herr Menzel eine Vorstellung von dem Erfolge machen können, den wir trotz seiner Angriffe in der öffentlichen Meinung gewinnen werden.“ In seiner Entgegnung benutzte Menzel: „Die preussischen Universitätsprofessoren? Sind Universitäten keine Staatsanstalten? Gibt im preussischen Staate noch das Christentum, die Moral, die Ehe? Dächte man darum so oft von dem in Preußen vorherrschenden stillosen, religiösen und konservativen Geist gehört, daß jetzt die namhaftesten Professoren von Berlin, Königsberg, Halle einem neuen schmutzigen Marat . . . nachlaufen und mit ihm gegen Christentum, Sitte, Ehe, Familie, Scham, gegen Gott und Unsterblichkeit, gegen die deutsche Nationalität und gegen alles Bestehende wüthen sollten?“

Der Erfolg dieser Denunziation war durchschlagend. Alle hatten sie mehr oder minder bestimmt, in verschleuderten Graben der Sympathie, ihre Mitarbeit zugesagt. Nun aber — in einer Epidemie lämmlicher Feigheit — rückten sie von dem Versprechen ab und schwuren öffentlich jede Gemeinschaft ab. Die preussische Regierung hat sofort solche öffentlichen Erklärungen verlangt. So hatte zum Beispiel Barnhagen v. Ense ein Schreiben Kücklungs, des preussischen Ministers des Auswärtigen, erhalten, in dem der künftige Geheim Legationsrat pp. Barnhagen v. Ense in Anbetracht seiner Beziehungen zu „unserer Regierung“ aufgefordert wurde, „der Richtigkeit der besagten Behauptung“ (der Mitarbeit) öffentlich auf das Bestimmteste zu widersprechen, und zwar „ohne Zeitverlust“. Und Barnhagen parierte wie die andern, wie zum Beispiel auch Heinrich Raabe. Eine erstrahlende Ausnahme bildete Heinrich Heine, dem die Augsburger Allgemeine Zeitung die Erklärung abschnitt, daß er für jenes literarische Unternehmen sei, das „von der Jugend benutzert, von der Polizei unterdrückt worden sei“.

Aber Gutzkow und Wienberg hatten auch den Spöbel im eigenen Lager. Ihr vertrauter Freund war jener Eduard Neumann, der insgeheim alles an den österreichischen Staatskanzler Metternich berichtete.

Preußen begünstigte sich nicht, der Deutschen Revue die Mitarbeiter abzufangen, es unterdrückte sie im Keime und zugleich die ganze zukünftige literarische Tätigkeit des jungen Deutschlands. Es erging am 14. November 1885 eine Verfügung des preussischen Ministeriums, in der es (nach dem im Geheimen Staatsarchiv befindlichen Aktenstück) heißt: „Die verderbliche Richtung, welche ein Teil der jüngeren Schriftsteller in der letzten Zeit einem Zweige der deutschen Literatur gegeben hat, hat bereits mehrere Bisherverbot herbeigeführt, jetzt aber das königliche Ober-Zensur-Kollegium veranlaßt, nachdrücklicher

und umfassendere Maßregeln in Vorschlag zu bringen. Jene Richtung äußert sich vorzugsweise durch ein Anknüpfen gegen jede geoffenbarte Religion, durch freche Angriffe auf das Christentum, durch eine Herabwürdigung der heiligsten Verhältnisse, namentlich der Ehe, und durch Aufhellung von Grundtugenden, welche Ehrbarkeit und Sitte verletzen.“ Deshalb wird der ganze Verlag der Ewigenwärtigen Buchhandlung in Mannheim (des Verlegers des jungen Deutschland) verboten, darunter die angeklagte Zeitschrift. Dann wird verfügt: „In den Hauptstädtern der eingingen gebachten Richtung gehören namentlich die Schriftsteller Karl Gutzkow, Rudolf Wienberg, Heinrich Raabe und Theodor Mundt. Alle und jede Druckschriften dieser Individuen, und der von ihnen redigierten periodischen Schriften . . . werden demnach für verbotene Schriften erklärt. Die in den Buchhandlungen noch befindlichen Schriften der gedachten Verleger, oder Deste und Väter der von ihnen redigierten Zeitschriften, sind an die Verlagsbuchhandlungen ungesäumt zu remittieren, auch aus den Beselabnetten und Bibliotheken zu entfernen.“

Der Centralpostmeister Nagler wick die Post an, an der Unterdrückung mitzuwirken. Am 8. Dezember 1885 verkündete der preussische Befehl in der Bundesrats-Sitzung, daß das Verbot nicht nur gegen die projektierte Zeitschrift, sondern überhaupt gegen alle Schriften der besagten Organe der vorgedachten Schule gerichtet sei. Darauf erging dann am 16. Dezember der bekannte Beschluß des deutschen Bundesrates gegen das junge Deutschland, zu dem nun auch Heine hinzugefügt wurde.

So eroberte Preußen wieder einmal moralisch Deutschland. Preußen machte es nur allein Ernst mit dem Volkswahnsinn. Sonst lies das Verbot wesentlich auf dem Papier. Der Deutschen Revue aber war der Garaus gemacht, bevor sie geboren wird. Ein Embryo — drei Korrekturen des ersten Hefts — ist in der Frankfurter Stadtbibliothek aufbewahrt.

Neues Theater. Freitag: Das Tal der Liebe. Sonnabend: Egon. Sonntag: Das Rheingold. Montag: Zwei städtische Tage. — Altes Theater. Freitag: Napfenkrelch. Sonnabend: Ranon (neu einstudiert). Sonntag, nachmittags 1/2, 8 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungs-Institut (Fahrmann Denschel), abends 1/2, 8 Uhr: Ranon. Montag: Der stolze Bauer.

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts andres angegeben, um 1/2 8 Uhr, im Alten Theater um 8 Uhr.

Verleihtes Leipziger Schauspielhaus. Schauspielhaus. Freitag: Eine Frau ohne Bedeutung. Sonnabend: Im Luxus. Sonntag, nachmittags 1/2, 8 Uhr: Vorstellung für den Evangelischen Arbeiterverein (Erdgeli), abends 1/2, 8 Uhr: Im Luxus. Montag: Vereinsvorstellung. — Neues Operetten-Theater (Theater am Thomadring). Freitag: Das Fürstentum. Sonnabend: Welche Mädchen (Erfassung); Gastspiel Anton Franks. Sonntag, nachmittags 1/2, 8 Uhr: Vorstellung für den Verein der Postunterbeamten (Das Fürstentum), abends 1/2, 8 Uhr: Welche Mädchen. Montag: Welche Mädchen.

Die Vorstellungen beginnen, wenn nichts andres angegeben, im Schauspielhaus 1/2 8 Uhr, im Neuen Operetten-Theater 8 Uhr.

Baitenberg-Theater. Freitag: Graf Esz. Sonnabend, Sonntag: Die zärtlichen Verwandten. Montag: Graf Esz. Dienstag: Die Schmetterlingsflucht. Mittwoch: Graf Esz. Donnerstag: Die zärtlichen Verwandten. Freitag: Flotte Weiber. Sonnabend: Die Schmetterlingsflucht. Sonntag, 28. September: Flotte Weiber.

Notizen.

Die letzte Garbe. Bald wird es in allerer Ernteverbänden heißen: die letzte Garbe ist glücklich eingebracht. Das entspricht jedoch nicht dem eigentlichen Brauch; die letzten Früchte heimt vielmehr der echte Bauer nicht ein, sondern läßt sie auf den Wägen oder auf dem Felde. Einst beteiligte ich mich in einem großen Obstgarten an der Wirtscherm. Schließlich blieben jedoch an verschiedenen äußersten Zweigen einzelne — wir mir schlen besonders lockende — Früchte hängen, aber als ich sie auch noch herunterholen wollte, wehrte die junge Hausdäster ab: „Raffen Sie nur! Wir sind es ganz zufrieden, wenn wir auch später noch was Gutes zu schmausen haben; wenn ihre Zeit kommt, fallen sie schon von selbst ab.“ Natürlich habe ich mich diesem Wunsche gern gebeugt. Ein andermal half ich beim Rischenpflücken. Auch da ließ man gern ein paar letzte Früchte hängen; es hieß: „Die sind für die Vögel.“ Keuchlich hält man's bei der Roggenerte. Da rafft der Bauer geschäftig mit beiden Armen, doch was er nicht eilig zu greifen vermag, läßt er liegen; er hat zu dieser Zeit zuviel zu tun, um sich mit einzelnen aufzuhalten. Es bleibt den armen Weizenleserinnen, die suchen später das Feld ab.“ Diese drei Erfahrungen — übereinstimmend, wie sie sind — haben nichts Zufälliges; sie beruhen vielmehr auf allgemeinem, weit verbreitetem, altem Brauch, der sich bis in die Städte, bis auf unsern bürgerlichen Tisch erstreckt; der „gute Ton“ schreißt hier vor: man läßt auf dem Ackersteteller einen „Anstaudbissen“ liegen. Im letzten Grunde aber bedeuten sie ein D y f e r, und zwar nicht — wie es vielleicht nach diesen Beispielen scheinen möchte — aus Noblesse, sondern — wie alle unerspringlichen Opfer — eine Art Alibiversicherung. Es steht alter — W o d a n s k u l t dahinter. Dies läßt sich in einigen Ernteverbänden heute noch deutlich erkennen. Noch vor wenigen Jahren trauete eine alte aldenburgische Magd in Dwerge eine Handvoll Weizen aus der letzten aufgenommenen Garbe wieder auf den Acker, indem sie dazu leise, doch feierlich sprach:

D Wobel, D Wobel!
Hal' dinem Garbe Foder!
Ru Distel und Dorn,
Iom anernn Jahr beier Korn.

Hier wird also des Pferdes des „wilden Jägers“ gedacht; man weiß in der dortigen Heideeinigkeit, wie er in herblichen und winterlichen Stämmen über Busch und Feld hinbraunt. Im dort benachbarten Himmling lassen die Mäher den letzten Schnitt Halme gleich auf dem Acker stehen, binden eine Birke und stecken Blumen hinein, und dann tanzen sie unter dem Rufe: „Wie hebdt den P e t e r s b i l l!“ darum herum, bis sie der Bauer zum Ernteschmaus heimruft. Andersorts wird dieselbe letzte Garbe „dem Aker“ (Woban) oder „der Frau Gode“ (seiner Gemahlin) geweiht und daher das Opfer selbst das „Wergondenbeel“ genannt. Im Krlande (bei Danabrid) steht das Jungvolk das letzte Bündel Weizen in Brand und reicht sich dann ebenfalls um die lodrende Flamme die Hände zum Tanz. In der rauhen Alste aber gingen diese Opfer über diese harmlosen Formen hinaus. Zwischen Brate und Glisseth liegt in der Weser ein Sand, „der Pater“ genannt. Davon wird erzählt, daß dort einst ein König einen Delch durchstoßen habe und zur Strafe dafür beim Van des neuen lebendig verschüttet wurde. Das ist keine Sage. Noch 1616, als der letzte oldenburgische Graf, Anton Günther, das große Elsenfer Delchwerk bauen ließ, wollten die „Diefer“, da die Flut den Damm immer wieder zerriß, ein lebendes Kind einmauern, um die letzte Ruhe dauerhaft zu dichten; nur ein Nachwort des Landesherren vermochte diesen Grenz zu verhindern. Man brachte also in solchen Fällen den wilden Wogen freiwillig ein Lebensopfer, damit sie das Leben binnenwärts verschonten; die dabei stülke hunkle Beschwörungsformel „Ohe, Hebuthe, de Wei un de Woi!“ besichtig wohl, daß auch dieser Brauch mit einstigem Wobanskult zusammenhängt.

J. Kl.